

Stenographischer Bericht

über die

XIV. Sitzung der fünften Jahres-Session des böhmischen Landtages vom Jahre 1861, am 18. Dezember 1866.

Vorsitzender: Oberstlandmarschall Graf Albert Rostk.

Gegenwärtig: Oberstlandmarschallstellvertreter J. U. Dr. W. Bělský und die beschlußfähige Anzahl Abgeordneter.

Am Regierungstische: Der k. k. Statthalter Karl Graf Rothkirch-Panthen und der k. k. Statthaltereirath Johann Ritter von Neubauer.

Beginn der Sitzung: 11 Uhr.

Oberstlandmarschall: (eröffnet die Sitzung.) Ich habe folgende Mittheilung von Seiten Sr. Exc. dem Herrn Statthalter erhalten (liest):

Hochgeborener Graf!

Se. k. k. apost. Majestät haben dem Herrn Staatsminister mit allerh. Entschliesung vom 15. d. M. allergnädigst die Ermächtigung zu ertheilen geruht, mit der Schließung der Landtage entweder am 22. Dezember d. J. oder insoferne bei einem derselben die Geschäfte eine Erstreckung bis dahin nothwendig machen sollten, längstens am 31. d. J. vorgehen zu dürfen. Ich habe die Ehre, Euerer Excellenz, in Folge Erlasses Sr. Exc. des Herrn Staatsministers vom 16. d. M. J. 7401 St. M. von dieser Allerhöchsten Anordnung mit der Einladung in die gefällige Kenntniß zu setzen, die hangenden Geschäfte mit thunlichster Beschleunigung dem Abschlusse zuzuführen und die Session, wenn nicht früher, am 22. d. M. und nur insoferne die Landtagsgeschäfte eine weitere Erstreckung anlässlich machen sollten, längstens am 31. d. M. schließen zu wollen.

Genehmigen Euerer Exc. den Ausdruck ic.

In Folge dieser Mittheilung mache ich dem Hause bekannt, daß wir in dieser Woche Morgen, Donnerstag und Freitag Sitzungen haben werden. Am Freitag, wenn es nothwendig, ist auch noch eine Abend Sitzung, und da hoffe ich, insoferne sich die Geschäfte darnach gestalten, daß wir Freitag zum Schlusse der Session schreiten können. Sollte dieß durchaus unthunlich sein, so müßte ich, da der Samstag für die weiter entfernten Abgeordneten, welche nicht mit der Eisenbahn reisen können, zur Rückreise jedenfalls freigelassen werden muß, die Herren nochmals zu zwei Sitzungen am 28. und 29. Dezember wieder einberufen (Unruhe). Nachdem aber das Budget heute schon vertheilt worden ist, und wir morgen an die Berathung des Budgets gehen können, so dürften wir in den Sitzungen am Mittwoch, Donnerstag, Freitag, wenn nothwen-

Stenografická zpráva

o

XIV. sezení pátého ročního zasedání sněmu českého od roku 1861, odbyvaném dne 18. prosince 1866.

Předseda: Nejvyšší maršálek zemský Albert hrabě Nostic.

Přítomní: Náměstek nejvyššího maršálka zemského Dr. pr. V. Bělský a poslanci v počtu k platnému uzavírání dostatečném.

Zástupcové vlády: C. kr. místopředsíci Karel hrabě Rothkirch-Panthen a c. kr. rada místopředsíci Jan rytíř z Neubauerů.

Počátek sezení o 11 hod.

dig, zwei Sitzungen, mit den Geschäften fertig werden (Rufe: ja!) wenigstens mit den dringendsten.

In die Kommission für den Gesetzentwurf betreffs einer Fischereiordnung wurden gewählt, aus der Kurie des Großgrundbesitzes bei Abgabe von 37 Stimmzetteln: Graf Harrach Franz mit 37, H. Fürst mit 27, Fürst Lobkowitz Georg mit 29 Stimmen. Von der Kurie der Städte bei Abgabe von 30 Stimmzetteln: H. Tachezy, Dr. Klier, H. Wolfrum mit je 28 Stimmen. Von der Kurie der Landgemeinden bei Abgabe von 33 Stimmzetteln: Dr. Grégr, H. Pratochvíle und H. Dr. Bělský mit je 33 Stimmen.

Dieser Kommission weise ich als Kommissionslokale zu das Bureau des Landesauschußbeisizers Hrn. Dr. Görner.

In die Kommission zur Berathung des Gesetzes betreffs der Vorschusskassen wurden gewählt: in der Kurie des Großgrundbesitzes bei Abgabe von 37 Stimmzetteln Graf Leo Thun mit 36, Hr. Komers mit 36, Hr. Graf Paar mit 35 Stimmen. Von der Kurie der Städte bei Abgabe von 28 St. J., Hr. Dormitzer mit 27 St., Hr. Köfler mit 25 St., Hr. Dr. Wiener mit 24 St. Von der Kurie der Landgemeinden bei Abgabe von 32 St. J., Hr. Dr. Roth Karl, Hr. Dr. Mattuš und Hr. Dr. Stadkomský mit je 32 Stimmen. Diser Kommission weise ich als Lokale zu das Bureau des Hrn. Landesauschußbeisizers Hawelka. Heute ist im Druck vertheilt worden das Landes-Budget pro 1867 oder wenn es noch nicht vertheilt worden ist, so wird es im Laufe der Sitzung vertheilt werden und der stenografische Bericht der 11. Sitzung.

Wir schreiten zur Tagesordnung, ich werde zwei Interpellationen vortragen lassen.

Landtagssekretär Schmidt (liest): Interpellation an die h. Regierung.

In der 40. Sitzung des h. Landtages vom 3. März 1866 wurde nach Durchberathung der Regierungsvorlage, betreffend die Begünstigungen bei

industriellen Bauten über einen gestellten Antrag beschlossen:

An die hohe Regierung das Ansuchen zu stellen, im verfassungsmäßigen Wege ein Gesetz zu erwirken, wodurch jene Verordnungen, welche die feuerlichere Herstellung der in der Nähe von Eisenbahnen liegenden Gebäude auf Kosten der Eisenbahngesellschaften vorschreiben, und welche für Neubauten in der Nähe von Eisenbahnen besondere feuerpolizeilichen Beschränkungen enthalten, dem gegenwärtigen Stande der Eisenbahntechnik entsprechend erleichtert, beziehungsweise aufgehoben werden. Da die hohe Regierung in der diesjährigen Session das vorerwähnte Gesetz wegen Begünstigungen bei Industrialbauten neuerlich vorgelegt hat, ohne daß der erwähnte Landtagsbeschluss irgend eine Erledigung gefunden hätte, so beehren sich die Unterzeichneten, die ergebenste Anfrage an die hohe Regierung zu stellen: Ob die h. Regierung auf den Beschluss des h. Landtages und in welchem Umfange einzugehen beabsichtige?

Dr. Görner.

Dr. Herbst.

Leeder.

Groß.

Dr. Klier.

Dr. Hüber.

Höfler.

Karl Graf Zedtwitz.

Dr. Karl Pickert.

Dr. Schubert.

Dornitzer.

Rosenauer.

Kardasch.

Dr. Uchazy.

Rich. Dohauer.

Karl Ritter v. Limbeck.

Adam.

W. Neumann.

Jos. Linke.

Emil Bz. Fürstenberg.

Dr. Daubek.

Dr. Taschek.

Dr. Josef Lumbe.

Becher.

Baron Niese-Stallburg.

Hugo Graf Rostiz.

Karl Graf Paar.

D. Limbeck.

Graf Ledebour.

Bohusch.

Dr. v. Wanka.

Kallina.

Fürstl.

Kopeck.

Zeileisen.

Bibus.

Boulesch.

Dr. Kieger.

Wofaun.

Steffens.

Czyhlarz.

Tachezy.

Kud. Hüller.

Karl Frh. Korb v. Weidenheim.

Dr. Schmeykal.

Rasp.

Dr. Wiener.

Jutschikowsky.

Gd. Janota.

Se. Exc. Hr. Statthalter: Ich bin in der Lage, diese Interpellation, obwohl sie mir noch nicht mitgetheilt worden ist, sogleich zu beantworten. Nach der dem Statthalterei-Präsidium zugekommenen Mittheilung des hohen Staatsministeriums ist dieser Gegenstand in Verhandlung mit dem Handelsministerium. Die weiteren Stadien derselben sind mir nicht bekannt; aber soviel ist gewiß, daß der Gegenstand in Verhandlung ist, und daß zu diesem Ende auch die darauf bezüglichen Vorakten von Seite des Staatsministeriums zurückbehalten worden sind. Es ist daher kein Zweifel, daß der Gegenstand einer eindringlichen Würdigung unterzogen werde. (Bravo links.)

Oberstlandmarschall: Es ist noch eine zweite Interpellation.

Landtagssekretär Schmidt (liest): Interpellation des Landtagsabgeordneten Dr. Uchazy und 26 Genossen an Se. Exc. den Hrn. Statthalter.

1. In Erwägung, daß an den österreichischen Gymnasien das System der geprüften Fachlehrer eingeführt ist, jedoch diese im Interesse der wissenschaftlichen und allgemeinen humanistischen Ausbildung der Jugend verfügte Organisation des Unterrichtes ihre Fruchtbarkeit aus dem bedauerlichen Grunde in Böhmen nicht entfalten kann, weil von der Aktivierung geprüfter und für das spezielle Lehrfach qualifizierter Lehrkräfte an den hierländischen Gymnasien nur zu häufig Umgang genommen wird;

2. in Erwägung ferner, daß dieser Qualifikationsmangel, insbesondere bei dem Lehrfache der deutschen Sprache, deren hohe Bedeutung in ihrer Eigenschaft eines Gemeingutes der gebildetsten Kreise liegt, hervortritt, da, wie bekannt, von allen Gymnasien des Landes lediglich jene in der Altstadt Prag, Eger und Leitmeritz geprüfte Fachlehrer der deutschen Sprache aufweisen, an allen anderen Gymnasien aber dieser Gegenstand nur von ungeprüften, daher eine genügende Kenntniß dieses Faches nicht verbürgenden Lehrern vorgetragen wird;

3. in weiterer Erwägung, daß diese Ausnahme um so weniger gerechtfertigt sein dürfte, als für das Lehrfach der deutschen Sprache, eine genügende Anzahl geprüfter Lehramtskandidaten nicht nur vorhanden ist, sondern auch fortwährend sich vermehrt;

4. in Erwägung endlich, daß, wenn eine entsprechende Anzahl solcher Kandidaten auch nicht vorhanden wäre, der hohen Regierung Mittel und Wege zu Gebote stehen und auch von ihr eingeschlagen werden müssen, um die der genügenden Bewerbung

von Lehramtskandidaten in der gesetzlichen Prüfungsordnung oder in anderen Verhältnissen entgegenstehenden Hindernisse in geeigneter Weise zu beseitigen und die grundsätzliche Bedingung der Qualifikation in diesem hochwichtigen Bereiche des Unterrichtswesens ausnahmslos zu verwirklichen; —

erlauben sich die unterzeichneten Abgeordneten im böhmischen Landtage, in der wohlbegründeten Voraussetzung, daß Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter der erwähnte Uebelstand bereits bekannt geworden, an Hochdenselben die Interpellation zu richten:

„Welche wirksamen Maßregeln gedenkt die hohe Regierung zur Wahrung des gesetzlichen Einflusses der deutschen Sprache auf die an den Gymnasien Böhmens studierende Jugend somit zur Beseitigung des Uebelstandes zu ergreifen, daß an diesen Gymnasien, mit Ausnahme jener der Altstadt Prag, Eger und Leitmeritz der Gegenstand der deutschen Sprache nur von aus diesem Fache nicht geprüften Lehrern vorgetragen wird?“

Prag am 18. Dezember 1866.

Höfler.

Pickert.

Kardasch.

Siegmund.

Dr. Görner.

Karl Ritter v. Limbf.

Rosenuer.

Dr. Herbst.

Pfeiffer.

Wolfrum.

Seifert.

Nedelhammer.

Franz Liebig.

Leopold Ulrich.

Stöhr.

Wolf.

Johann Liebig.

Josef Linke.

Dr. Forster.

Dr. Uchazy.

Dr. Schmeykal.

Dr. Dresler.

Dr. Fleischer.

H. J. Herrmann.

W. Neumann.

Dr. Schmaß.

Dr. Klier.

Oberstlandmarschall: Ich werde diese Interpellation Sr. Exc. dem Hrn. Statthalter zustellen.

Statthalter Graf Rothkirch: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten.

Oberstlandmarschall: Die Budgetkommission wird auf morgen 9 Uhr Vormittags zu einer Sitzung eingeladen.

Tagesordnung: Die Nachträge zum Budget.

Die Referatkommission wird auf heute Abends 6 Uhr zur Sitzung eingeladen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Kommissionsbericht über den vom Grafen Leo Thun und Genossen gestellten Dringlichkeitsantrag.

Der Obmann dieser Kommission hat mir im Namen derselben die Bitte vorgelegt, daß dieser Gegenstand mit Rücksicht darauf, daß der Schluß der Session nun zu nahe bevorstehend ist, heute von der Tagesordnung abgesetzt werde, damit die Kommission in der Lage sei, denselben mit Rücksicht auf diesen neu eingetretenen Zwischenfall der raschen Schließung der Session, nochmals in Berathung zu ziehen und demgemäß allenfalls ihren Antrag zu verändern.

Ferner ersucht die Kommission mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Gegenstandes von Seite des Landtages um die Zustimmung, daß dieser neue Antrag, den sie allenfalls formuliren dürfte, nicht gedruckt, sondern daß er in der morgigen Sitzung bloß schriftlich vorgetragen werden dürfte.

Ertheilt das Haus diesem modus procedendi seine Zustimmung, so bitte ich die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Ist bewilligt.

In Folge dessen lade ich die Kommission im Namen des Obmannes ein, sich heute nach der Sitzung gleich zu versammeln.

Wir kommen nun zum 2. Gegenstand der Tagesordnung, dem Berichte der Budgetkommission über die Erledigung des Grundentlastungsvorschlages pro 1867. Ich habe soeben noch eine Mittheilung erhalten, die ich zur Kenntniß bringe. Es wird wegen der Dringlichkeit anderer Landtagsgeschäfte vom Obmanne der Kommission über den Antrag des Dr. Gizek im Einvernehmen mit dem Antragsteller die für heute Abends anberaumte Ausschusssitzung abgesetzt.

Prof. Schrott: Ich bitte von der vollständigen Vorlesung des Berichtes Umgang nehmen zu dürfen, wie das mit Budgetangelegenheiten bisher im h. Landtag beständig üblich war.

Das Erforderniß des Grundentlastungsfondes für das Jahr 1867 beträgt nach dem Antrage der Budgetkommission an Regiekosten und zwar unter der Rubrik „allgemeine Regiekosten“ 34287 fl. Darunter ist der stabile Beitrag des Grundentlastungsfondes zu den gesammten Regieauslagen des Landesfondes mit 18½ pCt. berechnet 33.417 fl., woran nichts zu ändern ist. Es bleiben demnach noch kleinere Beträge für Drucksorten, Schätzungskosten, die auf einem 3jährigen Durchschnitt beruhen, im Ganzen 600 und etliche Gulden ausmachen. Die beiden andern Rubriken sind die Kosten der Grundlastenablösungs- und Regulierungslandeskommision und die Kosten der Grundlastenablösungs- und Regulierungs-Lokalkommision. Der Gesamtbetrag dieser Kosten macht 12.229 fl. 40 kr. und beruht auf den Ergizenausweisen der k. k. Statthalterei, welche unverändert in das Budget aufgenommen wurden.

Es ist der angeforderte Betrag für das Jahr 1867 im Ganzen um 3.132 fl. 40 kr. geringer als

im v. J., was seinen Grund darin hat, daß bereits im Laufe des Jahres 1866 die Lokal-Kommission in Pilsen gänzlich aufgehoben worden ist, so daß für das Jahr 1867 nur mehr ein stabiles Grundlastenablösungs-Organ bestehen wird, nämlich die Erpösitur in Wiset. Die beiden folgenden Rubriken, nämlich die Kapitalrückzahlungen mit 1,864.548 fl. und Renten und Zinsen mit 1,810.209 fl. beruhen vollständig auf den Berechnungen nach Maßgabe der buchhalterischen Rechnungsbücher, so daß bei diesen Ziffern eine Aenderung nicht möglich ist.

In der 1. Rubrik ist nur begriffen der Betrag von 1,100.000 fl. für börsenmäßige Einlösung von Obligationen, welcher Betrag sich daraus beziffert, daß die Gesamtbedeckung gegenüber gehalten dem wirklichen reellen Erforderniß, um diese 1,100.000 fl. höher steht, folglich gerade dieser Betrag zur börsenmäßigen Einlösung verfügbar ist.

Die Bedeckung ist: an Kapitalien von Verpflichteten mit 1,142.380 fl., dann Zinsen von den Verpflichteten mit 340.093 fl.

Diese beiden Rubriken sind eben eine fixe Bedeckungssumme, die einfach aus der Berechnung der buchhalterischen Vormerkungen sich ergab.

Die verschiedenen Einnahmen sind 300 fl. nach einem 3jährigen Durchschnitte veranschlagt. Die Kapitalien und Renten vom Lande mit 1,028.000 fl. ergeben sich nach Maßgabe der für das Jahr 1867 bestehenden direkten Merarialsteuern mit Rücksicht auf den Steuerzuschlag, der von dem h. Landtage in der Sitzung vom 1. Dezember 1866 mit 6 1/2 fr. beschlossen worden ist.

Die zurückgezahlten Aktiv-Kapitalien und Zinsen vom Staate 1,231.120 fl. 37 1/2 fr. beruhen auf dem unveränderlich vom h. Landtage angenommenen Tilgungsplan der Merarialschuld an den böhm. Grundentlastungsfond. Es ist endlich noch die letzte Bedeckungsrubrik, Aktivzinsen von zeitweilig angelegten Kassageldern, welche variabel ist.....

Oberstlandmarschall (unterbrechend): Ich bitte, meine Herren, es ist ein solcher Lärm, daß sich der Hr. Berichterstatter sehr anstrengen muß.

Abg. Dr. Schrott: welche variabel ist und in diesem Budget mit 15.000 fl. angesetzt ist. Dieser Anfaß ist gegen das Vorjahr bedeutend geringer, auf die Hälfte herabgesunken, da er v. J. mit 30.000 fl. präliminirt war; allein für diesen geringeren Anfaß, wie ihn der Landesauschuß eingestellt hat, sind vollkommen triftige Gründe darin zu finden, daß nach den Ereignissen im Jahre 1866 die Einzahlung der verschiedenen Zuschläge, wenn auch nur zum Theile am Ende sogar entfallen, wenigstens jedenfalls eine Verspätung erleiden wird, so daß die disponiblen Kassagelder nicht zu hohen Summen anwachsen dürften, wenigstens nicht so lange fruchtbringend angelegt sein dürften. Daher hat die Budget-Kommission auch diesem Betrage zugestimmt.

Hienach stellt sich das gesammte Erforderniß des Grundentlastungsfondes auf 3,721.273 fl. 40 fr., die Gesamtbedeckung mit 3,757.730 fl. 37 1/2 fr.,

wonach sich ein anzuhoftender Ueberschuß von 36.456 fl. 97 1/2 fr. herausstellt.

Die Budgetkommission beantragt, der hohe Langtag wolle beschließen:

Artikel I.

Der Voranschlag des Grundentlastungsfondes für das Jahr 1867 wird in seinem Erfordernisse an

I. Regiekosten u. zwar:

a) allgemeine Regieauslagen	34.287 fl. — fr.
b) für die Grundlasten-Ablösungs- und Regul.-Landeskommission	6786 „ 50 „
c) für die Grundlasten-Ablösungs- und Regul.-Lokal-Kommissionen	5442 „ 90 „
Zusammen	46.516 „ 40 „

H. Kapitals-Rückzahlungen an die Berechtigten. 1,864.548 „ — „

III. Renten und Zinsen an die Berechtigten 1,810.209 „ — „

und in der Summe von 3,721.273 „ 40 „
ferner in seiner Bedeckung durch:

IV. Kapitals-Einzahlungen der Verpflichteten mit 1,142.380 „ — „

V. Zinsen von den Verpflichteten 340.930 „ — „

VI. Verschiedene Einnahmen 300 „ — „

VII. Kapitalien u. Renten vom Lande (Steuerzuschläge) 1,028.000 „ — „

VIII. Zurückerhaltene Aktivkapitalien 512.432 „ — „

u. Zinsen vom Staate 718.688 „ 37 1/2 „

IX. Aktivzinsen von zeitweilig angelegten Kassageldern 15.000 „ — „

und in der Summe von 3,757.730 „ 37 1/2 „

welche im Vergleiche mit der Erforderniß-Summe von 3,721.273 „ 40 „

einen Ueberschuß von 36.456 fl. 97 1/2 fr. erwarten läßt, genehmiget.

Sněmovní sekretář Schmidt etc:

Budžetní komise navrhuje: Slavný sněmoračič se usnėsti takto:

Článek I.

Rozpočet fondu vyvazovacího na rok 1867 schvaluje se co do potreby:

I. nákladů režijních a to:

a) obecních vydajů režijních sumou	34.287 zl. — kr.
b) na zemskou komisi vyvazovací sumou	6786 „ 50 „
c) na místní komise vyvazovací sumou	5413 „ 90 „

Uhrnem 46.516 zl. 40 kr.

II. Splátek kapitálů oprávněncům	1,864.548 zl. — kr.
III. Důchodů a úroků oprávněncům sumou	1,810.200 „ — „
tudíž v celku sumou	3,721.273 zl. 40 kr.
dále co do uhrazení:	
IV. Splácením kapitálů od povinniků sumou	1,142.380 zl. — kr.
V. Úroky od povinniků sumou	340.930 „ — „
VI. Rozličnými příjmy sumou	300 „ — „
VII. Kapitály a důchody zemskými (přirázkami berními) sumou	1,028.000 zl. — kr.
VIII. Aktivními kapitály státem splacenými sumou a takovými též úroky sumou	512.432 „ — „ 718.688 „ 37½ „
IX. Aktivními úroky z peněz kasovních, prozatím uložených, sumou	15.000 „ — „
a tudíž v celku sumou s kteroužto sumou úhrady když se porovná suma potřeby	3,757.730 zl. 37½ kr.
očekávati možno přebytek	36.456 zl. 97½ kr.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? Ich bitte, Graf Leo Thun! Abg. Graf Leo Thun: Ich erlaube mir nur den Hrn. Berichterstatter um eine Aufklärung zu ersuchen; es wird sub 9 erwähnt, daß die Aktivzinsen in einem bedeutend geringeren Betrag als sie durchschnittlich im Antrag gestellt worden sind, einkommen, und dieser Vorgang mit der Hinweisung auf die Rückwirkung der Kriegereignisse vom Jahre 1866 begründet werden. Mir scheint doch, daß eben so nothwendig und selbstverständlich es ist, daß die vorhandene Kassenbarchaft nicht todt liegen gelassen, sondern fruchtbringend verwaltet werde, es bei Geldern solcher Art wie diejenigen sind, um die es sich hier handelt, höchst wünschenswerth ist, daß die zeitweilige Verwaltung derart geschehe, daß sie so viel als möglich dem Einflusse der Zeitereignisse entrückt werden. Und ich würde den Wunsch aussprechen, daß der Hr. Berichterstatter uns Aufklärungen darüber gebe, in welcher Weise diese Verwaltung geschehen ist, und inwiefern zu besorgen steht, daß die traurigen Zeitverhältnisse den Einfluß der Zinserträge beeinträchtigen können.

Prof. Schrott: Die erste Frage betrifft die Anlegung wie sie bisher geschehen ist, und diese weiß sowohl die Rechnung als auch der Antrag des Landesauschusses aus, wie sie in dem gedruckten Budget hier vorliegt und zwar auf Seite 16, Rubrik 9, Nr. 2, daß die verfügbaren Kassengelder bei der böhmischen Escomptbank angelegt werden. Die Budgetkommission hat keine Veranlassung gefunden, gegen diesen Vorgang irgend eine Einwendung zu

erheben, der Vorgang ist auch nicht ein solcher, der hier etwa das erste Mal vorkommt, sondern es war derselbe Vorgang auch in frühern Jahren und zwar so viel ich mich augenblicklich erinnere, bereits im Budget für die Jahre 1865 und 1866. Auch damals stand überall im gedruckten Voranschlage, daß die Anlegung bei der böhmischen Escomptbank geschieht. Es ist, glaube ich, in der That gegen diesen Vorgang nichts einzuwenden, weil die Gelder in jedem Augenblicke des Bedarfs auch wieder zurückgenommen werden können.

Die zweite Frage betreffend in wie weit die Hinweisung auf die Rückwirkung der Kriegereignisse einen Einfluß nimmt, so scheint mir diese Hinweisung, die auch vom Landesauschusse selbst gegeben wurde, dadurch stichhältig, daß im Jahre 1866, im gegenwärtigen Jahre, faktisch mit Ende November bedeutende Rückstände an den Zuschlägen zu dem Grundentlastungsfonde bereits ersichtlich sind. Es ist der Grund derselbe, wie es bezüglich des Landesfondes und der Landesfondzuschläge aus Anlaß des Antrages der hier gestellt und angenommen wurde den Steuerzuschlag auf 10 fr. zu erhöhen, vom damaligen Berichterstatter auseinander gesetzt wurde. Ganz dasselbe Verhältniß, wie für den Steuerzuschlag zum Landesfonde, gilt auch für den Grundentlastungsfond und so wie die Wirkungen dort anerkannt worden sind vom Landtage, so müßten sie auch hier, glaube ich, anerkannt werden.

Es sind nun einmal gegenwärtig schon bedeutende Rückstände und dürften sich wohl noch eine Reihe von Monaten hinaus immerfort erhöhen so, daß die verfügbare Kassenreste muthmaßlich zu keiner solchen Höhe und für keine solche Dauer gelangen werden, wie dies bisher der Fall gewesen ist. Dies schien der Budgetkommission genügend den geringern Ansaß zu begründen und darum hat sie den Antrag gestellt.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

Pan posl. Václav Seidl: Já si dovolím také otázku k panu zpravodaji, a sice stran sumy 1,100.000 zl., které jsou věnovány na skoupení bursovní vyvazovací obligací. Mohu se tázati, jest-li by nebylo možná snížit ji ohledně na smutné události, které vlast naši stihly; obzvláště z toho ohledu: kdyby se suma tato snížila jen o 237.229 zl., bylo by možná, aby přirážka ta, která se na daně zemské položila, byla snížena o 1½ kr. Také ve zprávě, která nám jest předložena, jest určeno, že přirážka 5½ kr. by byla úplně stačila potřebám vyvazovacího fondu zemského, a přece se stalo, že zemská přirážka byla o 1 kr. zvýšena.

Já proto nehlasoval a tedy myslím, že mám pro svou osobu právo, abych ještě v tomto sezení se snažil, bude-li možná, aby tato přirážka nebyla poplatkem uložena. Přirážka 16½ kr. od Jeho Veličenství našeho krále posud povolena není. Kdyby ale také povolena byla, tedy z toho

následuje, že by se musela vybírat, kdyby toho zapotřebí nebylo.

Já myslím, že místo 1,100.000 zl. by stačilo úplně, kdyby se věnovalo na zakupování vyvazovacích obligac 862.771 zl. a podle toho, jak mi pan zpravodaj odpoví, ponechávám si právo, abych mohl učiniti určitý návrh.

Dr. Schrött: Der H. Abg. Seidl meint, man möge die Vorschlagssumme zum Börsenmäßigen Einkauf von Obligationen anstatt mit 1,100.000 Gulden, mit einem geringern Betrage setzen. Wenn man die Herabsetzung annimmt, ohne weitere Consequenz, so ist die unmittelbare Folge davon nichts anderes, als daß, um so viel diese Erfordernißsumme vermindert wird, sich am Schlusse des Budgets der mutmaßlich verbleibende Überschuß erhöht. Das wird wohl wahrscheinlich die Absicht des H. Abgeordneten nicht sein, wenn ich ihm recht verstanden habe. Meint er aber, man könne durch diese Herabsetzung des Einkaufes den Steuerzuschlag entsprechend verringern, so steht dem der bereits gefasste Beschluß des h. Landtages entgegen. Es ist, wie ich bei dem Budget selbst vorgelesen habe, der Steuerzuschlag von 6 1/2 % fr. in der Sitzung vom 1. Dezember d. J. vom h. Landtage bereits beschlessen. Daran läßt sich heute nichts mehr ändern. Deshalb, glaube ich, in die Beurtheilung des Meritums eines solchen Antrages nicht eingehen zu müssen, wenn ich nicht insbesondere dazu aufgefordert werde.

Posl. Václav Seidl: Pan zpravodaj mně nepověděl dostatečné příčiny, že bych mohl pochybovati o pravosti mého usudku, že totiž suma 1,100.000 zl. může býti buďto zvýšena, nebo může býti také zmenšena, aniž by to mělo nějakého rozhodného vlivu v celém rozvrhu o vyvazovacím fondu. Já tedy myslím, že když možno jest i podle toho jak se vyslovil pan zpravodaj, aby suma 1,100.000 zl. byla skutečně zmenšena, a možná že by povstalo z toho ulehčení pro poplatníky, že by se v slavném sněmu nemělo rozpakovati, aby učinil změnu v tom, co se dříve usneslo, aby totiž přírážka na 6 1/2 kr. ustanovena byla. Já jsem vyložil a pan zpravodaj mi to nevyvrátil, že vždy možná jest, měniti sumu na bursovní zakupování vyvazovacích obligac určenou beze vsí ujmy.

Přírážka jest sice povolena, nemusí se ale vybírat, pakli toho potřeba není.

Viděly jsme příklady opačné; vypsaly se daně a vybíralo se více, nežli vypsáno bylo, vypsala se půjčka, ale bylo více vybráno, než bylo povoleno.

Mohl by se tudíž ku prospěchu země i opačný případ připustiti, žeby sice větší daně povoleny byly, avšak kdyžby potřeba toho se neukázala, mohly by se menší daně vybírat. Já si tudíž dovoluji navrhnouti k článku II. aby místo 1,100.000 zlatých povoleno bylo na zakoupení obligac vyvazovacích pouze 862.771 zl. a aby se na místě

6 1/2 kr. do fondu vyvazovacího vybíralo pouze 5 0/10 z každého zlatého přímých daní.

Oberstlandmarschall: Ich bitte mir den Antrag dann zu geben. Wünscht noch Jemand das Wort? (Dr. Taschek meldet sich.)

Herr Dr. Taschek!

Dr. Taschek: Wie der hohe Landtag den Zuschlag von 6 1/2 Kreuzer für den Grundentlastungsfond beschlessen hat, so war auch eines der wesentlichen Motive jenes, daß bei dem mit dem Staate getroffenen Uebereinkommen über die Rückzahlung desselben die Summe als diejenige bezeichnet worden ist, die zur Einlösung bestimmt ist. Würden wir im Vorhinein an dieser Summe etwas herabsetzen, so wird dieses Uebereinkommen wenigstens in den Resultaten für die nächsten Jahre alterirt. Es ist außerdem, wie ich glaube, leider zu besorgen, daß von der ausgeschriebenen Summe nach den Erfolgen des heurigen Jahres im nächsten Jahre der Zuschlag nicht vollständig eingehen wird, und daß selbst bei der Summe von 1,100.000 Gulden der Fond in ein bedeutendes Gedränge kommen wird, um die ihm nach dem Uebereinkommen übernommenen Obliegenheiten zur Durchführung einzuhalten. Wenn wir nun im Vorhinein die Mittel noch beschränken, wo wir doch wissen, daß das Einkommen kaum in dem Maße, wie wir annehmen, einfließen wird, so glaube ich, daß die Operationen desselben jedenfalls bedenklich alterirt werden könnten, und ich würde daher glauben, das hohe Haus sollte bei dem bereits einmal gefassten Beschlusse, um eine so wichtige Angelegenheit nicht in Stockung zu bringen oder wenigstens zu alteriren, verbleiben.

Oberstlandmarschall: Ich werde den Änderungsantrag des Hr. Dr. Seidl, bis er eingereicht ist, zur Unterstützungsfrage bringen und wenn Niemand weiter das Wort ergreift, dann dem Hr. Referenten das Schlußwort ertheilen.

Dr. Seidl čte: Slavný sněme račiz se usněsti takto: „Na zakupování obligac vyvazovacích povolí se pouze 862.771 zl. Přírážky zemské na vyvazovací fond zemský ustanovují se na 5 0/10 z každého herního zlatého.

Der hohe Landtag wolle beschlessen, zu dem Ankaufe von Grundentlastungs-Obligationen wird bloß die Summe von 862.771 fl. bewilligt. Der Landeszuschlag für den Grundentlastungsfond wird auf 5 Kreuzer von jedem Steuergulden festgestellt.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die diesen Antrag untestützen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Er ist untestützt. Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

Ich erkläre die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Prof. Schrött: Ich will mich bei dem Umstande nicht aufhalten, was es für einen Eindruck machen müßte, wenn der börsenmäßige Einkauf der Obligationen vom Landtage selbst herabgemindert wird. Es ist unzweifelhaft, daß auf den Cours der Grundentlastungsobligationen günstige Erfolge

dadurch nicht hervorgebracht werden. Allein es giebt einen andern triftigeren Grund gegen eine solche Herabminderung, nämlich: das Land sollte in den 40 Jahren von 1856—1895 für welche der Tilgungsplan veröffentlicht und unabänderlich festgestellt ist, im Ganzen 18,475,581 fl. bezahlen. Daraus entfallen jährlich 461,889 fl. Kapital und die Zinsen dazu von jeweiligen Kapitalsrest.

Dieser Berechnung entsprechend hätte vom Ursprunge an die Ausschreibung der Steuerzuschläge für den Grundentlastungsfond geschehen sollen. Es ist aber das nicht gehörig berücksichtigt worden. Es sind die Zuschläge anfangs etwas zu gering gewesen, dann waren ein paar Jahre, wo der Zuschlag auf 10 fr. gesetzt war, was offenbar zu hoch war; dann eine längere Reihe von Jahren, wo die Zuschläge tiefer heruntergesetzt wurden, als es zweckmäßig gewesen wäre, dadurch ist es gekommen, daß durch die Steuerzuschläge nicht jene Summe an Kapital und Zinsen vom Lande bestrahlt worden ist, welche bis 1865 wirklich fällig war. Es hätte nämlich, wenn die Steuerzuschläge wirklich so ausgeschrieben worden wären, daß Jahr für Jahr die volle Schuldigkeit vom Lande getragen worden wäre, der Rückstand der Schuld des Landes am Ende 1865, 13,816,686 fl. betragen sollen: allein thatsächlich besteht der Rückstand, d. i. die Schuld des Landes an den Grundentlastungsfond am Ende 1865 in 16,293,357 fl. 59 fr., wie der Rechnungsabschluss des Grundentlastungsfondes ausweist, also eine bedeutend höhere Schuld, als sie bei einem normalen Gebahren hätte bestehen sollen. Wenn nun diese Schuld von 16,000,000, wie sie faktisch besteht in den weitem 30 Jahren, die wir noch für die Abwicklung des Grundentlastungsgeschäftes vor uns haben, in gleichen Raten vertheilt wird, so entfallen auf jedes Jahr, also auch 1867, 543,111 fl. 92 fr. an Kapital, dann die Zinsen von der am Ende Oktober 1865 verbliebenen Kapitalschuld; diese machen 207,332 fl., so daß also an 5% Zinsen für das Jahr 1867 einfließen sollte 804,301 fl. 27 fr., und das obige Kapital dazu, giebt 1,347,413 fl. 19 fr. Die direkten Steuern für 1867 betragen aber 15,820,543 fl. daher ein Zuschlag von 1 fr. einen Ertrag von 158,205 fl. giebt, und müßte daher, wenn vom Lande die volle Schuldigkeit für 1867 und nicht mehr hereingebracht werden sollte, ein Steuerzuschlag von 8½ fr. ausgeschrieben werden; da jedoch bei einer so strengen ratenweisen Hereinbringung der Kapitalschuld sich die Zinsen und auch die Gesamtjahresquoten von Jahr zu Jahr vermindern, so würden sich ebenso die relutirenden Steuerzuschläge anfangs höher und dann herabgehend immer geringer ergeben. Um die Steuerpflichtigen nicht in der Gegenwart höher zu belasten, als es die regelrechte Abwicklung des Grundentlastungsgeschäftes nothwendig macht, um andererseits in späterer Zeit nicht auf gar zu geringe Beträge herabzukommen, hat man beim erstenmale,

als der Grundentlastungsfond hier im h. Landtage berathen wurde, eine genaue ziffermäßige Untersuchung gepflogen, wie man gleichsam nach Art von Annuitäten dahinkommen könne, dem Lande nicht anfangs so viel mehr, sondern immer vom Anfang bis zum Schluß der gänzlichen Abwicklung des Geschäftes immer eine nahezu gleiche Summe aufzubürden.

Und da ist man auf den Zahlensatz von 6½ fr. pr. Steuergulden gekommen, und das ist der Grund, aus welchem die Budget-Kommission beständig an diesem Zahlensatze festgehalten hat.

Ich glaube, es ist unbedingt besser, wenn man die Last auf die Gegenwart und Zukunft gleichmäßig vertheilt, als daß man gegenwärtig höher hinaufgeht, um in Zukunft weniger zu leisten zu haben.

Aber ganz entschieden widersprechend wäre es, noch unter den Durchschnitt der Leistungspflicht herunter zu gehen; da doch das Land faktisch gegenwärtig mehr zu zahlen verpflichtet wäre.

Wie ich berechnet habe, müßte dieser Betrag mit 8½% ausgesprochen werden.

Ich glaube daher, um den regelmäßigen Gang der Geschäfte nicht zu stören und das Land gleichmäßig zu belasten, beim Antrage der Budget-Kommission verbleiben und denselben aufrecht erhalten zu sollen.

Dberst Landmarschall: Ich werde nun den Abänderungsantrag zuerst zur Abstimmung bringen, dann den Antrag der Kommission.

Es ist der Antrag des Abg. Seidl, der bereits vorgelesen worden und bekannt ist. Ich werde die Abstimmung darüber einleiten und bitte diejenigen Herren, die für den Antrag des Abgeord. Seidl sind, die Hand aufzuheben. (Geschlecht). Es ist die Minorität.

Ich bringe jetzt den Antrag des Landesauschusses zur Abstimmung, und bitte diejenigen Herren, welche für den Antrag des Landesauschusses sind, wie er eben vorgelesen wurde, die Hand aufzuheben. (Geschlecht).

Da dieser Antrag aus mehreren Punkten, wenn auch nur aus 1 Artikel besteht, und auch zu einem Absatze ein Antrag gestellt worden ist, deshalb ist es nothwendig, auch die 3. Lesung dieses Antrages vorzunehmen, und wenn das Haus zustimmt und Niemand etwas dagegen hat, so bitte ich diejenigen Herren, die den Antrag der 3. Lesung annehmen, die Hand aufzuheben. (Geschlecht).

Es ist die Majorität.

Ich bitte, es ist noch ein Nachtragsbericht zum Berichte über den Grundentlastungsfond.

Abg. Dr. Schrott: In der Budget-Kommission ist ein Separatbericht des Landesauschusses angekommen, der auf das Budget Einfluß zu nehmen geeignet ist.

Der Landesauschuß hat nämlich in seinem Berichte vom 18. November l. J. den Antrag gestellt: Ein h. Landtag geruhe dem Landesauschusse-Rathe Ambros Ansforg vom Jahre 1866 an und

für so lange, als dessen Verwendung zur Geschäftsbesorgung des Grundentlastungs-Fondes andauert, eine in die Pension nicht einrechenbare Personalzulage jährlich 300 fl. C. M. aus dem böhmischen Grundentlastungs-Fonde gnädigt zu bewilligen.

Der Landesauschuß unterstützt diesen seinen Antrag mit Gründen, welche zum Theile aus der Natur und Beschaffenheit der Grundentlastungs-Fondes-Geschäfte überhaupt, welche andererseits aus der Qualität und Quantität der Dienstleistungen des L.-A.-Rathes Anforge und endlich 3., welche aus der eigenthümlichen dienstlichen Stellung desselben entnommen sind.

In erster Richtung führt der Landesauschuß an, daß derjenige Beamte, welcher die Grundentlastungs-Geschäfte zu besorgen hat, zahlreiche und mannigfache Spezialkenntnisse mitbringen muß, die nicht allein die Gesetzgebung des Grundentlastungswesens, sondern sämtliche Instruktionen, Verordnungen und Vorschriften für die Buchhaltung, das Kassawesen angehen, vollständig inne haben muß. In zweiter Richtung über die besondere Leistung des Landesauschuß-Rathes Anforge führt der Landesauschuß an:

1. Daß durch die entsprechende Betheiligung desselben das zwischen dem Staat und dem Grundentlastungs-Fonde schwebende Schuldverhältniß zur gedeihlichen Lösung gelangte, 2. daß über dessen Auegung die Ordnungsherstellung in der Steuerämlichen Grundentlastungs-Geldgebarung mit Erfolg angebahnt und die Capitalien glücklich erzielt wurden. 3. Daß derselbe mit lobenswerthem Eifer und unerbrossener Mühe ein wachsamcs Auge darauf gerichtet habe, damit die schuldigen Grundentlastungsgebühren so vollständig und rechtzeitig als möglich eingebracht werden, 4. daß derselbe das für den Fond erspriessliche Geschäft des börsenmäßigen Ankaufs des böhmischen Grundentlastungs-Fondes-Obligationen unter Aufsicht des Landesauschuß-Referenten mit glücklichem Erfolge besorgt habe, welches Geschäft große Vorsicht und wie selbstverständlich die unbedingte Vertrauenswürdigkeit erheischt. 5. In Bezug auf den Geschäftsumfang wird hingewiesen, daß die Geschäfte im Jahre 1864, 2764, im Jahre 1865, 2612 Geschäftsstücke nachweisen, deren entsprechende Bearbeitung mit Zurechnung des dabei unvermeidlichen Partheienverkehrs die Kräfte mindestens zweier versierter Konzept-Beamten beanspruchen würde, die Leistung aber vom L.-A.-Rathe Anforge bei dessen reifer Geschäftsverfahrung fortan allein prästirt wurde. Schließlic erwähnte der Landesauschuß, der Rath Anforge zählt 53 Jahre seines Alters, die gesammte Dienstzeit desselben beträgt 23 Jahre und er ist der älteste Konzept-Beamte des Landesauschusses und er wurde nur wegen seiner ununterbrochenen Landesdienstzeit bei seiner Berufung in die 2. Kategorie als Landesauschlußsekretär jetzt Landesrath versetzt, in welcher er einen Gehalt von 1800 fl. dermal bezieht und bei seinem vorgerückten

Alter dürfte derselbe einen Eintritt in die höhere Gehaltsstufe der L.-A.-Räthe kaum zu gewärtigen haben. Über diesen Antrag und seine Motivirung erstattet die Budgetkommission dem hohen Landtag folgenden Bericht: Der Budgetkommission ist aus der in jeder Session vom hohen Landtage ihm zugewiesenen Behandlung der Rechnungsbeschlüsse des Grundentlastungs-Fondes bekannt, daß die dem Landesauschusse obliegenden Fondesgeschäfte ganz spezielle und vielseitige Fachkenntnisse, bei den diese Geschäfte besorgenden Beamten voraussetzte, und daß der Umfang dieser Geschäfte wie in den vorangegangenen Jahren, so auch noch gegenwärtig, auch noch auf eine Reihe von Jahren hin ein bedeutender, die Kräfte eines Individuums gewiß übersteigender sein wird, die hohe verdienstliche Thätigkeit und der günstige Erfolg, mit welchem Anforge nach dem Zeugnisse des Landesauschusses diese Last bisher getragen, erscheint daher auch der Budgetkommission einer bleibenden Belohnung würdig, nur vermochte sich dieselbe nicht dahin auszusprechen, daß diese Belohnung eben in einer Personalzulage bestehen solle. Eine persönliche Zulage knüpft sich nicht an das Dienstgeschäft, sondern an die Person des mit der Zulage theilhalten Beamten, und wird nach dem bestehenden Systeme in dem Maße wieder eingezogen, als der damit theiligte in einen höheren Gehalt vorrückt. Das Normale dafür ist vom Jahre 1824 in der politischen Gesesammlung abgedruckt. Der Landesauschuß trägt aber an, dem Rath Anforge eine Belohnung jährlicher 300 fl. für so lange zu bewilligen, als dessen Verwendung bei der Geschäftsbesorgung des Grundentlastungs-Fondes dauert. Nach diesem Antrage, wenn er so angenommen würde, wie er unmittelbar gestellt ist, würde der Bezug zugleich mit der erwähnten Geschäftsbesorgung aufhören, auch wenn Anforge bis dahin in einem höheren Gehalt nicht eingerückt wäre; aber umgekehrt würde der Bezug auch bei der allfälligen Borrückung Anforges verbleiben, wenn er bei der Geschäftsbesorgung verbleibt. Hieraus geht hervor, daß die beantragte Belohnung obgleich der Landesauschuß dieselbe als Personalzulage bezeichnet, sich doch in ihrer wesentlichen Beschaffenheit nicht anders als eine Remuneration darstellt.

Dem Antrage auf eine solche Remuneration schloß sich die Budgetkommission in so weit an, als sie die Bewilligung einer Remuneration für bereits geleistete Dienste insbesondere durch den übermäßigen Umfang der Geschäftszutheilung und durch die Besorgung des börsenmäßigen Einkaufes der Grundentlastungsobligationen für gerechtfertigt hält.

In ersterer Beziehung muß jedoch bemerkt werden, daß eine Geschäftszutheilung, welche nach der eigenen Aussage des Landesauschusses die Kraft mindestens 2er versierter Konzeptbeamten beanspruchen würde, an einen einzigen Beamten mit Rücksicht auf den damit belasteten nicht, und insbesondere bei einem Geschäftszweige, der wie der Landesaus-

schaft anführt, mannigfache spezielle Fachkenntnisse erfordert, aus Dienstesrückichten zu empfehlen ist, weil unter solchen Umständen bei einer etwa länger andauernden Erkrankung, Beurlaubung oder endlich bei dem Abgange des einzigen Fachkundigen bedeutende Störungen in der Dienstesausbübung unvermeidlich eintreten müssen. Es ist vielmehr zu gewärtigen, daß der Landesauschuß hieraus die Veranlassung nehmen wird, dafür zu sorgen, daß mindestens noch einer der angestellten Konzeptsbeamten zur entsprechenden Bearbeitung des Grundentlastungsgeschäftes ausgebildet werde. Es ist der Budgetkommission in dieser Beziehung auch von den betreffenden Herrn Landesauschußbeisitzern mündlich die Versicherung gegeben worden, daß dazu bereits vom Landesauschusse die Einleitung getroffen worden sei. Das 2. die Beforgung des börsenmäßigen Einkaufes der Grundentlastungsobligationen betreffend, so ist das ein Geschäft, welches außerhalb des Kreises der gewöhnlichen Dienstleistung eines Konzeptsbeamten liegt und eben deshalb auch von außerhalb der Befoldung liegende Belohnung rechtfertigt. Die börsenmäßige Einlösung der Grundentlastungsobligationen wurde im Jahre 1857 begonnen und wurde bis zum Februar 1861 durch ein Prager Wechselhaus gegen Provision vermittelt. Die Provision hat laut der Rechnungsbücher des Grundentlastungsfondes im Jahre 1857, 1806 fl., im Jahre 1858, 1690 fl., im Jahre 1859, 1678 fl., im Jahre 1860, 975 fl. betragen und in dem ersten Vierteljahre des Jahres 1861, wo diese Art der Einlösung noch dauerte, 320 fl. Seither übergang der Grundentlastungsfond in die Landesverwaltung, seit September 1861 wurde die Vermittlung des Obligationeneinkaufes unter Aufsicht des Landesauschußbeisitzers durch den Landesauschuß-Rath-Ansorge ohne eine besondere Entlohnung gepflogen. So lange der große Geschäfts-Umfang und so lange der börsenmäßige Einkauf der Grundentlastungsobligationen in dem bisherigen Maße fortbauert, scheint es daher, daß man mit Grund annehmen dürfe, der hohe Landtag würde bei jeder Budgetvorlage geneigt sein, eine von dem Landesauschusse dafür in Anspruch genommene Remuneration zu bewilligen. Deshalb trägt die Budgetkommission an: Der hohe Landtag wolle beschließen: Dem Landesauschuß-Rathe Ambros Ansorge wird eine Remuneration von 300 fl. bewilligt und ist dieser Remunerationbetrag nachträglich in den Voranschlag des Grundentlastungsfondes für das Jahr 1867 unter die allgemeinen Regieauslagen einzustellen. Ferner wird dem Landesauschusse freigestellt, inso lange die gegenwärtigen Geschäfts- und Dienstverhältnisse des Landesauschußraths Ansorge fortbauern, in jedem Grundentlastungsfond-Jahres-Voranschlage für denselben einen gleichen Remunerationbetrag in Anspruch zu nehmen.

Sněmovní sekretář Schmidt: Budgetní komise činí návrh: Radovi zemského výboru Ambrozi Ansorge povoluje se remunerace 300 zl.

a budíž tato částka postavena do rozvrhu vyvazovacího fondu na rok 1867. Dále budíž povoleno zemskému výboru, aby tak dlouho, pokud nynější služební poměry a jeho zaměstnání trvají, každý rok do prelimináře z vyvazovacího fondu vtáhnul tuto částku remunerací 300 zl.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? Wenn Niemand das Wort ergreift, so werde ich den Budget-Kommissionsantrag zur Abstimmung bringen.

Ich bitte diejenigen Herren, die für diesen Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission, betreffend das Gesetz über Erleichterungen der Bauten zu Zwecken der Industrie. Ich bitte den Herrn Referenten.

Dr. Groß (liest):

Hoher Landtag!

Zu der XL. Sitzung der vierten Session, am 3. März 1866 hat der Landtag Beschluß gefaßt über eine Regierungsvorlage, welche ein Gesetz für Erleichterung industrieller Bauten zum Gegenstande hatte.

Der hohe Landtag hat damals die Anträge der Kommission fast in allen wesentlichen Punkten zum Beschlusse erhoben, und den Entwurf der hohen Regierung in allen jenen Bestimmungen, die von den Kommissions-Gutachten abwichen — (mit Ausnahme des §. 6) — abgelehnt.

Die k. k. Regierung hat aber dem Gesetzentwurfe, wie er aus der Berathung vom 3. März d. J. hervorging, die Sanction verweigert, und in der 1. Sitzung der gegenwärtigen Session als Motiv der Nichtbestätigung den Umstand erklärt, daß in den §§. 1 und 2 „des Entwurfes“ die unumgänglich notwendigen Vorrichtungen zum Schutze der persönlichen und Eigenthumsicherheit außer Acht gelassen seien. Gleichzeitig hat die k. k. Regierung einen erneuerten Gesetzentwurf vorgelegt, welcher im §. 2 sich dem Landtagsbeschlusse vom 3. März d. J. nähert, im §. 9 die Fassung des Landtages adoptirt, im Uebrigen aber mit der ersten Regierungsvorlage vollkommen übereinstimmt.

Ihre Kommission mußte in dem angeführten Motive der hohen Staatsverwaltung nur einen Grund mehr erblicken, mit Sorgfalt und Umsicht beide Vorlagen: sowohl den Landtagsbeschlusse der neuen Session, als den erneuerten Entwurf der Regierung zu prüfen, und ist nach eingehender Berathung zu dem einstimmigen Antrage gelangt, dem hohen Landtage zu empfehlen: im §. 2 den Isolirungshalbmesser im Sinne der Regierung mit 20 Klaftern anzunehmen, im Uebrigen aber (mit Ausnahme zweier Amendements von untergeordneter Bedeutung) den früheren Beschluß aufrecht zu halten.

Bereits im Kommissionsberichte der vorigen Sitzungsperiode — auf welchen ihr Ausschusse sich wohl berufen darf, um Wiederholungen zu vermei-

den — wurden die Gründe auseinander gesetzt, welche die damalige Kommission bestimmten, in den §§. 1 und 2 von der Regierungsvorlage abzuweichen. Der hohe Landtag hat aber beschlossen, es solle das vorliegende Gesetz auf Bauten im Weichbilde der Hauptstadt Prag nicht anwendbar sein; es darf dieß wohl als ein wesentliches Motiv angesehen werden, bei isolirten Bauten jene Erleichterungen im vollen Maße eintreten zu lassen, welche durch das Gesetz erreicht werden sollen. Eine der wesentlichsten Erleichterungen ist aber die Vorschrift für die Treppenanlage, wie sie von der Kommission empfohlen wird: soll dem Bauherrn wirklich die Wahl des Materials und der Konstruktion überlassen werden, so darf der Gesetzgeber auch nicht mit der einen Hand nehmen, was es mit der andern gegeben. Dieß geschieht aber durch die Vorschrift im §. 1 a) der Regierungsvorlage. Im Eingange dieses Paragraphes wird nämlich die freie Disposition des Bauherrn konstatirt, im Punkte a) werden aber solche Bestimmungen über Material, Dimension und Konstruktion der Treppen gegeben, daß solche Anlagen zumeist nur in ganz massiven Gebäuden technisch ausführbar erscheinen. Diese Bestimmung beschränkt den Bauherrn weit mehr, als die bestehende allgemeine Bauordnung; je nach dem Zwecke der gewerblichen Anlage bestehen gegenwärtig in Böhmen ausgedehnte Fabriken mit hölzernen Stiegen in einer durch das Gesetz gestatteten Weise. Neue Beschränkungen kann man durch ein Gesetz nicht einführen wollen, welches zur Erleichterung gewerblicher Bauten gegeben werden soll.

Daß die freie Disposition in der Bauführung industrieller Anlagen nach den Anforderungen der Sicherheits-Polizei begrenzt werden müsse — erkennt die Kommission vollkommen an, sie kann sich nur der Fassung der Regierungsvorlage nicht anschließen, weil diese für Treppen in isolirten Gebäuden größere Sicherheits-Anforderungen stellt, als dieß nach den bestehenden Vorschriften für nicht isolirte Häuser auf dem Lande der Fall ist.

Nach dem ersten mehr erwähnten Landtagsbeschlusse über das vorliegende Gesetz sollte der Isolirungskreis, welcher ein Gebäude umgeben muß, wenn jene Erleichterungen der Bauvorschriften darauf anwendbar sein sollen, einen Halbmesser von 15 Klaftern haben. Die erste Regierungsvorlage setzte diesen Radius auf 30, der erneuerte Entwurf der Regierung ermäßigt denselben auf 20 Klaftern.

Die Kommission glaubte annehmen zu dürfen, daß mehr noch als der Landtagsbeschluss zu §. 1 — der beschlossene Isolirungsradius von nur 15 Klaftern — Veranlassung geboten habe, daß das Gesetz die Genehmigung nicht gefunden hat. Da einerseits der Unterschied in der vorgeschriebenen Entfernung nur 5 Klafter beträgt, also den beabsichtigten Erleichterungen gegenüber nicht so schwer ins Gewicht fällt; da andererseits die Kommission das Inslebenreten des Gesetzes im Interesse neuer

gewerblichen Bauten dringend wünscht, so empfiehlt die Kommission das nunmehr von der hohen Regierung vorgeschriebene Ausmaß von 20^o für die Isolirungsdistanz.

Wenn aber die Kommission auch in Bezug auf dieses Maß auf den Antrag der h. Regierung eingehen konnte, so ist sie doch nicht in der Lage, die ganze Fassung des §. 2 nach der Regierungsvorlage zu empfehlen.

Die letztere geht nämlich von der Anschauung aus, daß ein im Isolirungsraume gelegenes eigenes Gebäude des Bauherrn entweder massiv sein müsse, oder ebenfalls der Isolirungsbedingung unterliege. Wenn diese Bestimmung gesetzliche Geltung hat, so würde sich für eine aus mehreren Gebäuden bestehende gewerbliche Anlage die Forderung ergeben, daß entweder nur auf ein Gebäude die Vortheile des vorliegenden Gesetzes angewendet werden können, während alle anderen Gebäude derselben Anlage feuerficher hergestellt werden sollen — oder jedes Nebengebäude müßte vom Hauptgebäude und von jeder anderen baulichen Anlage 20 Klafter entfernt sein. Das Letztere wäre nicht nur eine große Last bei der Anlage, weil zu einer derartigen Isolirung eine noch weit größere Bau-Area erforderlich wäre, als ohnehin der §. 2 auch im Sinne des Kommissions-Antrages nothwendig macht — sondern es wäre praktisch gar nicht ausführbar, weil so bedeutende Entfernung der Werk- oder Fabrikgebäude unter einander in den meisten Fällen dem industriellen Zwecke widersprechen, — weil meistens der Bauherr für rasche und bequeme Kommunikation zwischen allen Theilen seiner Werksanlage sorgen muß. In der Regel repräsentiren die einzelnen Gebäude einer industriellen Anlage zum Theil die Betriebsstätten einzelner Prozesse der ganzen Produktion, zum Theil die Vorrathstätten für Roh- und Hilfsstoff, wie für das Fabrikat. Jeder Bauherr muß sich dagegen verwahren, diese einzelnen Theile seiner Anlage durch Isolirungsdistanzen von einander zu trennen. Der eigentliche Produktionszweck, die Bedingung billiger, vortheilhafter, rascher Produktion ist die oberste Rücksicht, die der Bauherr bei seinem Plane zu nehmen hat, eine baupolizeiliche Vorschrift, die Erleichterungen für die Industrie bieten soll, darf aber einem solchen Zwecke nicht widersprechen. —

Die Bedingung der Isolirung im Sinne des §. 2 ist neu in der Baugesetzgebung; die Kommission ist der Ansicht, daß der Isolirungsgrundsatz, selbst mit dem größeren Ausmaß der erneuerten Regierungsvorlage, in diesem Gesetze seine entsprechende praktische Anwendung finde, und vollkommen geeignet sei, die Bedenken zu heben, die etwa in Bezug auf Bau- und Sicherheitspolizei bestehen könnten; gehen diese letzteren Rücksichten zu weit, so wird der Begriff des Isolirungsraumes auf die Polizeivorschriften für Fabrikbauten kaum Anwendung finden können, und der Bauherr würde es vorziehen müssen, sich der allgemeinen Bauordnung zu unterwerfen.

Im §. 10 des vorliegenden Gesetzentwurfes

wird ausdrücklich bestimmt, daß die Bestimmungen der allgemeinen Bauordnung (vom 11. Mai 1864) insofern auch auf isolirte Fabrikbauten volle Anwendung finden, als das gegenwärtige Gesetz nicht Anderes bestimmt. Aus diesem Paragraph geht wohl auch die Forderung hervor, daß in das vorliegende Gesetz nichts aufgenommen werden soll, was schon durch die Bauordnung entsprechend vorgeschrieben wird. Dieß gilt speziell von dem Punkte d) des §. 1 der Regierungsvorlage, betreffend die Anlage von Kanälen und Senkgruben. Die Kommission ist der Ansicht, daß nicht nur der §. 8 des vorliegenden Gesetzentwurfes, sondern auch das 3. Hauptstück der Gewerbeordnung vom 20. Dezember 1859 den nöthigen Schutz gewähren, den etwaige Privatrechte und die Sanitätspolizei in Bezug auf die Ableitung unreiner Flüssigkeiten in Anspruch zu nehmen be-rechtigt sind. Aus diesem Grunde hat die Kommission die Vorschrift des Punktes d) des §. 1 der Regierungsvorlage in den dem h. Landtage vorgelegten Entwurf nicht aufgenommen, um so mehr, als derselbe keine so präzise Vorschrift enthält, die etwa auf alle Fälle anwendbar wäre, und weil kein Grund vorhanden ist, für isolirte Fabrikbauten andere Sanitätspolizei-Vorschriften zu geben, als die Gewerbe-polizei überhaupt verlangt.

Aus diesen Gründen erlaubt sich die Kommission dem h. Landtage die Annahme des beigeschlossenen Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Prag, 13. Dezember 1866.

Oberstlandmarschall: Ich eröffne die Generaldebatte. Wünscht Jemand in der Generaldebatte das Wort zu ergreifen?

Wenn Niemand in der Generaldebatte das Wort ergreift, so will ich zur Spezialdebatte schreiten. Ich bitte den Hrn. Berichterstatter paragraphenweise das Gesetz vorzulesen.

Dr. Groß: Ich glaube zunächst den Titel vortragen zu sollen: Gesetz, wirksam für das Königreich Böhmen mit Ausnahme der kgl. Hauptstadt Prag, wodurch im Nachhange zur Bauordnung vom 11. Mai 1864 den Bauten für Zwecke der Industrie einige Erleichterungen zugestanden werden.

Sněmovní sekretář Schmidt etc: Zákon, daný pro království České, vyjímajíc královské hlavní město Prahu, jimžto se dodatkem k stavebnímu řádu, vydanému dne 11. května 1864, stavbám ku potřebám průmyslním povolují některá usnadnění.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand zum Titel das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.)

Ich bitte jene Herren, die mit dem vorgeschlagenen Titel einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dr. Groß:

§. 1.

Bei jenen Gebäuden, welche für Zwecke des gewerblichen, des Bergwerks- oder Hüttenbetriebes errichtet werden, und sich in isolirter Lage befinden,

werden Konstruktion und Baumaterial der Wahl des Bauherrn unter seiner und des Bauführers Haftung für genügende Festigkeit, sowie für die genaue Beobachtung der Vorschriften überlassen, welche, wie folgt, vorgezeichnet werden:

- a) Alle Rauchfänge und Feuerungen sollen aus feuer sicherem Materiale erbaut und von jedem Holzwerke isolirt sein.
- b) Dampfkessel sind bei größeren Anlagen, wo thunlich, abge sondert von solchen Lokalen aufzustellen, in denen gewöhnlich eine größere Anzahl Personen arbeitet. Die Kessel dürfen nicht überwölbt werden, sondern sind nur leicht zu überdecken, nur unmittelbar über dem Heizraume ist ein Gewölbe gestattet.
- c) In Gebäuden, welche eine Länge von 20 Klafter und darüber haben, müssen mehrere Treppen angelegt werden, um aus allen oberen Räumen ins freie gelangen zu können. Die Stiegen sind in der Art anzubringen, daß die horizontale Entfernung jedes Punktes im Innern des Gebäudes von der nächsten Stiege nicht mehr als 20 Klafter beträgt.

Sněmovní sekretář Schmidt (etc): §. 1. Při stavěních, k provozování živností, hornictví neb hutnictví určených, leží-li o samotě, zůstává se stavebníkovi na vůli, jak a jakým stavivem stavěti chce: stavebník pak a stavitel odpovídají z toho, že stavba jest dosti pevná, a že bylo pilně šetřeno těchto opatrností:

a) Kominý a všeliká topeniška a ohníška budte stavěny ze staviva před ohněm bezpečného, a budte odděleny od všeho, co jest ze dřeva.

b) Kotle parní budtež při větších závodech, pukud možná, tak postaveny, aby byly vzdáleny od místností, v nichž obyčejně mnoho osob pracuje; kotle budtež lehce kryty, nikoliv překlenuty, toliko nad ohníškem klenutí udělati volno.

c) Stavení, ježto má v délce 20 sáhů a více, budtež opatřena několika schody tak, aby bylo možno z horejších poschodí ze všech míst ven se dostat. Schody budtež tak postaveny, aby vodorovná vzdálenost každé části stavení od nejbližších schodů nečinila více než 20 sáhů.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen?

Statthalter Graf Rothkirch: Ich bitte ums Wort.

Von Seite der Regierung kann sich dieser Ansicht der Kommission, welche für die Herstellung der Stiegen, dieselben Begünstigungen in Anspruch nimmt, wie sie im Eingange des §. 1 aufgezählt sind, nicht angeschlossen werden. Die Regierung muß bei ihrem ursprünglichen Antrage beharren, sie kann auch die Motive des Kommissionsberichtes nicht ganz theilen, der vorzüglich das hervorhebt, daß durch die von der Regierung beantragten Vorschriften dem Bauwerker größere und schwierigere Bedingungen gestellt werden, als sie selbst in der

allg. Bauordnung enthalten sind. Diese Ansicht, wenigstens was die Dimensionen der Stiegenbreite betrifft, dürfte denn doch nicht so ganz begründet sein, wenn die §§. 32 oder 33 der Bauordnung (bezüglich der Breite der Stufen) ins Auge gefaßt wird. Die Regierung beantragt, daß die Stiege, welche zu Zeiten von Gefahr für nicht mehr als 50 Personen zugleich dienen soll, eine Weite von wenigstens $3\frac{1}{2}'$, für gekrümmte Treppen dagegen von $5'$ erhalte; die Bauordnung stellt eine höhere Anforderung, nämlich die Stiege muß wenigstens $4'$ im Lichten breit sein.

Die Regierung glaubt, daß in dieser Beziehung sehr wesentliche Gründe bestehen, für die Sicherheit des Lebens und die Gesundheit der in solchen großen oft 4 Stock hohen Gebäuden befindliche Menschenmenge vorzusorgen und diese Rücksichten zu wahren.

Es ist wohl nicht zu verkennen, daß, wenn durch Zufall in einem ganz leichten aus feiergefährlichem oder wenigstens nicht feuerfestem Material erbauten großen Gebäude, in welchem Hunderte von Menschen beschäftigt sind, plötzlich ein Brand entsteht, vor allem eine feuerfeste, sichere Stiege vorhanden sein muß, um der gesammten Menschenmenge ungehindert den Ausgang zu ermöglichen, namentlich wenn ein solcher Brand sich früher in den unteren Geschossen ausbreitet als in den höheren. Die Regierung hält daher die von ihr angeordneten Maßregeln bezüglich der Herstellung vollkommen feuersicherer Treppen vollständig aufrecht und wäre nicht in der Lage, davon abzugehen. Sie hält es für ihre Pflicht in dieser Beziehung der Rücksicht auf Leben und Gesundheit volle Rechnung zu tragen.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort? Wenn Niemand das Wort ergreift, werde ich dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort erteilen.

Abg. Dr. Groß: Ich bedauere lebhaft, daß ich der Auffassung Sr. Excellenz des Herrn Statthalters, die er Namens der h. Regierung ausgesprochen, entschieden entgegengetreten muß. Ich hatte erwartet, daß die h. Regierung einen Theil der Bedenken, die im v. J. bereits ausgesprochen wurden, fallen lassen werde, umso mehr als bereits in der vorjährigen Diskussion nachgewiesen wurde, wie gerade die Fassung des §. 1 über die Stiegen gar nicht ausführbar sei.

Ich gebe vollkommen zu, daß in Bezug auf das Maß der aus Rücksichten der polizeilichen Sicherheit nothwendigen Beschränkungen man verschiedener Meinung sein kann und eher auch die entgegengesetzte Meinung. Aber die Aufrechthaltung des §. 1, Punkt a) der vorjährigen Regierungsvorlage ist nach der Diskussion in der vorjährigen Session nicht mehr gerechtfertigt, denn er enthält solche technische Fehler, die am wenigsten hätten wieder aufgenommen werden sollen. Ich mache darauf aufmerksam, daß in der vorj. Diskussion be-

reits nachgewiesen worden ist, daß der 2. Absatz ad a) technisch gar nicht verständlich ist, weil kein Techniker weiß, was es heißt, Treppen müssen von feuerfestem Material oder, wenn sie von Holz sind, massiv oder unterwölbt sein.

Was massive Holzstufen sind? — wenn darunter nicht etwa sogenannte Blockstufen zu verstehen sind, die aber nicht feuerfest sind — ob nicht vielleicht im ganzen Satz ein Wort fehle, das es technisch klar machen soll? darüber hat das Haus keine Aufklärung bekommen.

Die h. Regierung hält nichts desto weniger diesen handwerks- und junstmäßig nicht verständlichen Punkt in der neuen Vorlage vollkommen aufrecht.

Es ist ferner in der vorigen Session bereits darauf hingewiesen worden, daß die Bestimmung: „Treppen müssen so angelegt sein, daß die Distanz von einer zur anderen an keiner Stelle mehr als 20° betrage, der persönlichen Sicherheit gar nicht genügend entspricht; denn wird nur vorgeschrieben, daß eine Treppe von der andern 20° entfernt sein soll, so ist dadurch noch nicht festgestellt, wie viele Treppen überhaupt nothwendig sind.

Welche Räume im ganzen Gebäude ganz ohne Stiegen sein können, steht nicht im Gesetz; wenn ein Gebäude 80 Klafter lang ist und in der Mitte dieses Gebäudes 2 Stiegen sind, welche 20 Klafter von einander entfernt sind, so ist dem Gesetze entsprechend ohne Rücksicht darauf, daß auf jeder Seite des Gebäudes 30° übrig bleiben können, welche ohne Stiegen sind. Die Kommission hat in diesem Sinne eine andere Fassung gewählt, welche dem Zwecke gewiß mehr entspricht. Es soll jeder Punkt im Innern des Gebäudes horizontal gemessen von der Stiege 20° entfernt sein. Das entspricht dem Prinzip, daß man rasch und leicht ins Freie gelangen könne. Die Breite der Stiegen ist in dem Entwurfe der Regierung vorgeschrieben. Ja noch mehr, es ist die Breite der Stiegen für die bestimmte Zahl von Personen vorgeschrieben. Die Kommission mußte sich sagen: Was geschieht dieser Verordnung gegenüber, wenn ein Fabrikant seine Fabrik erweitern will? — er hat einen günstigen Geschäftszug — das Gebäude, das für 50 Arbeiter eingerichtet ist, soll auf 200 Arbeiter gebracht werden, — soll er sein ganzes Gebäude einreißen, um die Stiegen breiter zu machen? Ein Verhältniß, das kaum je in irgend einem Lande gesetzlich angeordnet worden ist. (Links: ganz richtig!) Die Grundbedenken gegen die Vorschriften über Stiegen, wie sie von der Kommission vorgeschlagen werden, das heißt: daß Material und Konstruktion der Treppen der Wahl und Verantwortlichkeit des Bauherrn und Bauführers überlassen werden; diese Bedenken, welche die Regierung noch immer hierin findet, scheinen mir nicht einmal faktischen Verhältnissen entnommen zu sein; denn es ist notorisch, daß wir ganz große Industriegebäude haben, die keine feuerfesten Stiegen haben. Es kann in dieser Beziehung citirt werden, daß fast alle Zuckerrfabriken

in Böhmen ohne feuerfeste Stiegen gebaut sind; sollte jetzt ein Gesetz gegeben werden, das eine Erleichterung für industrielle Bauten bringen soll, daß alle Brennereien, Brauereien und Zuckerrfabriken verpflichtet sein sollen, bei ihren Neubauten feuerfeste Stiegen anzulegen? Ich glaube nicht, daß damit der Industrie gedient wird. (Rufe: Bravo!) Ich mache noch darauf aufmerksam, daß, wenn eine solche Bestimmung aufgenommen wird, die Schwierigkeit einer Kollision zweier Gesetze entsteht. Der Bauherr wird einfach sagen: Ich will mich nicht nach diesem Gesetze richten, sondern ich ziehe die allgemeine Bauordnung vor. Die allgemeine Bauordnung gestattet mir auch jene Ausnahmen von den §§. 32 und 33, die im 4. Hauptstück für Bauten auf dem Lande gegeben, und die nach technisch gewerblichen Zwecken statthaft sind. Nach der allgemeinen Bauordnung ist mir gestattet, Holzstiegen anzulegen. Ich kann mich nach dem neuen Gesetze nicht richten, wenn es mir größere Obliegenheiten auferlegt. Es scheint mir überhaupt, daß die hohe Regierung zu viel Werth auf die Konstruktion und das Materiale der Stiegen allein legt, ohne in Berücksichtigung zu ziehen, daß damit gewöhnlich auch die Konstruktion des Gebäudes diktiert ist. Wenn ich ein massives Stiegenhaus oder ein Gewölbe diktiere, so kann ich einen leichten Bau für das ganze Gebäude nicht mehr anwenden. Soll das Gebäude leicht, — ich sage nicht feuergefährlich, — konstruiert werden, so müssen auch in Bezug auf die Stiegen dem Bauherrn die nöthigen Dispositionen und Freiheiten gegeben werden. Ich bin weit entfernt von der Annahme, daß, wenn dieses Gesetz in Kraft tritt, wir weit mehr feuergefährliche Bauten erhalten. Wäre diese Annahme gerechtfertigt, so würde ich für meinen Theil niemals für diese Kommissions-Vorlage gestimmt haben. Ich bin nur der Ansicht, und glaube wohl, jeder Fachmann mit mir, daß durch dieses Gesetz leichte, billige, rasch auszuführende Konstruktionen gestattet werden sollen, welche die nöthige Sicherheit bieten würden. Nicht eine steinerne Stiege macht die Solidität des Hauses und die Sicherheit für eine allensällige Feuergefahr; nicht durch steinerne Stiegen ist genügend vorgesehen, daß die Leute im Falle eines Brandes rasch in's Freie gelangen, sondern die zweckmäßige Eintheilung der Stiegen, die zweckmäßige Konstruktion im ganzen Gebäude, die nöthige Vorsicht für die Löschmittel — dieß hat die Erfahrung vielseitig bewiesen. Man hat mehr als einen Fall, daß gerade bei Fabrikbränden eine größere Anzahl von Arbeitern durch die massiven Stiegen, durch das Einstürzen von Stiegen-Gewölben erschlagen worden sei; weit seltener sind die Fälle, daß Leute verbrannten, weil sie nicht über die Stiege herunter konnten.

Ich wiederhole daher mein lebhaftes Bedauern, daß die hohe Regierung das Abgehen von der Regierungsvorlage nicht in Aussicht stellt, um so mehr bedauere ich es, weil daran vielleicht das Gesetz

wieder scheitern wird. Nichtsdestoweniger muß ich den §. 1 der Kommissionsvorlage dem h. Hause empfehlen, weil, wenn der §. 1. im Sinne der Regierungsvorlage angenommen würde, das Land nicht jenes Gesetz erhält (links: sehr gut!), was es zu erwarten nach den Aussichten des vorigen Jahres berechtigt war.

Statthalter Graf Rothkirch: Ich glaube nur noch die Bemerkung machen zu sollen, daß die Regierung bezüglich der Distanz der Stiegen die Ansicht, daß jeder Punkt des Gebäudes von der Stiege 20 Klafter entfernt sein solle, vollkommen theilt, und daher in dieser Beziehung wohl kein Anstand erhoben werden wird.

Oberstlandmarschall: Nachdem kein Änderungsantrag gestellt ist, so werde ich den Antrag der Kommission zur Abstimmung bringen. Wünscht das Haus, daß der §. noch einmal vorgelesen werde? (Rufe: Nein! Nein!) So bitte ich diejenigen Herren, die für den Antrag in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Berichterstatter Dr. Groß liest:

§. 2.

In isolirter Lage befindet sich ein Gebäude, wenn jeder Punkt desselben mindestens 20 Klafter von der Nachbargränze entfernt ist. Der Grund öffentlicher Straßen, Gassen und Wege, sowie das Bett von Flüssen oder sonstigen öffentlichen Gewässern wird in die Distanz eingerechnet.

Auf dem zur Isolirung erforderlichen Grunde des Bauherrn darf auch, falls er in das Eigenthum eines Anderen übergeht, ein die Isolirung vereitelnder Bau in solange nicht ausgeführt werden, als das zu isolirende Gebäude nicht in einen, den allgemeinen Bauvorschriften genügenden Zustand gebracht ist.

Sněm. sekretář Schmidt čte:

§. 2.

O samotě jest stavení, když každá jeho část od meze sousední alespoň 20 sáhů jest vzdálena. Veřejné silnice, ulice a cesty, jakož koryta řek a jiných vod veřejných počítají se do vzdálenosti.

Na pozemku stavebníkově, jehož jest potřebí, aby stavení za osamělé se považovalo, nelze, kdyby pozemek na někoho jiného přešel, žádně stavby, kterou by samota zrušena byla, podniknouti, pokud stavení, které o samotě státi má, nebude zřízeno tak, jak obecná ustanovení o stavbách nařizují.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen?

Statthalter Graf Rothkirch: Auch in dieser Beziehung muß ich auf den Antrag der Regierung zurückkommen, und zwar auf das 2. Article des §. 2, wo es heißt: „Befindet sich im Umkreise der Isolirung ein eigenes Gebäude des Bauherrn, so muß dasselbe entweder vollkommen feuersicher gebaut, und gegen Entzündung von Außen verwahrt

oder gleichfalls von dem fremden Gebäude und der Nachbargränze mindestens 20 Klafter entfernt sein.“ Die Regierung ist von der Ansicht ausgegangen, daß durch diese Bestimmung des Isolirungsraumes bis an die äußerste Gränze des Möglichen gegangen wurde, was nämlich die Feuerficherheit erheischt. — Sie ist der Ansicht, daß ein dazwischenliegendes, in geringerer Entfernung vom Hauptgebäude oder Fabrikgebäude befindliches Gebäude, welches nicht den Ansprüchen der Feuerficherheit genügt, auch zur Weiterverbreitung eines möglicherweise entstehenden Brandes als Mittel dienen kann, und daß deshalb erst von diesem Gebäude an gerechnet, der Isolirungsraum für die Umgebung gelten könne.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen? Ich erkläre die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. Groß: Die Opposition Sr. Excellenz des Herrn Statthalters gegen die Fassung der Kommission bezieht sich darauf, daß die Kommission im §. 2 folgenden Satz ausgelassen hat. Befindet sich im Umkreise der Isolirung ein eigenes Gebäude des Bauherrn, muß dasselbe entweder vollkommen feuersicher gebaut oder gegen die Entzündung von Außen verwahrt oder gleichfalls von fremden Gebäuden und Nachbargränzen mindestens 20 Klafter entfernt sein. Die Auffassung der Kommission ist eine prinzipiell verschiedene von der der hohen Regierung.

Die Kommission betrachtet nämlich den Isolirungsradius als geltend für eine Werksanlage im Ganzen für einen Komplex von Gebäuden. Die Fassung der Regierung gibt die Vorschrift, daß der Isolirungsradius für alle einzelnen Gebäude unter einander zu gelten habe.

Ich werde wohl nicht irren, wenn ich annehme, daß das gegenwärtige Gesetz vorzugsweise auf größere Anlagen, nur auf größere Fabriken Anwendung finden werde. Es enthält namentlich im §. 2. eine Bedingung, die eben nur der größere Unternehmer erfüllen kann.

Zur wirklichen Isolirung des Gebäudes gehört eben eine größere Area; die kann der kleine Unternehmer zum bloßen Zwecke seiner Bauführung nicht wohl erwerben. Es wird also das Gesetz nur für größere Anlagen vorzugsweise praktisch werden. Größere Anlagen zu technischen Zwecken bestehen wohl höchst selten aus einem einzigen Gebäude, das werden seltene Ausnahmen sein. Im Gegentheile, die meisten unserer Fabrikbauten fordern vermöge ihres technischen Zweckes eine Anzahl von Gebäuden. Man denke sich nun eine derartige Werkanlage, die da besteht aus dem Hauptgebäude, dem Maschinenhause vielleicht, den Magazinen, Magazin für Brennstoffe, Magazin für Rohstoffe, Magazin für Fabrikate. Wenn jedes dieser Gebäude 20^o von jedem Punkte der anderen Gebäude entfernt sein soll, so gehört eine ganz enorme Area dazu, um dieser Vorschrift zu entsprechen.

Es ist in der vorjährigen Session bereits nachgewiesen worden, welch ein enormer Raum zur Isolirung eines Gebäudes gehört. Es ist für ein einzelnes Gebäude in der vorjährigen Session berechnet worden, daß Jemand, der 50 D.-Kl. Baugrund braucht, zur Isolirung dieses kleinen Gebäudes 1050 D.-Kl. besonders acquiriren muß, um nur diese kleine Gebände zu isoliren. In diesem Verhältnisse müßte offenbar die Bauarea steigen, wenn das Gesetz im Sinne der Regierungsvorlage abgefaßt wird und die Isolirung jedes einzelnen Gebäudes vorgeschrieben werden soll. In diesem Falle würde jedenfalls der Baugrund weit höher zu stehen kommen, als der Vortheil, welchen das Gesetz dem Bauherrn durch die leichtere und billigere Konstruktion etwa einräumen könnte. Das Gesetz würde dadurch illusorisch.

In dem Kommissionsberichte selbst wurde schon ausgeführt, wie sehr eine solche Bestimmung der Isolirung jedes einzelnen Werkgebäudes von dem nächsten Werkgebäude, wie sehr eine solche Bestimmung dem technischen Zwecke widersprechen müßte.

Wie sollte der Verkehr der Arbeiter, die ihre Manipulation theils in dem einen, theils in dem anderen Gebäude verrichten müssen, beziehungsweise in dem einen beginnen, in dem andern fortsetzen sollen? wie sollte dieser Verkehr ohne Zeitverlust hergestellt werden?

Ich schmeichle mir, sowohl in unserm engen Vaterlande, als auch im Auslande manche Fabrikanlagen gesehen zu haben; aber ich gestehe, daß mir weder in England, noch auf dem Kontinente eine Fabrikanlage vorgekommen ist, in der jeder einzelne Theil von dem andern 20 Klaftern entfernt wäre.

Es wäre ein Fabrikcomplex mit derartiger Isolirung ein solches Novum, daß sich, wie ich glaube, kaum Jemand finden würde, der den 1ten Versuch machen würde, mit der praktischen Anwendung des §. 2. Ich kann daher in diesem Punkte das h. Haus nur ersuchen, den Kommissionsantrag anzunehmen.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

(Niemand meldet sich.)

Nachdem kein Antrag gestellt ist, so bringe ich die Anträge der Kommission zur Abstimmung und bitte diejenigen Herren, die dem Antrage der Kommission beistimmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Er ist angenommen.

Dr. Groß liest:

§. 3.

Zu Abänderungen im Bauzustande, sowie für Bauten im Innern eines isolirten Werkgebäudes ist eine Baubewilligung nicht nöthig.

Die Vorschriften des §. 1 müssen auch bei Aenderungen und Zubauten beobachtet werden.

Es ist in diesem §. gegen den vorjährigen Beschluß eine kleine stilistische Aenderung angenommen worden, die die Kommission für eine Verbesserung

zu halten wohl berechtigt sein mag. Es heißt nämlich, sowohl in der Regierungsvorlage, als im vorjährigen Landtagsbeschlusse: „Für Zubauten im Innern.“

Nun hat die Kommission sich gesagt, daß es wohl Zubauten nicht leicht geben könne, sondern Zubauten im Innern sind eben Veränderungen im Baustande, im Innern.

Sněmovní sekretář Schmidt čte:

§. 3.

Když se něco změní v způsobu, v jakém stavení jest, aneb když se něco staví uvnitř dílny, o sobě postavené, není k tomu povolení třeba; toho pak, co §. 1. ustanovuje, šetřiti jest, když se něco změní neb přistaví.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen? Wenn Niemand das Wort ergreift, werde ich den §. zur Abstimmung bringen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit demselben einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Er ist angenommen.

Berichterstatter Dr. Groß (liest):

§. 4.

Wenn die isolirte Lage des Werkgebäudes nicht vollständig vorhanden ist, so bleibt es der zur Ertheilung des Bauconsenses berufenen Behörde überlassen, mit Berücksichtigung der Entfernung der Nachbargrenze und der nächsten Gebäude, der baulichen Beschaffenheit der letzteren, der Art und Ausdehnung des Gewerbsbetriebes und der örtlichen Verhältnisse überhaupt, zu erkennen, ob, in wie weit und unter welchen Bedingungen eine Ermäßigung der baupolizeilichen Vorschriften bei der Aufführung des Werkgebäudes zu gestatten ist.

Dr. Seidl čte:

§. 4.

Není-li dílna zúplna o samotě postavena, jest úřadu k stavbám povolujícímu zústaveno, aby — přihlížeje ku vzdálenosti dílny od meze sousední a od nejbližšího stavení, k způsobu, v jakém jest dílna stavěna, k tomu, jaká živnost a v jaké míře se tam provozuje, a vůbec k místním okolnostem, nalezl, zda-li, pokud a kterak lze dovoliti, aby opatrnosti, policii stavební nařízené, při stavění dílny byly zmírněny.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen?

Wenn Niemand sich meldet, werde ich den §. zur Abstimmung bringen. Ich bitte jene Herren, die den §. annehmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dr. Groß liest:

§. 5.

Bei allen, auch nicht isolirten Bauten für industrielle Zwecke sind bei festen Umfassungsmauern, feuerstärkerer Eindeckung und vorschriftsmäßigen Feuermauern gegen anstoßende Nachbarhäuser unter den im §. 1 vorgezeichneten und sonst nothwendigen Vorschriften für die Sicherheit der Person und des

Eigenthums jene Abweichungen von den allgemeinen Bauvorschriften zuzulassen, ohne welche der ordentliche Gewerbebetrieb gehindert oder empfindlich erschwert wäre.

Zusbesondere gehören hieher:

- a) Zwischenwände von nicht feuerfestem Materiale, ausgenommen in jenen Lokalen, die ihrer Bestimmung wegen besonders feuergefährlich werden könnten;
- b) die Herstellung hölzerner Schuppen und provisorischer Bauten mit Holz- oder Pappdeckeln an oder neben dem Hauptgebäude;
- c) die Konstruktion des Pfafonds; statt des letzteren kann auch der Dachstuhl die Decke bilden;
- d) die Anzahl der Stockwerke.

Dr. Seidl čte: Má-li stavba k potřebám průmyslným zřízená, byt i nebyla o samotě postavena, pevně zdi obrubní, krytba, která neshoří a zdi proti ohni podle předpisů zřízené a k domům sousedním přiléhající, má se povoliti, šetřic opatrnosti v §. 1 vylčených a jinak v příčině bezpečnosti osoby a majetnosti potřebných, aby k obecním, nařízením stavebním, při stavbě potud nebylo hleděno, pokud jinak by nebylo lze aneb patrně obtížné, živnost řádně provozovati.

Sem náleží zvláste:

- a) když se zřizují stěny přepažovací (průčky) ze staviva, které shoří, vyjmajíc v místnostech, jichž určení by s sebou přinášelo zvláštní nebezpečství ohně;
- b) když se zřizují při stavení hlavním neb poblíž něho kálny dřevěné a prozatimní stavby se střechami šindelem, deskami neb lepenkou pokryté,
- c) když se zřizují stropy, jichž místo také stolice krovní zastávají může;
- d) když jest činiti o to, kolik má býti poschodí.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? Ich bitte jene Herren, die mit diesem Paragraphen einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dr. Groß liest:

§. 6.

Bei isolirten Werkstätten wird für die Wohnung des Werkherrn, seiner Beamten und Arbeiter der Bau von Fachwerk oder Kiegelwänden unter Beobachtung der gehörigen Vorschriften und der gesetzlichen Bestimmungen bei Döfen, Herden und sonstigen Heizvorrichtungen gestattet. Diese Wohngebäude müssen, wo sie an das Werklokale anstoßen, von diesem durch Feuermauern getrennt sein.

Dieser Paragraph stimmt wörtlich überein mit der Regierungsvorlage und mit dem vorjährigen Landtagsbeschlusse. Die vorjährige Kommissionsvorlage enthielt eine andere sich an §. 1 anschließende Fassung, wodurch eine größere Freiheit der Konstruktion auch für Arbeiterwohnungen gegeben wurde. Die Kommission hat sich jedoch für verpflichtet gehalten, in diesem Punkte den Landtagsbeschlusse v. J. aufrecht zu erhalten, obwohl er gegen das eigene

Kommissionsvotum ging, um eben ganz conform dem vorjährigen Landtagsbeschlusse zu bleiben. Ich wiederhole also, daß §. 6 vollständig mit der Regierungsvorlage übereinstimmt.

Dr. Seidel etc:

§. 6.

Leži-li dilna o samotě, může si stavebník při stavění obydelném pro pána dilny, jeho úředníky a dělníky zříditi přehrady a stěny prostřední, ovšem šetrně při tom patřičné opatrnosti, jakož i ustanovení zákonných, co se týče zřízení kamen, ohnišť a jiných topenišť.

Obydli taková mají, kde přiléhají k dilně, od ní býti oddělena zděmi proti ohni.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die mit diesem Paragrafe einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dr. Groß liest:

§. 7.

Bei jeder Werksanlage müssen die Gebäude so situirt sein, daß im Falle einer Feuergefährdung die Spritzen ungehindert zufahren und wirksam verwendet werden können.

Es muß für die nöthigen Löschgeräthe, für Wasser und Wasserbehälter gesorgt sein, von deren Vorhandensein und Instandhaltung der Gemeindevorstand sich zu überzeugen hat. Bei größeren Werken kann die Beistellung von Feuerspritzen nebst Wasserpumpen und die Aufstellung einer Feuerwache angeordnet werden.

Dieser Paragraf stimmt mit Ausnahme einer geringen stilistischen Verbesserung mit dem vorjährigen Landtagsbeschlusse und der Regierungsvorlage überein.

Dr. Seidel etc:

§. 7.

Stavění každé provozovny mají býti postavena tak, aby vzešlo-li by nebezpečnosti ohně, stříkačky mohly bez překážky přijížděti a výdatně působiti.

Pečováno budiž o to, aby bylo po ruce dostatek potřebného nářadí k hašení, vody a nádobí pro vodu, a představenému obce jest se o tom přesvědčiti, že nářadí takové tu jest a v dobrém stavu se chová. Jsou-li dilny velmi rozsáhlé, může se naříditi, aby se zaopatřily stříkačky a voznice, a byla zřízena stráž ohně.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die mit diesem Antrage übereinstimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Nach dem Antrage

Abg. Dr. Groß: §. 8. Bei Werksgebäuden in isolirter Lage genügt die Belegung des Baugesuches mit dem Situationsplane, auf welchen die Grundform der ganzen Anlage und der dazu gehörigen einzelnen Gebäude, die Katastralparzellen mit ihren Nummern, die Nachbargrängen, die nächsten Gebäude und deren Besitzer und die nöthigenfalls projectirte Kanalführung zur Ableitung der Abfälle und Flüssigkeiten darzustellen sind.

Dr. Seidel etc:

§. 8.

Jest-li činiti o dílny, čili provozovny o samotě ležící, jest dosti na tom, když se k žádosti za dovolení stavby přiloží nákras polohopisný, na kterém jsou vytknuty půdorys celé provozovny a všech stavění kni náležejících, pozemky katastrální a jich čísla, meze vedlejších sousedů, nejbližší stavění a majitelé jich, a navrhované stoky k svádění odpadků a lekutostí, ač jest-li těch stok třeba.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die mit diesem Antrage übereinstimmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Nach dem Antrage.

Abg. Dr. Groß: §. 9. In jenen Fällen, in welchen nach dem 3. Hauptstücke der Gewerbeordnung vom 20. Dezember 1859 die Genehmigung der Betriebsanlage vorbehalten ist, steht der politischen Bezirksbehörde, beziehungsweise jenen Gemeindebehörden, die vermöge besonderen Gemeindefatuts als politischen Behörden fungiren, auch die Ertheilung des Baukonsenses zu.

Dieser §. ist von der h. Regierung nach dem vorjährigen Landtagsbeschlusse genehmigt worden. Er stimmt also jetzt in der Vorlage mit dem Landtagsbeschlusse und der Regierungsvorlage überein.

Dr. Seidel etc:

§. 9.

Jest-li dle třetí kapitoly řádu živnostenského, daného 20. prosince 1859 potřebí, aby místnost, kde se bude živnost provozovati, prvě byla schválena, přísluší také politickému úřadu okresnímu neb onomu úřadu obecnímu, jemuž dle zvláštích statutů činnost politických úřadů svěřena jest, aby povolení k stavbě uděloval.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? Ich bitte diejenigen Herren, die mit dem Antrage übereinstimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Nach dem Antrage.

Abg. Dr. Groß: §. 10. Die Vorschriften der Bauordnung vom 11. Mai 1864 gelten auch für jene Bauten, welche nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes ausgeführt werden, insoferne dieses nichts anderes bestimmt.

Dr. Seidel etc:

§. 10.

Ustanovení řádu stavebního, daného dne 11. května 1864, vztahují se také ke stavbám, které dle tohoto zákona se konají, pokud v něm nic jiného není nařizeno.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die diesem Antrage bestimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Wir sind jetzt fertig.

Nach dem die ganze Vorlage ohne Abänderung des Textes des Gesetzes angenommen worden ist, so werde ich, wenn Niemand etwas dagegen hat, den ganzen Gegenstand in 3. Lesung vor das Haus bringen und bitte die Herren, die das ganze Gesetz

in allen Theilen in 3. Lesung annehmen, die Hand aufzuheben. (Geschlecht.)

Ich habe dem Hause eine Mittheilung zu machen, die mir zugekommen ist.

Die Kommission für den Antrag wegen des Gesetzes für Vorschussklassen hat sich konstituiert und den Grafen Leo Thun zum Obmann, Grafen Paar zum Obm.-Stellvertreter und Dr. Mattusch zum Schriftführer gewählt. Es werden die Mitglieder dieser Kommission für morgen 9 Uhr früh zu einer Sitzung eingeladen.

Wir kommen jetzt zum vierten Gegenstand der Tagesordnung: Bericht des Landesauschusses, betreffend der Wahl eines Ersagmannes für einen Landesauschussbeisitzer aus der Gruppe des Großgrundbesitzes. Ich bitte den Hrn. Landesauschussreferenten.

Dr. Schmeykal (liest): Durch die Resignation des Hrn. Karl Kirschner ist die Stelle eines Ersagmannes für einen Landesauschussbeisitzer aus der Gruppe des Großgrundbesitzes erledigt. Der Landesauschuss bringt diesen Erledigungsfall mit dem Antrage zur Kenntniß des hohen Landtages, zur Neuwahl eines Landes-Auschussbeisitzerersagmannes, aus dieser Gruppe schreiten zu wollen.

Sněm. sekr. Seidl čte: Resignaci pana Karla Kirschnera uprázňeno jest místo náhradníka přísedícího zemského výboru ze skupení velkostatkářů.

Zemský výbor klade tudíž sobě za čest, podati tuto zprávu slavnému sněmu s návrhem:

Slavné presidium račiž volbu nového náhradníka ze skupení velkostatkářů dáti na denní pořádek.

Oberstlandmarschall: Ich ersuche die Curie des Großgrundbesitzes, nach Schluß der Sitzung die Wahl dieses Ersagmannes vorzunehmen. Der 5. Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des h. Karl Roth und Genossen, auf möglichste Förderung des Baues einer Eisenbahnlinie von Pardubitz über Chrudim nach Tglau und Znaim. Ich ertheile dem h. Antragsteller das Wort.

Posl. Dr. Karel Roth: Žádný zajisté upříti nemůže, že železnice patří mezi nejdůležitější a nejvydatnější činitele hmotného i duševního blahobytu v zemi. Železnice jsou tepny, kterými se proudí oživující krev zemského průmyslu, kterými se má přiváděti stejnou měrou kapitál všem částem národohospodářského organismu v zemi a proto ty částě organismu národohospodářského chřadnou a umírají, kde tyto tepny nebijou. Rychlé vskvétání blahobytu v krajinách, kteréž požívají výhod železnic, a naproti tomu klesání průmyslu a chudoba v krajinách, které postrádají ještě těchto výhod, jsou toho nejlepším důkazem.

Mohu zde pánové! ukázat na naší vlast.

Severní částě naší země jsou hojně obdařeny výhodami železnic, kdežto jižní a východní částě naší vlasti postrádají posud těchto výhod.

Tomu připisovati hlavně se musí, že se východní a jižní krajiny Čech posud nemohly vyšínouti na stupeň dokonalosti a rozkvětu, na kterém stojí průmysl severních Čech.

Zajisté myslím, že kdyby těmto krajinám železnice byly přístupny, že by zkvétaly tak, jak toho nalezáme v krajinách severních. Z toho plyne povinnost, abychom přihlíželi k tomu, by zemi naší obklopovala úplná síť železniční, aby průmysl a obchod do všech částí země stejně byl rozdělen, a aby takto hmotný i duševní blahobyt, jenž s rozkvětem průmyslu a obchodu úzce souvisí, byl přístupen všem částim naší země.

Těto uznané potřebě dal slavný sněm výrazu již v prvním svém zasedání, kdež k návrhu pana Strache zřídil zvláštní komisi, kteréž uloženo bylo, aby po uvážení všech potřeb obchodních sestavila systematickou síť železnic, která by spojovala veškeré části země mezi sebou, a celou zem se trhem světovým.

O návrhu tomto bylo po tři leta pilně a bedlivě v komisích sněmovních i v zemském výboru rokováno. Byla sestavena komise, ze znalců složená a výsledek bedlivých těchto prací byl ten, že se sestavila jakási síť železnic, kterou enquetní komise uznala za nejvýhodnější k podpoře a k povznesení průmyslu a obchodu v Čechách.

V loňském zasedání, a sice v 12. sezení loňského zasedání podala železniční komise po vykonaných poradách správu o jejích výsledcích i návrh svůj slavnému sněmu. Než ale k návrhu ctěného posl. p. prof. Herbsta tehdá vyslovil se slavný sněm, že nechce sobě ruce vázati do budoucnosti tím, aby již napřed jakousi železniční síť sestavil, od které by se pak sejíti nemohlo.

Uzavřelo se tedy, že se má pro každý jednotlivý případ ve sněmu vyslovit, zda-li dráha, o kterou se právě jedná, výhodná jest a nutnou potřebou jak pro průmysl tak i obchod. Takový to konkrétní pád máme ale pánové nyní před sebou. Zde se jedná o určitou dráhu. Jak totiž známo, žádá společnost Liberecko-Pardubické dráhy u cis. král. vlády o koncesi, aby mohla stavět dráhu přes Chrudim do Jihlavi a Znojma vedoucí.

Nastoupila tedy doba, kde by podle uzavření slavného sněmu z loňského roku měl sl. sněm své zdání o tom podat, zda-li tuto dráhu uznává za důležitou, neb naopak snad za škodnou.

Že dráha tato nad míru důležitou pro naši zem jest, o tom tuším nikdo nebude pochybovat.

Dovolují si důležitost její krátkými rysy naznačiti:

1. Mají-li se stavěti dráhy, musí se především hleděti k tomu, aby již stávající dráhy uveřejeny byly v systematické spojení, aby souvisely mezi sebou, a sice tak, aby nepovstalo v zemi několik členů dráh mezi sebou nespojitých a sebe vzájemně nepodporujících. Z tohoto hledišť

jest ale velice zapotřebí, aby právě dráha jedna v zemi naší, která jaksi proti systému se vystavěla do systému uvedena byla. Jest to Liberecko-Pardub. tak nazvaná spojovací dráha. Když Lib.-Pard. dráha nyní nabyla své spojení na severu až k Waldenburku, tedy zbývá jí úloha, aby se na jih rozšířila a tím se stala dráhou, kterou dle svého jména býti má, totiž dráhou spojovací, která by skutečně sever s jihem spojovala. Z těchto příčin také enkvetní i železniční komise ve všech svých zasedáních jednohlasně uznaly, že by dostavení dráhy Liberecko-Pardubické až do Jihlavy doplnilo sistem spojovacích dráh v Čechách a proto také enkvetní komise i železniční komise uznaly tuto dráhu za velmi důležitou. Důležitá jest dráha tato mimo to i proto, že by průmyslu v Česko-Moravském pohoří přinesla nové životní síly. V Česko-Moravském pohoří jsou všechny podmínky k zvelebení průmyslu, schází jen laciné palivo a výhodná komunikace. Vystavili se dráha ta, pak zajisté v Česko-Moravském pohoří, kde nyní bohužel nepanuje blahobyť, se on usídlí. To je na jisto k očekávání, že dráha tato přispívát bude nad míru prospěšně k rozmnožení blahobytu ve východních Čechách. Proto se také zástupcové 12. okresů, ve východních Čechách ležících přihlížeti musím na nynější časové a ovšem příhodné potřeby.

Zvláštní náhodou jest to, že dráha tato vedena býti má toutéž cestou, kde nepřítel v minulém letě táhnul k sídlu císařskému. Všecky tyto krajiny, kterých se dotýkati má tato dráha, utrpěli velice tímto nepřátelským vpádem. Právě letošního roku obchod ještě více klesl, než jiná leta, a nouze se tam vzdmáhá, ačkoliv tam dříve již blahobytu nebylo.

Události poslední války zejména rozšířily tam bídu tak úžasnou měrou, že lid marně hledá a nemá žádnou práci a žádné výživy!

Kdyby tedy Liberecko-pardubická společnost přistoupila hned na jaře k stavbě dráhy této, pak by i této časové a velmi nutné potřebě bylo vyhověno tím, že právě tato část lidu, která nemá žádné práce nalezne velmi vhodné výživy.

Z těch příčin vidělo se mi, aby slavný sněm požádal, aby vysoké vládě odporučil stavbu navržené této dráhy.

Měl jsem úmysl slavnému sněmu navrhnouti aby tento návrh můj zvláštní komisi a snad enkvetní komisi k bližší úvaze byl podán. Jelikož ale dle dnešního presidiálního sdělení se ukázalo, že již nebude k tomu času, dovoluji si činiti následující návrh:

Návrh můj budiž odevzdán zemskému výboru s rozkazem, aby tentýž, uradiv se s muži, potřeby obchodu a průmyslu země dobře znalými, slavné c. k. vládě co možná nejrýchleji dobré

zdání podal, v jaké míře stavbu železnice z Pardubic přes Chrudim do Jihlavy a Znojma vedoucí co pokračování liberecko-pardubické spojovací dráhy k docilení racionální sítě železničné v království Českém, pak povzbuzení i zvelebení průmyslnictví a k podporování pracujícího lidu za důležitou a podpory slavné vlády hodnou uznává. Prosím, aby slavný sněm tento návrh můj přijal.

Der h. Landtag wolle beschließen: „Dieser vorliegende Antrag sei dem Landesauschusse mit dem Auftrage zuzuweisen, derselbe habe nach gepflogener Berathung mit Männern, welche mit den Verkehrsbedürfnissen des Landes vollkommen vertraut sind, an die k. k. Regierung mit möglichster Beschleunigung ein Gutachten dahin abzugeben, in wie ferne er den Bau einer Eisenbahn von Pardubitz über Chrudim nach Jglau und Znaim zur Vervollständigung eines rationalen Eisenbahnnetzes in dem Königreiche Böhmen, ferner zur Weckung und Hebung des Gewerbsfleißes im böhm.-mährischen Mittelgebirge, endlich zur Unterstützung der arbeitenden Klasse für wichtig und der Unterstützung der h. Regierung für würdig erachtet.“

Oberstlandmarschall: Das Haus hat den Antrag über die formale Behandlung, den der Antragsteller gestellt hat, gehört, und ich bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Er ist angenommen. — Wir kommen nun zum 6. Punkte des Tagesprogrammes, zum Ausschussberichte, über den Zusatzartikel zur Landesordnung, betreffend die Aufbewahrung der Reichskleinodien des Königreiches Böhmen.

Graf Czernin (liest:)

Hoher Landtag!

Mit dem in der 3. Sitzung der letzten Session am 28. November 1865 gefassten Beschlusse hat der hohe Landtag den gefertigten Landesauschuss beauftragt, den, mit dem Berichte vom 4. Jänner 1864, Bdts. 3. 56 vorgelegten Entwurf von Zusatzartikeln zur Landesordnung des Königreiches Böhmen, betreffend die Aufbewahrung und Sperre der Reichskleinodien, dem hohen böhmischen Landtage, in dessen nächster Session mit dem dokumentirten, zur Beurtheilung dieser Angelegenheit erforderlichen historischen Materiale versehen, wieder berichtlich vorzulegen.

Um diesem hohen Auftrage entsprechen zu können, hat der gefertigte Landesauschuss den Landesarchivar beauftragt, eine auf historische Quellen begründete Darstellung über die frühere Art der Aufbewahrung und Sperre der Reichskleinodien zu erstatten.

Der in Folge dieses Auftrages vom Landesarchivar erstattete Bericht wird dem hohen Landtage im Anschlusse vorgelegt.

Derselbe enthält eine historische Darstellung der Art der Aufbewahrung der Reichskleinodien bis zum Jahre 1848.

Diese Aufbewahrungsart verbleib bis zum Jahre

1861, nur mit dem Unterschied, daß die durch den Tod Sr. Excellenz des Grafen Friedrich Karl Schönborn erledigte Stelle eines Kronhüters des Herrenstandes, und die durch den Tod des Ritters von Neuberg erledigte Stelle eines Landeschreibers nicht mehr besetzt wurden und der Statthalter an die Stelle des Oberstburggrafen trat.

Als der jetzige Landesausschuß an die Stelle des ständigen Ausschusses in Wirksamkeit trat, hat er einverständlich mit der hohen Statthalterei die bereits vom hohen Landtage in der 3. Sitzung der letzten Session genehmigend zur Kenntniß genommene provisorische Verwahrung der sieben, zu dem Archive der Reichskleinodien vorhandenen Schlüssel verfügt.

In Folge dessen befindet sich gegenwärtig der früher in den Händen des jeweiligen Oberstburggrafen befindliche Schlüssel in der Verwahrung des Herrn Statthalters, der vacant gewordene Schlüssel des Oberstlandeschreibers beim Herrn Oberstlandmarschall, und der ebenfalls freie Schlüssel des Kronhüters des Herrenstandes bei einem Landesausschußbeisitzer. Die übrigen vier Schlüssel sind in der bisherigen Verwahrung; und zwar des Prager Hrn. Fürstbischöfes, des Prager Domkapitels zu St. Veit, des Kronhüters des Ritterstandes, Herrn Ritter von Bergenthal, und des Prager Bürgermeisters verblieben.

In Gemäßheit der dem Landesausschuß obliegenden Verpflichtung, die Kroninsignien zu verwahren und zu schützen, hat derselbe die Initiative zu der Wahrung derselben während der preussischen Invasionszeit ergriffen, und es wurden dieselben von einem k. k. Statthalterrathe und einem Landesausschußbeisitzer nach Wien gebracht, in der k. k. Schatzkammer deponirt und dem Landesausschuß eine vom Schatzmeister und dem Hofrathe des Oberstkanzleramtes mit einer genauen Beschreibung der Kroninsignien versehene Empfangsbestätigung übergeben.

Aus Anlaß der Uebergabe dieser Kleinodien, behufs deren Ueberführung nach Wien hat, laut des bei diesem Akte aufgenommenen und in den Landesausschuß-Presidial-Akten erliegenden Protokoll, der damalige Herr Oberstlandmarschall die verwahrende Erklärung abgegebenen: „daß selbstverständlich durch die Ueberführung der Kroninsignien nach Wien und deren Aufbewahrung in der k. k. Schatzkammer — als einer durch die gegenwärtigen Umstände nothwendig gewordenen, zeitweiligen und vorübergehenden Sicherheits-Maßregel — den Rechten und Ansprüchen des Königreiches Böhmen in keiner Weise präjudicirt werde.“

Die nothwendigen Schritte zur Rückbeförderung dieser Insignien nach ihrem gesetzlichen Aufbewahrungsort sind, wie einem hohen Landtage vom gefertigten Oberstlandmarschall in der VIII. Sitzung bereits bekannt gegeben wurde, eingeleitet.

Da der gefertigte Landesausschuß in der vom Landesarchivar verfaßten historischen Darstellung der

Aufbewahrungsart der Reichskleinodien keine Veranlassung findet, von dem im Berichte vom 4. Jänner 1864 Bd. 3. 56 gestellten Antrage in der Wesenheit abzugehen, so erlaubt er sich den Antrag:

Der hohe Landtag möge die Zusatzartikel zur Landesordnung nach der Beilage annehmen, und Sr. apostolischen Majestät dem Kaiser und König zu allerhöchsten Sanction unterbreiten.

Slavný sněm račiž dodatné články k zřízení zemskému, jak v příloze uvedeny jsou přijmouti, a Jeho Apostolskému Veličenstvu císaři a králi k nejvyššímu schválení podati.

Oberstlandmarschall: Ich werde die Generaldebatte eröffnen. Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen in der Generaldebatte? (Graf Clam meldet sich.) Herr Graf Clam!

Se. Er. Gr. Clam-Martinič: Hinsichtlich dieser Verwahrung der Reichskleinodien des Königreiches Böhmen wurde bereits eine provisorische Verfügung getroffen, und diese provisorische Verfügung vom Landtage auch genehmigt. Ich glaube, daß diese provisorische Verfügung als solche darum provisorisch getroffen wurde, nicht, weil vielleicht damals die Möglichkeit nicht vorlag, auch in diesem Falle allenfalls eine definitive Verfügung zu treffen, sondern, weil wohl vielleicht auch damals das Gefühl und Bewußtsein dabei leitete, daß die Frage der Aufbewahrung der Reichskleinodien eben doch im Zusammenhange steht mit dem hochwichtigen Akte der Krönung überhaupt, welche in dem dormaligen Namen der Landesordnung eine Lösung und Feststellung nicht findet.

Die Aufbewahrung, der Krone, die Aemter von Kronhütern u. s. w. haben einen ganz bestimmten Platz in den Vorschriften über das Krönungs-ceremoniell selbst. Es scheint mir durchaus unangemessen in einem Zusatzartikel zur Landesordnung hier mit wenigen Worten zu dekretiren, über die Aufbewahrung der Reichskleinodien, deren Existenz in der Landesordnung ganz ignoriert ist. Leider, so sage ich, vermiffen wir in der Landesordnung eben Bestimmungen, die auf die für Böhmen so wichtigen Schätze sich beziehen. Aber ich finde sie eben darin nicht, und es scheint mir absolut unmöglich im Wege eines Zusatzartikels über die Aufbewahrung Verfügungen zu treffen. Ich glaube, es ist absolut nothwendig, daß diese Frage einheitlich behandelt werde, bei der feinerzeitigen Feststellung des Krönungsstatutes, über welches wir wohl, ich glaube, mit Zuversicht einer Vorlage entgegensehen dürften.

Es kann nach meiner Ansicht diese Frage nicht als vollkommenes Novum, wie hier beantragt wird, gelöst werden, ohne Anknüpfung, ohne Anbahnung und ohne Kontinuität mit den früheren Verhältnissen und Bestimmungen, welche, ich möchte sagen, wenigstens in einer Beziehung noch lebend herübertragen in unsere Zeit, indem noch immer ein von Sr. Majestät bestellter Kronhüter des Ritterstandes am Leben und in Ausübung dieser Funktionen, die

ihm von Sr. Majestät übertragen worden waren, sich befindet.

Ich glaube, das alles können wir nicht so einfach ignoriren, ich glaube, es kann auch nicht eine zweckmäßige Verfügung geschehen, so lange das Krönungsstatut nicht zur Berathung und Vereinbarung vorliegt, weil wir es hier mit den früheren Verhältnissen, ja, mit noch gegenwärtig bestehenden Verhältnissen zu thun haben. Ich glaube aber, daß eine Nothwendigkeit dazu auch gar nicht vorliegt, nachdem ja eben diese provisorische Verfügung sich als hinreichend erwiesen hat, derart, daß eine definitive Verfügung dermalen nicht nothwendig erscheint. Ich glaube, nachdem wir im Anfange d. J. diese provisorische Verfügung genehmigt haben, können wir es bei derselben auch bewenden lassen, so lange, bis die Zeit gekommen sein wird, eine definitive Regelung in Angriff zu nehmen.

Ich möchte daher glauben, daß, indem wir zwar den Bericht des Landesauschusses hinsichtlich dessen, was er zur sichern Aufbewahrung der Reichskleinodien verfügt hat, zur Kenntniß nehmen und billigen, — wir in die weitere Berathung der uns vorgeschlagenen Zusatzartikel zur Landesordnung nicht eingehen sollen. Dagegen möchte ich mir allerdings noch auf einen Punkt hinzuweisen erlauben, welcher bereits einmal heuer in diesem h. Hause zur Sprache gekommen ist, nämlich auf die Frage der Rücküberführung dieser dem Lande theuern Reichskleinodien in das Land und die Aufbewahrung derselben innerhalb der kgl. Hauptstadt Prag. Ich glaube, es dürfte angemessen sein, daß das h. Haus, indem es diesen Bericht zur Kenntniß nimmt, zugleich den Wunsch ausspricht und formulirt, diese Reichskleinodien mögen, sobald als die Umstände, d. h. die nothwendigen baulichen Herstellungen es gestatten, wieder in das Land zurückgebracht werden und es möge diese Rücküberführung in angemessen feierlicher Weise geschehen, (Bravo im Centrum) der Hoheit und Würde dieser Insignien entsprechend. Ich glaube es ist gut, die traditionelle Anhänglichkeit, das Gefühl der Pietät des Volkes für diese theuern Symbole aufrecht zu erhalten, und es wird gewiß, wenn man die Erinnerung an die Ursache, warum die Entfernung der Reichskleinodien aus dem Lande nothwendig war festhält, ein erhöhtes Moment darin liegen, daß die Rücküberführung vom ganzen Lande mit Jubel begrüßt werden wird. Ich glaube daher, daß es angemessen sein dürfte, aus Anlaß der heutigen Vorlage folgenden Beschluß zu fassen, welchen ich als präjudizirend in der Generaldebatte mir zu stellen erlaube.

In Erwägung, daß die in der 3. Sitzung der 4. Jahres-session vom Landtage genehmigte Verfügung über die provisorische Verwahrung der 7 Schlüssel zu dem Archive der Reichskleinodien eine weitere Verfügung diesfalls nicht als unausschießlich erscheinen läßt, vielmehr als provisorische Maßregel ganz ausreichend ist, daß somit eine definitive

Verfügung in dieser Beziehung recht wohl ausgesetzt werden kann, bis zu der zu gewärtigenden Regelung des Krönungs-Ceremonielles, beziehungsweise bis zur Vereinbarung eines Krönungsstatutes, dessen Vorlage wohl erwartet werden darf, beschließt der Landtag:

1. Den Bericht des Landesauschusses vom 25. November l. J. 3. 108 zur Kenntniß zu nehmen.

2. Ser. Exc. dem Herrn Oberstlandmarschall zu übertragen die Zurückführung der Reichskleinodien in ihren ursprünglichen Aufbewahrungsort in Prag, sobald als die unausweichlichen baulichen Herstellungen dieß zulassen, unverweilt und in angemessen-feierlicher Weise zu veranlassen.

Uvazujic, že opatření ve 3. sezení I. ročního zasedání v příčině prozatímního schování sedmi klíčů k archivu klenotů říšských od sněmu schválené, jest takové, že jiného opatření v té příčině neodkladně činiti netřeba, anobřž že toto opatření prozatímní jest dostatečné, pročež definitivní opatření v té věci ovšem odložiti se může do té doby, až budou obřady korunovací, jakož se nadíti, upraveny, čili až se stane usnešení o statut korunovací, jehož předlohy ovšem lze očekávati, račiz se slavný sněm usnesti na tomto:

1. Zpráva výboru zemského, podaná dne 25. listopadu t. r. č. 108 sn. budiž vzata u vědomost;

2. na Jeho Excelenci pana nejvyššího maršálka budiž vzneseno, by učinil čeho potřebí, aby klenoty říšské, jakmile nevyhnutelné stavební opravy toho dopustí, neprodleně a přiměřeně slavným způsobem byly nazpět přivezeny do Prahy na místo, kde se chovají.

Odporučují slavnému sněmu schválení toho návrhu!

Oberstlandmarschall: Herr Abg. Zeithammer hat das Wort.

Poslanec Zeithammer: Já bych si dovolil slavnému sněmu odporoučeti co nejvřeleji návrh, který byl učiněn právě Jeho Excelenci panem hrabětem Clam-Martinicem, zvláště co se týká prvně částky tohoto návrhu a myslím, že nebude odporu a že se ani jinakým způsobem teď vyřídit nedá. Čas jest příliš krátký, nežli aby porada o tomto mohla být taková, jak zasluhuje tento důležitý předmět.

Ten předmět mne vlastně přiměl k tomu, abych se chopil slova.

Vzhledem k druhé části tohoto návrhu, netýkající se uschování klenotů říšských, nýbrž převezení jejich z Vídně do Prahy, na místo, které jim jest vykázáno podle starých zvyků, způsobů i práv.

Když byly klenoty říšské tohoto roku odvezeny odtud do Vídně, nemohlo se to státi způsobem jiným, než kvapným a jaksi potajmo, tak že obyvatelstvo o tom ani nevědělo. Jinak jest, když se klenoty tyto opět zemi vrátiti mají.

Nyní je to 1. případ, co se tak stává. Jest povědomo, že klenoty říšské a především koruna odvezeny byly za doby Ferdinanda III. do Vídně a že se tam uschovaly až do roku 1791. Rok 1790, rok před tím totiž, tatáž věc, o kteréž dnes mluvíme, byla přenesena od stavů českých. I tenkrát obrátili se stavové čeští k císaři Leopoldovi, který tehdy ještě korunován nebyl, aby klenoty tyto a to způsobem slavnostným do Prahy přeneseny byly. Bude to snad zajímavé, poukázati k té konklusi, která tenkrát vyšla od stavů českých. Snad bude mi dovoleno několik řádků z protokolů sněmu t. r. zde přečísti, a jak v conclusum stojí (Deutsch).

Abg. Zeithammer liest: Hochlöblich verstärkter Landesausschuß schlägt vor den Ort, wo die die königl. böhm. Krone sammt den übrigen Kleinodien aufzubewahren und mit was für Feierlichkeiten und Modalitäten solche abzuholen, anhero Landes überbracht und verwahrt werden könnte.

Stojí tam o relatum de d. 8. pres. 26. čerence 90.

Abg. Zeithammer liest: Dieser Antrag wurde durchgehends begenahmigt, und zur Abholung der königl. böhm. Krone und der übrigen Kleinodien von jedem der 4 Direktoren die Herren Deputirten ernennet.

Jsou pak tam jmenovány jmena oněch, kteří jakožto vyslanci českého sněmu do Vídně vysláni byli. Opominu jmena a ku konci stojí pak:

Abg. Zeithammer liest: Nachdem aber die dormaligen Umstände gar bedenklich sind und nur Sr. Majestät dem Könige bekannt sein kann, ob nämlich Friede hierlands bestehen oder Krieg ausbrechen würde, ist beschloffen worden, die ernannten Hrn. Deputirten gleich jetzt nach Wien nicht abzuschicken, sondern vorläufig noch Sr. Majestät die hierortige Schlußfassung wegen Abholung der königl. Krone nach begenahmigten Antrage des hochlöbl. Landesausschusses mittelst des königl. Guberniums zu Hüßen zu legen in der Zuversicht, daß, wenn ein Hinderniß bestehen sollte, solches den hochlöbl. Herren Ständen allergnädigst zu erkennen zu geben geruhen möchte, wo sodann bei herabgelangendem allerh. Entschlusse die zu diesem Akte demminirten Hrn. Deputirten hievon verständiget und nach Einhandigung an den h. l. verstärkten Landesausschuß unternommen.

Auch die nöthige für die Ordnung der dem Königreiche Böhmen incorporirten mährischen und schlesischen Herren Ständen, so wie die Requisition dieser Bestimmung daß zur Bedeckung der Krone erforderliche Militärkommando an das niederösterreichische und mährische Generalmilitärkommando.

Toto bylo tenkrát to conclusum, usnešení stavů Českých. K tomu pak přidáno bylo popsání úplné oněch obřadů, za kterých ono přenesení diti se má. Na to právě návrh J. Excel. hraběte Clam-Martince narází, by se to stalo způsobem skutečně slavnostným jak toho důstojnost věci a jak to důstojnost národa našeho sku-

tečně vyžaduje. Jsou tyto klenoty, jestiž zvláště česká koruna největší klenot, který chová národ Český, který chovají země koruny české, jest to posvátný symbol oněch smluv, podle kterých osudy národa našeho a osudy slavné dinastie Habsburské spojeny byly. Přidávám se z plného srdce k návrhu, kterýž učinil Jeho Excel. hrabě Clam-Martinc a myslím že mluvím zajisté ze srdce všech, připojím-li k tomu prosbu, aby J. Excel. pan nejvyšší maršálek a zemský výbor postaraly se o to, aby zvláštní deputace snad ze zemského výboru byla odeslána aby způsobem skutečně slavnostním toto se dělo.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

Sr. Er. d. H. Statthalter: Ich erlaube mir nur noch, in Bezug auf den Antrag des H. Abg. Grafen Clam die Bemerkung zu machen, daß parallel mit den Erhebungen über die Grundzüge für die Wahlreform auch die Erhebungen der statistischen und historischen Daten im Zuge sind, bezüglich des Krönungsstatutes sowohl als des Krönungs-Ceremoniells. (Bravo! bravo!)

Oberstlandmarschall: Wenn Niemand mehr das Wort verlangt, . . . Wünscht der Berichterstatter vielleicht das Wort zu ergreifen? Ich bitte, ich werde den Antrag des Grafen Clam zur Unterstützung bringen. Ich bitte die Herren, welche den Antrag des Grafen Clam unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Ist unterstützt. Wünschen die Herren den Antrag nochmals zu hören? (Rufe: ja!) Also ich bitte, ihn nochmals vorzulesen.

Landtagssekretär Schmidt liest: In Erwägung, daß in der 3. Sitzung der 4. Jahres-session die vom h. Landtage genehmigte Verfügung über die provisorische Verwaltung der 7 Schlüssel des Archives der Reichskleinodien eine weitere Verfügung diesfalls nicht als unausschiebbar erscheinen läßt, vielmehr als provisorische Maßregel ausreichend ist, daß somit eine definitive Verfügung in dieser Beziehung recht wohl ausgesetzt werden kann bis zu der zu genehmigenden Regulung des Krönungs-ceremoniells, — beziehungsweise Vereinbarung eines Krönungsstatutes, dessen Vorlage wohl erwartet werden darf, beschließt der Landtag:

1. Der Bericht des Landesausschusses vom 25. September l. J. (Zahl 108 Landtag) zur Kenntnis zu nehmen. 2. Sr. Er. dem Oberstlandmarschall es zu übertragen, die Zurückführung der Reichskleinodien in den Aufbewahrungsort Prag so bald als es die unerläßlichen baulichen Herstellungen zulassen, unverweilt, und in angemessener feierlicher Weise zu veranlassen.

Uvažujíc, že opatření v 3. sezení prvního ročního zasedání v příčině prozatímního schování sedmi klíčů k archivu klenotů říšských od sněmu schválené, jest takové, že jiného opatření v té příčině neodkladně činiti netřeba, anobř že toto opatření prozatímní jest dostatečné, pročez de-

finitivní opatření v té věci ovšem odložiti se může do té doby, až budou obřady korunovací, jakož se nadíti, upraveny, čili až se stane usnešení o statut korunovací, jehož předlohy ovšem lze očekávati, račiz se slavný sněm usnešti na tomto:

1. Zpráva výboru zemského, podaná dne 25. listopadu t. r. č. 108. sn., budiž vzata u vědomost.

2. Na Jeho Excelenci pana nejvyššího maršálka budiž vznešeno, aby učinil, čeho potřebí, aby klenoty říšské, jakmile nevyhnutelně stavební opravy toho dopustí, neprodleně a přiměřeně slavným způsobem byly nazpět přivezeny do Prahy na místo, kde se chovají.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die diesem Antrage beistimmen, die Hand aufzuheben. (Geschlecht.) Angenommen. Es ist zwar jetzt die Tagesordnung erschöpft, aber es sind einige Berichte der Petitionskommission vorhanden, die dringende Petitionen betreffen, auch 3 Berichte der Referatskommission. Wenn das Haus einverstanden ist, werde ich diese Berichte, die uns nur kurze Zeit aufhalten werden, zum Vortrage bringen. (Rufe: Ja, Ja! Wahl, Wahl!) Die Wahl werde ich am Schlusse vornehmen, weil sonst die Gefahr eintritt, daß das Haus während der Vornahme der Wahl beschlußunfähig wird. Ich bitte den Herrn Referenten Dr. Čížek.

Dr. Čížek: Slavný sněme! Úředníci cis. král. české zemské účtárny prosí, by co do vyměření času služebního k nabytí úplné výslužby potřebného, milostivě na roveň byli postaveni s úředníky konceptními a stavitelskými.

Tato petice podána jest od veškerých úředníků účtárny zemské a výbor petiční dovoluje si o této petici podat slavnému sněmu následující správu: V 42. sezení 4. ročního zasedání sněmu českého ustanovilo se v §. 6. pensijního normálu, že výslužby vyměřují se úředníkům konceptním jakož úředníkům v technicko-administrativní službě po 35 letech služby a ostatním úředníkům po 40. letech se 100% platu, který v službě aktivní naposled brali, tedy bez ohledu na příjmy vedlejší, jako, příbytné, dříví atd.

Na základě ustanovení tohoto náleží tedy úředníkům král. české zemské účtárny výslužné teprv po 40 letech se 100% platu. Když se slavný sněm v loňském zasedání na tomto ustanovení dle návrhu komise byl usnesl, přistoupil k důvodům komise pro rozdílnosti ve vyměřování výslužného uvedených, které prý hlavně v tom záleží, že vstupují konceptní úředníci do služby teprv v 25. roku, kdežto prý úředníci účtárny již v 18. roku věku svého do služby vstoupiti mohou.

Nehledě však ani k tomu, že tento důvod nikoliv na absolutní pravdivosti, nýbrž jen na možnosti se zakládá, uvažovala komise důvody v žádosti uvedené a osvojila sobě náhled ten, že každý úředník sloužití má tak dlouho, až se stane k službě

skutečně neschopným, jak to také §. 1. pensijního normále pro zemské úředníky ustanovuje.

Když ale platí zásada tato, tak to žádá spravedlnost, aby úředníci zemské účtárny po tetěz době služby jako úředníci konceptní, totiž po 35. letech plný plat jejich též co výslužné obdrželi. Neb výslužné neplatí se proto, poněvadž úředník více neb méně studoval, dříve, neb později do služby vstoupil, nýbrž proto, poněvadž jistou dobu zemi sloužil a k službě neschopným se stal. Jest však služba úředníků státní účtárny mnohem nepřijemnější svou jednotvárností, pružnost duševní uměřující, pro stálý pobyt úředníka ve své uzavřené kanceláři i tělesnému jeho zdraví škodlivá, kdežto rozmanitost prací úředníka konceptního nemoří tak ducha a úřadování úředníků technických mimo uzavřený kancelář jejich zdraví jen prospěšným býti může z toho následuje, že podmínka udělení výslužného totiž neschopnost k službě pro úředníka účtárny může se naskytnouti ještě dříve, nežli u úředníka konceptního neb technického, a že tedy hledíc k zásadě, že jen neschopnosti k službě oprávněje k výslužnému, není příčiny, proč by úředníci účtárny s úředníky konceptními a technickými na roveň postaveni nebyli.

Pakli úředníci konceptní neb techničtí déle studovali, a proto snad později do služby vstoupili odměňuje se jim to tím, že se jim průměrně větší služné platí a zajisté žádný z nich nestudoval proto, aby dostal dříve penzi, nýbrž aby dostal větší plat.

Z důvodů těchto usnesla se komise petiční na tom jednohlasně učiniti slavnému sněmu následující návrh:

Slavný sněm račiz uzavřítí následující dodatky k článku 6. pensijního normále: pro zemské úředníky a sluhy: Úředníkům královské české zemské účtárny vyměřuje se výslužné, když 35 let nepřetržitě sloužili, sto procenty platu, který v službě aktivní naposled brali, tedy bez ohledu na příjmy vedlejší jako: příbytní, dříví atd.

Die Petitionskommission hat einstimmig beschlossen, dem hohen Landtag nachstehenden Antrag zu stellen: Der hohe Landtag wolle nachstehenden Zusatz zu §. 6 des Pensionsnormales für die Landesbeamten und Diener beschließen: Die Pension der Beamten der königlich böhmischen Landesbuchhaltung wird bei ununterbrochener Dienstzeit von 35 Jahren auf 100 Prozent des im baaren Gelde bezogenen letzten Aktivitätsgehaltes, also mit Ausschluß der Nebenbezüge, als Quartiergeld, Holz u. dgl. bemessen.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

Posl. Zeithammer: Prosim za slovo!

Oberstlandmarschall: Herr Dr. Taschek.

Abg. Dr. Taschek: Ich kann mich dem Antrage der Kommission aus zweifachem Grunde nicht anschließen, sowohl in formeller als materieller Beziehung. Es ist durchaus gegen die Bestimmung der

Petitionskommission, daß dieselbe Aenderungen in dem Beamtenstande, in der Pragmatik derselben beantrage, ebenso wie es nicht in ihrem Wirkungsbereich läge, einzelne Auslagen nach Belieben zu erhöhen. — In welche Hände die regelmäßige Behandlung des Gegenstandes käme, brauche ich nicht auseinander zu setzen. So gut durch die Hände der Budgetkommission alle Ausgaben zu gehen haben, welche das Land machen soll, eben so gut muß eine andere Kommission da sein, welche solche Aenderungen in die Dienstpragmatik zu berathen und darüber Anträge zu stellen hat. Wenn nun die Petitionskommission, von welcher dieser einstimmige Beschluß ausgeht, die richtige Form gewählt hätte, so wäre der Antrag gewesen, der hohe Landtag möge eine Kommission niederlegen, welche zu berathen hat, ob und in welchem Umfange dieser Paragraph der Pragmatik abgeändert werden solle. Wo würden wir hinkommen, wenn es der Petitionskommission freistehen würde, nach Belieben bei jedem Gesetz, bei jedem Beschlusse anzutragen, es solle eine Aenderung stattfinden? Die Petitionskommission ist zu einem ganz anderen Zwecke bestimmt worden, als zu einem solchen. — Das in formeller Beziehung.

In materieller Beziehung hat der hohe Landtag im Vorjahre zur Schonung der Steuerpflichtigen beschloffen, diese kürzere Dienstzeit für den vollständigen Pensionsbezug bei den Buchhaltungsbeamten nicht eintreten zu lassen, weil solches durch Grundsätze der Billigkeit nicht gerechtfertigt ist. —

Es wird zugestanden, daß nach den neuesten, erst vor 14 Tagen erschienenen Vorschriften für die Staatsbuchhaltung zum Eintritt in den Buchhaltungsdienst nichts anderes gefordert wird, als das absolvirte Gymnasium, daher ist es nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge nicht unmöglich, daß man in 18, längstens 19 Jahre als Beamte in der Buchhaltung bereits in Dienst treten könne und es ist gewiß sicher anzunehmen, daß bis zu 60 Jahren die volle Dienstleistung in der Regel gefordert werden soll. — Durch die 40jährige Dienstleistung wird also der Buchhaltungsbeamte in die Lage gesetzt, noch vor dem 60. Jahre in die Pensionirung mit vollem Gehalte einzutreten. Man beruft sich auf §. 1, wo es heißt, daß so lange der Beamte dienstfähig sei, er auch den Dienst leisten müsse. Dies ist dem Wortlaut nach wohl scheinbar, aber in der Sache ganz unhaltbar.

Dem meine Herren, wenn der Beamte 35 Jahre gedient hat und das Gesetz da ist, daß er nach 35 Jahren den ganzen Gehalt beziehen solle, was will man dann thun, wenn er keinen weiteren Dienst mehr leistet? Es ist auch bekannt, wie nach einer solchen langen Dienstleistung ärztliche Zeugnisse über die Dienstunfähigkeit zu erhalten sind. Ich habe also mit Bezugnahme auf den §. 1 zu sagen, daß das Land von einer weiteren Pensionslast enthoben werde, ist unrichtig. Die Verhältnisse haben sich gegenwärtig leider so traurig gestaltet, daß ich es nicht gerathen finde, wenn der Landtag

in der letzten Session das Land noch mit einer so großen Last belastet, ohne den Beweis der vollständiger Nothwendigkeit zu haben.

Es wird sich im Laufe der Zeit zeigen, ob diese Bestimmung eine drängende sei und dann wird es an der Zeit sein diese Bestimmung beizugeben.

Uebrigens können sich die betreffenden Beamten nach der bisherigen Gebahrung für überzeugt halten, daß, wenn einer 35 Jahre zurückgelegt hat und seine Verwendung eine erspriessliche war, der hohe Landtag bei der Bestimmung der Pension, wenn es ihm nicht möglich wäre das 40. Dienstjahr zurückzulegen gewiß dasjenige thun wird, was bisher immer geschehen ist und der Billigkeit vollständig entspricht. Ich werde daher gegen den Antrag der Kommission stimmen.

Oberstlandmarschall: Herr Zeithammer!

Prof. Zeithammer: Námitky, které činěny byly proti návrhu, jenž vyšel z petiční komise mají povahu dvoji. Předně čelí námitky ty k formální stránce a za druhé k meritorní. P. posl. Tašek poukázal k tomu, že je to nepravá cesta, na kterou se pustila petiční komise, poněvadž není ad hoc ustanovena. Bylo by prý zapotřebí, aby právě k tomu cíli ustanovena byla nějaká komise, která by zprávu slavnému sněmu podala. Pánové, petiční komise naše je jedna z nejčtetnějších; ona má více členů, nežli která koliv jiná, jsou v ní elementy, kteří jsou znalci v té věci nepochybné. Myslím, že to úplně stačí, vyslovili se o tomto předmětu komise, která vyšla ze sněmu samého, komise, která byla sestavena vzhledem k petičím, jenž se týkají nejrozmanitějších záležitostí, která k tomu cíli jest sestavena ve valném počtu a sestavena jest dle nejrozmanitějších potřeb. Myslím, že takový důvod, týkající se formální stránky je nepodstatný. Co se týče meritorní stránky tož zajisté všickni uznáváme důvody, které byly uvedeny panem referentem petiční komise. Jsou zajisté všechny služby úplně zdraví podrývající, které jsou tak namáhavé že moří zdraví člověka, které mu tolik času maří a kazí člověka v tomto poli zaměstnaného. Pánové, já přidám něco jiného. Každý kdo pilně sleduje předlohy vycházející ze zemského výboru ví, jak často se zakládají předlohy ty na materialu, který vychází z účárny. Jmenovitě jest to naše statistické bureau, kterého zde nemáme.

Kdybychom se měli spolehnouti na dáta, které nám z Vídně dávají, mohlo by to dlouho trvati, ano že by nestačily, 2—3 léta k jich dopídění o skutečném stavu věci, jsou to nejen práce týkající se předmětů sem vykázaných, nýbrž i rozličné přípravní práce musejí vycházeti z účárny přípevné práce, ku kterým zapotřebí nejenom mechanického namáhání ducha, nýbrž kde je zapotřebí soudným a moudrým způsobem sestavovati čeho zapotřebí jest.

Pánové, to je povědomo, že úředníci při

účtárně, nemají žádných jiných přípravných studií zapotřebí, než právě gymnasia.

Ale právě pánové! Já nevidím logické souvislosti v tom, že ten kdo vykonal nejméně studia gymnasiální, má zdravější oči po 35 letech a má míti více železné povahy a stálejšího zdraví, nežli leckterý jiný úředník. A přece každý připouští, že zdraví tímto namáháním se více kazí, nežli v jiných úřadech. Jsem z těch ohledů, poněvadž práce v účtárně jsou znamenitější, rozsáhlejší a namáhavější, proto, aby slavný sněm přidal se k návrhu, který nám byl učiněn komisí petiční.

Oberstlandmarschall: Graf Leo Thun hat das Wort!

Graf Leo Thun: Ich will mich nicht in das Meritum der Frage einlassen. Meines Erachtens ist es jedwelsa's nicht zulässig, daß eine Frage von solcher Art lediglich über mündlichen Vortrag der Petitionskommission beschloffen werde. (Rufe: Wichtig!) Ich glaube, wenn der hohe Landtag Beschlüsse faßt, welche dem Lande Lasten auflegen, und zwar in einem Maße auflegen, welches man nicht mit Bestimmtheit voraussehen kann, weil sie von zufälligen Umständen der Pensionirung abhängen, sollten solche Beschlüsse nie gefaßt werden, ohne daß alle Mitglieder des Landtages vollkommen über die Verhältnisse klar sind, um die es sich handelt. Ich glaube aber nicht, daß nach dem Vortrage der Petitionskommission viele Mitglieder in diesem hohen Hause sind, denen vollkommen klar ist, um was es sich eigentlich in der gegenwärtigen Frage handelt, d. h. in welcher Beziehung der heutige Beschluß zu etwaigen früheren Beschlüssen, welche in Bezug auf das Concepts-personale gefaßt wurden, stehen. Solche Angelegenheiten müssen genau instruirt werden und zu diesem Ende glaube ich, daß die Budgetkommission der passendste Weg ist. Abgesehen aber davon scheint es mir, daß die Herrn Petenten überhaupt eine solche Bitte nicht an den Landtag hätten richten sollen mit Uebergehung des Landesauschusses; (Bravo links) unter allen Umständen sollte der Landesauschuß über diese Frage in irgend einer Weise in der Lage gewesen sein, seine Meinung abzugeben. Die Berathung in der Budgetkommission hätte dazu geführt, daß der Referent der Budgetkommission sich auch mit den bezüglichen Referenten des Landesauschusses ins Einvernehmen gesetzt hätte. Nur in dieser Weise, scheint mir, ist es zulässig, solche Angelegenheiten zu ordnen, so zu ordnen, daß dem Landtage die volle Beruhigung über die Zweckmäßigkeit gegeben und zugleich die Stellung, welche dem Landesauschusse gegenüber den Landesbeamten gebührt, gehörig gewahrt wird. Mir ist es allerdings eine schwierige Sache Angesichts des bevorstehenden Schlusses der Session noch einen vertagenden Antrag einzubringen, gleichwohl fühle ich mich veranlaßt einen solchen zu stellen, und ich bin der Meinung, daß es das Beste wäre, die Sache an die Budgetkommission zu verweisen, ob es auf diesem Wege möglich sein wird,

noch in dieser Session die Sache zu erledigen, darüber habe ich selbst keine volle Beruhigung. Wenn dieses nicht ist, bleibt mir nichts anderes übrig als nach der Ansicht meines Vorredners des Abg. Taschek ein negatives Votum abzugeben. Ich ziehe es also vor den Weg einzuschlagen, der möglicher Weise zu einer klaren und definitiven Entscheidung führen kann und ich stelle den Antrag, daß die Sache der Budgetkommission zugewiesen werde. (Sehr gut! Links.)

(Abg. Groß und Schmeykal melden sich gleichzeitig zum Worte).

Oberstlandmarschall: Herr Dr. Groß!

Dr. Groß. Wenn ich einem großen Theile der Gründe Sr. Excell. meines unmittelbaren Hrn. Vorredners auch zustimme, so kann ich im Allgemeinen doch seinen Antrag nicht unterstützen, den Gegenstand an die Budgetkommission zu verweisen. Mir scheint, daß die Mission der Budgetkommission in wenigen Tagen vollständig vollendet und die Verweisung eine ziemlich fruchtlose wäre. Dagegen scheint mir vollständig angemessen, und ich glaube eigentlich von Sr. Excellenz den Antrag erwarten zu dürfen, den Gegenstand an den Landesauschuß zu verweisen. Dorthin gehört er wohl. Eine Zeitversäumnis dürfte das nicht herbeiführen, denn eine Entscheidung über den früheren oder späteren Eintritt der Pensionsfähigkeit beruht auf dem Pensionsrechte und wird bis zur nächsten Session vollkommen Zeit haben.

Mein Antrag ginge also dahin, den Gegenstand an den Landesauschuß zur Berichterstattung in der nächsten Session zuzuweisen.

Oberstlandmarschall: Ich bitte, den Antrag formulirt aufzuschreiben. Herr Dr. Schmeykal!

Abg. Dr. Schmeykal: Ich erlaube mir, den so eben gestellten Antrag meines verehrten Herrn Vorredners zur Annahme zu empfehlen u. z. abgesehen von den Gründen, welche bereits von jener Seite des Hauses entwickelt worden sind aus dem weiteren Grunde, weil es mir beinahe eine Ungerechtigkeit zu sein scheint, über das vorliegende Ansuchen der Buchhaltungsbeamten zu entscheiden, ohne jener weiteren Beamtenkategorien zu gedenken, welche sich in der gleichen Lage befinden. Auch der Kanzlei- und Kassabeamte ist jetzt an eine 40jährige Dienstzeit gebunden, ehe er ein Pensionsgesuch einreichen kann, und es erscheint der Erwägung würdig, ob nicht auch diese Beamtenkategorien gleich wie die Buchhaltungsbeamten, wie der Antrag der Petitionskommission lautet, mit einer 35jährigen Dienstzeit begünstigt werden sollten. Das scheint eine wesentliche Rücksicht zu sein, welche zu erwägen und seiner Zeit mittelst eines Berichtes dem h. Landtage vorzutragen sein wird, und deshalb glaube ich, daß den Antrag der Petitionskommission an den Landesauschuß zurückzuweisen, das Praktischste und Zweckmäßigste sein würde.

Oberstlandmarschall: Hr. Dr. Schrott!
Abg. Dr. Schrott. Ich möchte mir nur eine

kleine Bemerkung erlauben für den Fall, als der h. Landtag beschließen sollte, die Angelegenheit dieser Petition an den Landesauschuß zur Berichterstattung in der nächsten Session zuzuwiesen; ich möchte mir nur das Ersuchen erlauben, daß der Landesauschuß dann bei der Erwägung dieser Petition nicht bloß die bereits angedeutete Tragweite desselben, nämlich sein Uebergehen auch auf andere Kategorien der Landesbeamten berücksichtige, sondern dabei auch auf die Pensionsgesetzgebung Rücksicht nehme, wie sie sich in den anderen Staaten Europas vorfindet. Es dürfte das einen Anhaltspunkt zur Beurtheilung der gegenwärtig gestellten Bitte geben, der auch nicht ohne Interesse ist und auch gewiß von Wirkung sein wird.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

Graf Leo Thun: Da ich bei dem gegenwärtigen Stadium der landtäglichen Angelegenheiten die Sache nicht durch Vervielfältigung der Anträge erschweren will, ziehe ich meinen Antrag zurück und schließe mich dem Antrage des Abg. Dr. Groß an.

Oberstlandmarschall: Ich werde dem Berichtersteller dann das Schlußwort erteilen.

Pan poslanec Dr. Čížek: Proti návrhu komise se dělají námitky ve směru dvojím: Především, že není komise kompetentní, činiti návrhy takové slavnému sněmu. Ona měla totiž dle návrhu pana dvorního rady Taschka učiniti slavnému sněmu návrh, aby se zvolila komise. Pánové, myslím, že jste nezvolili petiční komisi a sice z 15. členů sestávající jen proto, aby tato komise řekla: Odevzdává se to vládě, aneb slavný sněm zvol proto komisi. Mám za to, že není komise jen proto, aby činila takové formální návrhy, aby byla, abych tak řekl, šuple, do kterého by se věci hodily, a které by měla jen potom pořádat.

Mám za to, že petiční komisi patří také návrhy činiti, a sice meritalní návrhy, a takový meritalní návrh jest také ten, který jsme slavnému sněmu učiniti si dovolili.

Ten návrh již v loni při rokování o statutu učiněn byl pouze prostředkem dodatku, a když jenom jeden člen ze sněmu takový návrh učiniti smí, tak míním, že takový návrh učiniti může i celá komise.

Když vloni připuštěno bylo o tomto návrhu co o dodatku hlasovati, tedy myslím, že hlasovati můžeme dnes o něm, když jest to návrh komise. Praví se dále, že zemský výbor se měl v té věci vyslechnout; pánové, kdo vloni čel zprávu zemského výboru o statutu pro výslužné úředníků, ten se mohl přesvědčiti, že zemský výbor navrhoval, aby se čas služby u těchto úředníků pouze na 35 let vyměřil.

Řeklo se sice, že ostatní úředníci přijdou a řeknou: „my chceme také míti 35 let.“

Já mám za to, že nebudeme míti příčiny, abychom jim to odřekli; jako jsem dnes pro to, aby pensijní normál obsahoval 35 let pro úřed-

níka účtárny, tak budu také pro to, aby i pro ostatní výslužné stejně vyměřeno bylo, poněvadž studie neopravňují k pensí, nýbrž trvání služby a potom nemožnost sloužiti déle.

Řeklo se dále, že obyčejně úředníci účtárny přijdou 18. letí již do služby, kdežto ostatní teprve ve 24 letech do služby vstoupí. Já mám za to, že tomu není tak. Z nynějších úředníků jak tady jsou, žádný z nich nepřišel před 22 lety do služby.

Dále kladu sobě za čest slavnému sněmu v známost uvéstí to, že není se co obávati, aby úředníci ihned, jak mile 35 let byli sloužili, do pense půjdou.

Máme 5 úředníků, kteří již slouží přes 40 let a žádnému ještě nenapadlo, aby do pense šel.

Řeklo se dále: konceptní úředníci mají míti to právo, jíti již po 35 letech do pense, poněvadž jsou právníci studovani; ale pánové, porovnejte služné těch a služné úředníků účtárny. Vypočetl jsem, že u úředníka jednoho konceptního připadá výslužné ročních 1267 zl. na jednoho úředníka stavitelského 1280 zl., na úředníka účtárny připadá pouze 870 zl., tedy každý z jednotlivých úředníků těchto má průměrně o 400 zl. více, a to jest odměna za studia a proto se mu dává plat tento, ale nikoli dříve penze proto, že studoval déle.

Myslím, že není v této věci pochybnosti, a proto zůstávám při návrhu komise a prosím slavný sněm, aby tento návrh přijal.

Co se týče návrhu pana rady Taška, aby slavný sněm vůbec žádného návrhu nepřijal, aby přešel k dennímu pořádku, mám za to, že nejméně mohlbychom k tomu přisvědčit; ještě spíše k tomu, aby věc odkázána byla zemskému výboru, poněvadž jsem přesvědčen, že zemský výbor, který vloni učinil návrh, aby veškerí úředníci mohli po 35 letech výslužné obdržeti, když ke službě neschopni jsou, a když vloni návrh ten učinil, že to v příštím zasedání také učiní.

Oberstlandmarschall: Die Debatte ist bereits geschlossen, ich werde zur Abstimmung schreiben.

Es liegt vor der Antrag der Petitionskommission und der Abänderungsantrag des Hrn. Abg. Groß, welcher beantragt, den ganzen Gegenstand dem Landesauschuß zur Berichterstattung für die nächste Session zuzuwiesen. Es ist also ein vertagender Antrag. Ich werde diesen Antrag zur Unterstützungsfraage bringen.

Ich bitte die Herren, welche den Antrag des Abg. Groß unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Er ist unterstützt. Ich glaube, wir brauchen nicht zu warten, bis er vorgelesen werden kann. Die Herren haben ihn eben vernommen. Es ist ein einfacher Antrag auf Zuweisung an den Landesauschuß. Ich werde ihn also zur Abstimmung bringen, und bitte diejenigen Herren, welche dafür sind, die Hand aufzuheben. (Majorität.) Nun bitte ich den Hrn. Referenten Dr. Gabriel.

Dr. Gabriel. Slavný sněme! Musejní společnost kraje Jičínského prosí český sněm, by zvelebení českého lnářství všemožnými prostředky a zejména peněžitou subvencí podporoval.

V podané žádosti se obšírně a věrně líčí stav českého lnářství a poukazuje se hlavně na to, že Anglicko a Belgie již několik let následkem tam pokročilého průmyslu znamenitě předčilo lnářství v Čechách a že lnářství již nemůže děle s prospěchem konkurovati s cizozemským. Dále se uvádí v žádosti, že se pro ten čas jedná hlavně o poznání umění, jak se močení lnu dítí má, a poněvadž musejní společnost kraje Jičínského nemá hmotných prostředků k důkladnému bádání v tomto důležitém oboru práce národní a na ten čas nadíti se nelze, že by jednotlivci na proskoumání toho náklad vedl, z té příčiny prosí, aby slavný sněm k zvelebení českého lnářství přihlídl.

1. Aby totiž na zemský náklad do Anglie, Belgie a jiných zemí, kde lnářství kvete, způsobilé badatele vyslal, kteří by důkladně proskoumali, jak tam zřízeny jsou močárny, jak se tam len vyrábí, jak tam len močí, suší, lámou, zkrátka, aby znalci proskoumali tam celý postup výroby lnu, aby známostí takto nabytou českému lnářství poslouženo bylo.

2. Dále, aby sněm požádal vládu, aby odměny na vzorné močárny na len vypsala a všemožnými prostředky k zvelebení a rozmnožení pěstování lnu přispívala, aby podporovala přívaz ruského semena a zavedla v důležitějších místech horských trhy na len, jakých po Anglii mnoho jest. Prosba žádosti jest dvoji.

a) Prosba o náklad ze zemského fondu pro způsobilého badatele na cestu do Belgie a Anglicka k účelu poznání umění, jak se močení lnu dítí má.

b) Prosba o přímluvu u vlády, aby k zvelebení a rozmnožení pěstování lnu prostředky uvedenými přispívala.

Ohledem na důležitost pěstování lnu a lnářství, jak pro rolnictví a průmysl v Čechách, činí se od petičního výboru následující návrh:

a) aby žádost musejní společnosti kraje Jičínského o zvelebení českého lnářství dodána byla zemským výborem jednotě hospodářské a pak průmyslové v Praze ku podání dobrozdání, a aby na základě obou pak podaných vyjádření těchto jednot výbor zemský učinil slavnému sněmu v té věci určitý návrh.

b) aby se vláda bez odkladu požádala, aby všemožnými prostředky k zvelebení a rozmnožení pěstování lnu přispívala, aby podporovala přívaz ruského semena a zavedla v důležitějších místech horských v království Českém trhy na len.

Es wird der Antrag gestellt, der h. Landtag wolle beschließen:

1. Das Gesuch der Museums-Gesellschaft des Jičiner Kreises um Hebung des böhmischen Flach-

baues werde durch den Landesauschuß an die patriotische landwirthschaftliche Gesellschaft für Böhmen und den Gewerbeverein in Prag mit dem Ersuchen übergeben, hierüber ein Gutachten abzugeben. Auf Grundlage dieser beiden Gutachten hat der Landesauschuß dem h. Landtag sofort einen bestimmten Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen, 2. die k. k. Regierung werde ohne Verzug ersucht, die böhmische Flachindustrie auf jede mögliche Art zu unterstützen, namentlich die Einfuhr des russischen Leinsamen zu fördern, in den bedeutenden Gebirgsstädten Böhmens Flachsmärkte einzuführen.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? Wenn Niemand das Wort ergreift, werde ich den Antrag zur Abstimmung bringen. Ich bitte diejenigen Herren, die mit dem Antrage der Petitionskommission einverstanden sind, die Hand aufzuheben, (geschieht.) Angenommen nach Antrag. Herr Abgeordneter Fürst! (Rufe von der Rechten: Nicht da! Nicht da!)

Ist Jemand anderer von der Petitionskommission da, der für ihn die Petition Nummer 31 vortragen will? Wenn nicht, so muß sie liegen bleiben. Es sind noch 3 Berichte der Rekurskommission über Rekurse gegen Entschädigungen von Bezirksauschüssen vorbereitet zum Vortrag. Ich werde sie zum Vortrag bringen, nachdem es noch zeitlich ist, die Sitzung zu schließen und wir später nicht dazu kämen, sie vorzunehmen. — Herr Kratochvíle, Nr. 67!

Zprávodaj JUC. Kratochvíle: Slavný sněme! Jedná se zde o záležitost velmi zapletenou, která se vléče již od roku 1850 až do nynějška.

Týká se nepořádků obecního hospodaření a rekursu jistého občana, který právě tímto rekuresem ten pořádek ruší, jež okresní výbor, jehož se to týká, zjednat se snaží.

Kdybychom tento rekurs vyřídili, docílili bychom, že pořádek onen v obecním hospodaření uveden bude do koleje náležité.

Vynasnažim se, abych tuto věc, která, jak již podotknuto velmi zapletena jest, vyličil co možná jednoduše, aby každý z pánů mohl pochopiti o co se jedná.

Když se totiž v život uvedl prozatímní zákon obecní, daný 17. března 1849, byly dvě katastrální obce totiž Klučenice a Planá na Milevsku spojeny v jednu obec místní. V Klučenicích úřadoval obecní představený Josef Michálek, v Plané úřadovati měl obecní radní František Krivánek. Ačkoliv zákon z r. 1849 v §. 4. zřejmě nařizuje, že se nemá jmění společných obcí dohromady srážeti proti vůli jejich, tedy se předce nespravovalo jmění spojené obce Klučenicko-Plánské pro každou obec zvlášť, ano správa tohoto spojeného jmění nevedla se po zákonu; neboť nebylo při těch obcích založeno ani inventáře, ani zděláváno předchozího rozpočtu, ani protokolů o sezeních obecního zastupitelstva, aniž byly kladeny účty, aniž skoumány.

Za takových nepořádků byla vedena stížnost a sice nejenom v obci Klučenické, ale také v obci Plánské. V obci Plánské vedla se stížnost nejprvé a to jmenovitě na to, že tamní úřadující obecní radní Krivánek špatně hospodaří.

Ten ale stěžoval si zase na to, že mnozí občané ho ani hospodarití nenechají.

Tak jmenovitě stěžoval si, kterak občané Planští dali plnomocenství k vedení správy obecního jmění jistému Josefu Kostkovi, který na udání četníka, že obecní pastouška není v dobrém stavu, brevimanu vypsals licitaci na tu pastoušku.

Obecný představený z Klučenic Josef Michálek dostavil se též k licitaci, a František Krivánek, radní v Plané, tu pastoušku koupil. Poněvadž nebylo vyššího povolení k té prodeji uděleno, nebyla zajisté platna, pročež rozumí se samo sebou, že František Krivánek na tu chalupu žádného zápisu neobdržel.

Následkem stížnosti stran toho podané rozhodl okresní úřad v Milevsku, že vytyká takové nepořádky, a že činí za prodej oné pastoušky zodpovědný všechny ty, kteří na takovém nepravě prodeji účastenství měli. Zároveň bylo nařídno představenstvu, o to se postarati, aby alespoň patřičné vyšší povolení potomně uděleno bylo ku prodeji pastoušky řečené, a aby učinilo zařízení, jak dle toho zapotřebí jest. Avšak na to nestalo se ničeho.

To tedy bylo v Plané.

V Klučenicích stěžováno si zase od správce tamního statku zdejších velebných pánů křížovníků na to, že se nevede žádný pořádek, a že jsou účty obecního starosty Josefa Michálka jen fingirované.

Toto udání podáno bylo c. kr. krajskému představenstvu v Táboře, jenž přísné vyšetřování předmětu toho nařídil.

Po dlouhém vyšetřování nalezl okresní úřad v Milevsku, že se vytyká obecnímu představenstvu v Klučenicích, proč nepořádky, o kterých stran obce Plané rozhodnuto bylo, upraveny nejsou a dále bylo od téhož okresního úřadu nalezeno, že má obecní představený Josef Michálek při obci Klučenické dosaditi 421 zl. 5¹/₄ kr. do obecní kasy a při obci Plánské dílem společně s Františkem Krivánkem 237 zl. 18 kr. K vypořádání toho byla ustanovena lhůta 4 neděl a uloženo, aby se o tom výkaz podal, jak věc vyřizena bude.

Krajský cís. král. přednosta v Táboře dolehal na to, aby okresní úřad chopil se všech prostředků, kterých tu po ruce jest, aby se tyto náhrady pojistily a aby též proti představenému Josefu Michálkovi vyšetřování trestní zavedeno bylo. Okresní úřad na to odpověděl, že se výtky z účtů těchto nemohou ještě udati ani u civilního ani u trestního soudu, nýbrž že se musejí dáti obecnímu zastupitelstvu, proto že obecní zastupitelstvo podle zákona z roku 1849 jmenovitě podle §. 87. to právo má dáti o položených účtech obecních definitivní vyřízení.

Ty výtky, které učiněny byly od okr. úřadu, musejí podle zákona býti dány přednostovi obecnímu, aby, možnoli, aneb liboli mu, je vysvětlil a na to měl výbor obecní dáti vyřízení konečné.

Když to se díti mělo, nastala tenkrát, r. 1861, nová volba obecní. Obecní přednosta Michálek a obecní radní Krivánek nebyli opět zvoleni, a dostali se ku správě obecní občané jiní, když nově zvolený přednosta obce Klučenicko-Plánské, Vojtěch Veselý, obdržel ty účty od okr. úřadu, dal je k bývalému přednostovi Michálkovi, aby na ty výtky podal svá vysvětlení. Avšak co se dále v tom stalo, neví se, poněvadž všechny další spisy, věci této se týkající, k stracení přišly.

Když totiž Vojtěch Veselý a nástupce jeho Jan Pasáček, který se stal při volbách, dle nynějšího obecního zřízení roku 1864 konaných, obecním představeným, u c. k. okresního úřadu v Milevsku tázáni byli, kam tenkrát ty spisy a účty daly, tu řekl Josef Michálek: já je obdržel a poněvadž jsem nechtěl s tím nic dělat, tedy jsem je opět okr. úřadu dal zpátky.

Okr. úřad prý ty účty opět představenstvu v Klučenicích odeslal s nařízením, že do jisté lhůty vyřizeny býti mají; ale bohužel nemáme ani v registratuře okresního zastupitelstva, ani v registratuře c. k. okresního úřadu nařízení toto; tedy zůstala věc nevyřizena státi.

Pravil jsem, že opět roku 1864 bylo zvoleno nové obecní zastupitelstvo na základě nynějšího obecního zřízení; toto zastupitelstvo, pak zastupitelstvo, které následovalo před tím po Josefu Michálkovi a Františku Krivánkovi, — začalo vésti účty od r. 1861 na novo, poněvadž tu předešlých účtů nebylo.

František Krivánek ale po delším čase vzpomnul si opět a u okresního nynějšího výboru přednesl protokolárně stížnost, že prý v obci Klučenické a jmenovitě v Plánské se nalezají účty v hrozném nepořádku.

On sám je prý dlužen za pastoušku, kterou koupil, že ale zaplatiti nemůže, poněvadž účty nejsou v pořádku a poněvadž následkem nedostatku vyššího povolení k té prodeji, řádného nemá kontraktu.

Okresní výbor Milevský ustanovil tedy vyšetřování předmětu toho a skutečně sluší okres. výboru Milevskému chválu vzdáti za to, že se vynasnažil, aby věc tu pokud možná uspořádal.

Dal totiž věc tu jednomu spolučlenu svému do referátu, a ten předložil zprávu velmi obsírnou, kterou ale, ač je velmi důkladná, zde čísti nebudu, abych neopakoval co jsem již až dosud sám pověděl.

Hlavní trest toho referatu jest tato: Předně: Obecní účty od r. 1850 až do r. 1860 nejsou vyřizeny a vypořádány a má se tedy doléhati na to, aby ty účty jedenkrát do pořádku přišly, a

má se tázáno býti u představenstva obecního, co se stalo s náhradou ohledně těch 421 zl 5¼ kr. r. č. do obce Klučenické a ohledně těch 237 zl 18½ kr. r. č. do obce Plánské.

(O tom musí někde nějaká vědomost býti.)

Za druhé. Jakou váhu má ještě stížnost Františka Krivánka, kde praví, že se tu nenalézá řádných účtů za čas od roku 1861 až do roku nynějšího.

Stran tohoto dílu stížnosti Františka Krivánka sluší podotknouti:

Když bylo, jak jsem již pravil, v roce 1864 nové obecní zastupitelstvo pro obec Klučenicko-Plánskou voleno podle nového zřízení obecního, bylo později též zvláštní zastupitelstvo místní pro správu místního jmění v Plané ustanoveno.

Tedy jsou tu 2 otázky: Jak se vedly účty v Plané a v Klučenicích za novější doby a čeho se má o těch účtech souditi?

Za novější doby jsou účty v Klučenicích od roku 1861 až do nynějšíka, jak to z uvedených výkazů vysvítá, úplně v pořádku a nedá se proti tomu ničeho namítati.

Co se týče účtů v Plané, tedy mají být za rok 1864 a 1865, co se týče jmění osady Plánské, upraveny. S těmi účty nechce zastupitelstvo Klučenické ničeho míti, pravíc, aby si je upravilo místní zastupitelstvo Plánské samo. —

Následkem té stížnosti, kterou František Krivánek podal, vidělo se tedy okresnímu výboru rozhodnouti takto:

1. že se vznášá otázka, jak se věci mají stran té náhrady z roku 1850 až do roku 1860 vzhledem těch 421 zl. 5¼ kr. v Klučenicích a stran těch 237 zl. 18½ kr. v Plané.

2. Aby místní zastupitelstvo osady Plánské za leta 1864 a 1865 účty upravilo.

3. Aby se pořádek zavedl stranu odprodeje pastoušky číslo 2. v Plané, kterou byl koupil Krivánek za 212 zl. 24 kr. k. m.

4. Účty obce Klučenické od roku 1861 až do nynějšíka pokládají se za vyřízené. Co se týče účtů Plánských, má místní zastupitelstvo obce Plánské za rok 1864 a 1865 vyřídit tyto účty.

Toto rozhodnutí okresního výboru bylo vydáno trojnásobně: Jedno představenstvu Klučenickému, druhé místnímu představenstvu Plánskému, třetí Františkovi Krivánkovi, co stížnostvedoucímu.

František Krivánek tímto výnosem okresního výboru spokojen býti nechtěl a odvolal se k sl. sněmu. Komise rekursní nalezla, že František Krivánek pražádné příčiny nemá k tomu, aby se odvolati mohl; neboť on praví, že jsou nepořádky v obci, avšak co se týče obce Klučenické, nalezl výbor okresní, že v počtu za leta 1861 až do nynějšíka panuje úplný pořádek a co se týče osady Plánské, kam rekurent František Krivánek patří, a kde byl dříve sám úřadujícím radním, tam má místní zastupitelstvo povinnost, účty samo upra-

viti. Ale okresní výbor právě nařizuje, aby se tak stalo.

Co se týče pastoušky číslo 2. v Plané, bylo již pověděno, že sám František Krivánek se prohlásil, kterak si přeje, aby to přišlo do pořádku, a žeby kupní cenu rád zaplatil, kdyby účty v pořádku byly.

Podle toho neukládá se výměrem okresního výboru v Milevsku Františku Krivánkovi ničehož, leč uznává se ve prospěch zastupitelstva obce Klučenické, že účty jeho za leta 1861 až do nynějšíka konečně vyřízeny jsou. Stran vyřízení těchto účtů si František Krivánek nestěžuje. Dale se dává nařízení zastupitelstvu osady Plánské, aby vědělo, co činiti má stran vyřízení účtů z r. 1864 a 1865 a stran upravení prodeje oné pastoušky. Františka Krivánka týká se odvolání výnosu okresní výboru jen co návštěví, aby následkem své stížnosti věděl, co nařizeno jest.

Komise tedy se usnesla na tom, navrhnouti: Slavný sněme račiz uzavřiti, že se má vysloviti plné uznání okresnímu výboru v Milevsku za jeho dobré snahy o zavedení pořádku v hospodářství s obecním jměním v Klučenicích a v Plané, avšak zavrhnouti odvolání Františka Krivánka de praes. 11. června 1866 č. 8407 k výboru zemskému proti výměru okresního výboru Milevského ze dne 26. května 1866 č. 319 podané.

Der hohe Landtag wolle beschließen, es sei dem Bezirks-Ausschuße zu Mühlhausen die volle Anerkennung seines löblichen Strebens bezüglich der Einführung einer geregelten Gebarung in der Gemeinde Klučenic und Plana auszubringen, dagegen werde der Rekurs des Franz Krivánek de praes. 11. Juni 1866 Z. 8047 gegen den Bescheid des Bezirksaussschusses von Mühlhausen ddo. 26. Mai 1866 Z. 319 abgewiesen.

Tím, když tento rekurs se zavrhne, zůstane záležitost v té koleji, do které ji přivedl okresní výbor Milevský. Představenstvo má potom pátrati, co se ohledně vyšetřování z roku 1850—1860 stalo, pak má místní zastupitelstvo Plánské o to se postarati, aby nepatričným prodej pastoušky číslo 2. v Plané do zákonitého pořádku uveden byl, a místní zastupitelstvo Plánské má účty z roku 1864—1865 vyřídit. Kdyby tento rekurs Františka Krivánka se nevyřídil, zůstalby běh věci zaražen a nepřivede se záležitost k cili, ku kterému ji okresní výbor Milevský přivést se snaží.

Ober-landmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen.

Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrag der Rekurs-Kommission wie er vorliegt, einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschlecht.) Angezommen. Herr Bibus! Rekurs Nr. 55, 71.

Abg. Bibus: Ich werde die Ehre haben, dem hohen Hause zwei Rekurse vorzutragen, welche Prinzipienfragen betreffen und daher vielleicht ein größeres Interesse in Anspruch nehmen dürften. Diese beiden Rekurse müssen vereint vorgetragen

werden, weil sie dieselben Personen und auch dasselbe Recht betreffen und in einander greifen. Ich nehme Nr. 71 zuerst zum Vortrag, welche den Rekurs betrifft des Alphons Štašný gegen den Beschuß der Bezirksvertretung von Sedlec vom 24. September wegen Nichtausschließung des Johann Wostřák aus der Bezirksvertretung. Die Sache verhält sich nachstehend. Johann Wostřák und Alfons Štašný sind beide Mitglieder der Bezirksvertretung von Sedlec. Štašný hat am 1. d. J. bei der Bezirksvertretung die Anzeige gemacht, daß Johann Wostřák nicht berechtigt sei, in der Bezirksvertretung zu sitzen, weil er die Wählbarkeit nicht besitze, denn er wäre nicht Ehrenbürger und zahle keine Steuer von einem unbeweglich Gute oder von einer Wirthschaft. Hierauf hat sich die Bezirksvertretung an das politische Amt in Sedlec gewendet und von dort nachstehenden Bescheid vom 1. Juli erhalten, daß Johann Wostřák das bürgerliche Recht der lebenslangen Nutzung und Bewirthschaftung der Bauernansässigkeit in Smorčic besitze, daß er somit als selbstständiger Wirthschafter auch die Steuer bezahle und daher nach §. 1 ad 3 die Wählbarkeit besitze. Obgleich dieser letztere Ausspruch die Entscheidung des hohen Landtages nicht berühren kann, so hat auf Grund desselben die Bezirksvertretung von Sedlec entschieden, daß Johann Wostřák das Recht habe in der Bezirksvertretung zu sein, daß er die Wählbarkeit wirklich besitze, und hat diese Entscheidung auf 3 Punkte gegründet und zwar 1. Johann Wostřák sei bereits durch 9 Jahre Gemeindevorsteher in Smorčic, daher ihm auch das Wahlrecht in so lange nicht abgesprochen werden kann als er in der factischen Ausübung dieses Amtes sei. 2. wäre Johann Wostřák bereits im Jahre 1865 in die Bezirksvertretung gewählt worden, habe das Certificat erhalten, die Wahl sei agnosciert worden und diese könne daher nachträglich im September dieses Jahres wohl nicht mehr angefochten werden der 3. und wichtigste Grund war, daß er lebenslänglicher Wirthschafter und selbstständiger Wirth sei und davon auch die Steuer zahle.

Gegen diesen Bescheid hat nun Wostřák nachstehenden Rekurs angegeben und zuerst in formal behauptet, daß in der Bezirksvertretung jene Begründung nicht vorgekommen sei, wie sie in dem Bescheide enthalten wäre, sondern man habe einfach die Frage gestellt, ob Johann Wostřák Mitglied der Bezirksvertretung sein solle, oder nicht, worauf einfach nur mit „ne“ abgestimmt wurde. In der Sache selbst sucht er die Gründe der Bezirksvertretung dadurch zu widerlegen, daß er sagt: 1. Die Umstände, daß Johann Wostřák bereits durch 9 Jahre als Vorsteher im Amte sei und daß 2. diese Wahl agnosciert wurde, entscheide in der Sache selbst nichts, weil der §. 48 des Gesetzes über die Bezirksvertretungen sagt, daß zu jeder Zeit Wahlen angefochten werden können. Was nur den Cardinalpunkt der Sache betrifft, nämlich jenen, daß er nicht Eigenthümer der Realität Nr. 6, nämlich kein bürgerlicher Eigen-

thümer sei, so bringt er eben vor, daß er letzteres hätte sein müssen; daß es nicht genüge, wenn er bloßer Bewirthschafter oder Nutznießer der Realität sei, denn er zahle die Steuer nicht aus seinem Besitze wie der §. 1 ad 3 verlangt, sondern von einem fremden Besitze, er zahle bloß mechanisch die Steuer indem er bloßer Erleger und nicht der eigentliche Steuerverpflichtete sei. So steht die Sache, wie sie dem h. Hause zur Entscheidung vorliegt. Der §. 1 der Gemeindevahlordnung spricht im 3. Punkte von der Wahlberechtigung dahin, daß jene Gemeindeglieder welche österreichische Staatsbürger sind und von ihrem Reale Gewerbe oder Einkommen und zwar von dem erstern wenigstens seit einem Jahre eine direkte Steuer entrichten, also von ihrem Realbesitze eine direkte Steuer entrichten, wahlberechtigt sind.

Nun ist die Rekurskommission von der Ansicht ausgegangen, daß hier der Begriff „Realbesitz“ nicht so zu verstehen sei, als müßte es das Eigenthum selbst sein, daß hier der Schwerpunkt darin liege, wer von einer Realität die Steuer zahle, weil dieser Punkt eben im §. 1 ad 3 als ein Hauptpunkt gefordert wird. Ich erlaube mir daher den Antrag und die Begründung desselben, wie er jedem Rekurse angeschlossen werden muß, vorzutragen. (Liest.)

Der hohe Landtag wolle beschließen: Alfons Štašný wird mit seinem Rekurse wider den Beschuß der Sedlecer Bezirksvertretung vom 24. September, kraft welcher der begehrten Ausschließung des Johann Wostřák aus der Bezirksvertretung nicht statt gegeben wurde, abgewiesen, — denn die Behauptung des Alfons Štašný, daß Johann Wostřák die Wählbarkeit in der Gemeinde Smorčic nicht besitze, weil dieser keinen Realbesitz d. h. kein Realeigenthum habe, ist unbegründet, weil durch den Bescheid des politischen Amtes zu Sedlec vom 1. Juli 1866 dargethan ist:

Daß Johann Wostřák bürgerlicher, lebenslänglicher Nutznießer und Bewirthschafter der Bauernwirthschaft Nr. 6 in Smorčic ist und als selbstständiger Grundwirth die landesfürstlichen Steuern leistet. Aus diesem geht hervor, daß Johann Wostřák bürgerlicher Besitzer eines dünglichen d. i. eines Realrechtes sei, daß er factisch sämtliche Besitzrechte ausübe, daß die Steuern auf seinen Namen zugeschrieben sind, daß er sonach steuerpflichtig sei. Diese letztere Auffassung ist um so richtiger, als dem Nutznießer nicht nur alle Vortheile zustehen, sondern daß er auch alle Lasten, somit auch die Steuern zu tragen hat. Gerade die Frage, wer die Steuer zu zahlen verpflichtet ist, bildet den Schwerpunkt des §. 1 ad 3 der Gemeindevahlordnung und der Wahlbefähigung überhaupt. Die Frage, ob er Eigenthümer oder Besitzer des Steuerobjectes sei, ist nach diesem Paragraphen weniger entscheidend, denn sonst würde diese Gesetzesstelle gewiß ausdrücklich den strengern Begriff des a. b. G. B. vom Eigenthum gebraucht und nicht den weitem Begriff des

Besitzes aufgenommen haben, unter welchem Begriff offenbar das bürgerliche Nutznießungs- und selbstständige Bewirthschaftsrecht auf der Realität Nr. 6 in Swowitz, da der Berechtigte kein bloßer Pächter ist, bei dessen Verpflichtung zur Steuerzahlung nach dem Geiste des Gesetzes zu subsumiren ist. Ich muß hier nachträglich erwähnen, daß der Rekurrent in seiner Rekurschrift auch bemerkte, es wäre Johann Wostřák behördlich nur als Ausgebinger behandelt werden, weil ihm ein Recht auf den Kontributionsfond vom polit. Amte nicht zugesprochen worden ist. Ich erlaube mir diese Einwendung durch nachstehende Begründung zu widerlegen: Die Bemerkung des Rekurrenten, daß angeblich dem Johann Wostřák der Antheil am Zistebnitzer Kontributionsfonde behördlich verweigert worden sei, ändert nichts an der Auffassung, weil eben der strenge Begriff des bürgerlichen Eigenthums, an welchen dieses Recht gebunden ist, in der vorliegenden Rekursache als nicht entscheidend angenommen wurde. Es mußte daher die Abweisung dieses unbegründeten Rekurses erfolgen.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen?

Poslanec Kratochvíle: Musím zde podotknouti a upozorniti na to, že rekurs Alfonse Štastného, když posuzoval volitebnost Jana Vostřáka, se řídil jmenovitě, poněvadž je to v české obci, zajisté českým textem nynějšího zákona. V §. 1. ob. ř. vol. stojí pod položkou 3. psáno, že právo mají voliti údové obce, kteří jsou státními občany Rakouskými a platí ze svého statku nemovitého.

Dle předlohy, jak slyšíme, nemá Jan Vostřák svého statku nemovitého, a v tomto ohledu by byl náhled Alfonse Štastného pravý, v německém textu ovšem stojí Realbesitz, a „Realbesitz“ nalezá se tam, kde je nějaké vlastnictví, nebo jak od referenta jsme slyšeli, když někdo má užítky z nějaké nemovitosti v deskách zemských vtělené, nastane tedy otázka, co zde to právě jest: má-li se věc posouditi podle textu českého, (pak má Alfons Štastný pravdu) aneb, má-li se posouditi ta věc podle textu německého.

Přijde na to, jak se ten význam „Realbesitz“ běře. Chtěl jsem na to upozorniti, a to také bylo v komisi předmětem rokování, a zasluhovalo by to zajisté, aby to přišlo zde v sl. shromáždění k uvázení.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

Herr Ritter von Eisenstein: Da mir als Obmann der Bezirksvertretung von Sedlec diese Angelegenheit bekannt ist, so muß ich erwähnen, daß Wostřák, wie auch angeführt worden ist, durch 9 Jahre wirklicher Gemeindevorsteher ist. Kann es nun Jemanden geben, der wählbarer für eine Bezirksvertretung ist, als einen wirklichen Gemeindevorsteher?

Will man, daß er nicht in die Bezirksverte-

tung gehöre, so muß man ihn erst entheben als Gemeindevorsteher. Es ist ja ein Widerspruch, Jemanden auszuschließen von der Bezirksvertretung und ihn als Gemeindevorsteher vorher bestehen zu lassen. Schon dieser einzige Grund ist zureichend, daß der Rekurrent mit seinem Rekurse abgewiesen werde; ganz abgesehen davon, daß Wostřák als Steuerträger beim Steueramte geführt wird, da der Anlagschein auf ihn lautet, er also wirklich selbstständig die Steuer von diesem Besitze zahlt und als selbstständig im Besitze anerkannt wird, welchen er seinem Sohne einstweilen überlassen hat, jedoch bis zum Ableben sich die Bewirthschaftung vorbehalten hat. Aus diesem Grunde ist Wostřák nach meiner Ansicht als richtiges Mitglied der Bezirksvertretung anzusehen.

Oberstlandmarschall: Hr. Reichert!

Dr. Reichert: Mně se zdá, pánové, že kdybychom dali slovům §. 1. ob. ř., totiž ustanovení tomu, že údové obce mají právo voliti, kteří platí z každého statku nemovitého daň přímou, takový význam, že se tím rozumí vlastnictví, tu bych myslel, že bychom příliš obmezovali stav občanů k volbě oprávněných. Takovýchto případů máme v Čechách velmi mnoho, že když jeden neb druhý z rodičů zemře, ponechává tento ve vůli poslední nebo ponechává sobě sám ten, který druhého přežije, projednáním pozůstalosti právo hospodaření do libosti, nebo do zletilosti dítěte, na jehož jméno se pak majetek onen do knih vloží.

Mám za to, pánové! v našem případě, kdyby se mělo rozuměti tomu tak, že jest třeba vlastnictví k právu volení, že by neměl docela nikdo tohoto práva, neb hospodář nemá vlastnictví; tedy nemá práva volení.

Vlastník, totiž ono dítě, neplatí daně, tedy také nemá právo voliti. To se mi, pánové, zdá, že by bylo nespravedlivé! Jak jsem pravil, jest takových případů v celé zemi velmi mnoho, a já ze své vlastní zkušenosti bych jich mohl několik podati. Jsem tedy úplně náhledu pana referenta, a budu hlasovati pro návrh komise.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

Wenn Niemand das Wort ergreift, so werde ich dem Herrn Referenten das Schlusswort erteilen.

Abg. Bibus: Ich erlaube mir die Bemerkung, daß dieser Beschluß in der Kommission einstimmig gefaßt wurde, ich kann jedoch nicht umhin auf die Aeußerung des Herrn Ritters v. Eisenstein zu bemerken, daß die Kommission sich in die Beurtheilung der Wahlfähigkeit überhaupt eingelassen hat und daß der entscheidende Grund, er habe das Recht in der Bezirksvertretung zu sein, weil er bereits in einer Gemeinde Vorsteher ist, nicht der entscheidende ist, weil eben zum Eintritte in die Bezirksvertretung die allgemeine Wählbarkeit nothwendig ist, daher auch die Wählbarkeit als Vorsteher einer Gemeinde.

Oberstlandmarschall: Da kein Gegenantrag gestellt ist, so werde ich den Antrag der Referskommission zur Abstimmung bringen. Ich bitte die Herren, die dem Antrage der Kommission beistimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.)

Dr. Škarda: Dovolují si podotknouti, že návrh ten ještě nebyl čten česky.

Dr. Trojan (zároveň). Jest bez toho žádost a odvolání podáno česky.

Zpravodaj poslanec Bibus: Musím žádati za odpuštění, nejsem české řeči úplně mocen.

Alfons Štastný budiž odmršten s jeho odvoláním proti vynosu okresního zastupitelstva v Sedlci od 24. září 1864, dle kterého žádánému vyloučení Jana Vostráka z okresního zastupitelstva za dost učiněno nebylo.

Oberstlandmarschall: Ich bitte jene Herren, die mit dem Antrage der Kommission einverstanden sind, aufzustehen. (Geschicht.) Majorität. Nach dem Kommissionsantrage.

Abg. Bibus: Nr. 55. Der zweite Verhandlungsgegenstand ist der Refers des Alfons Štastný, Namens des Zistebnitzer Schulausschusses, gegen denselben Johann Wostrák wider die Entscheidung des Bezirksausschusses von Sedlec, Kraft welcher er aus dem Schulausschusse für nicht ausgeschlossen erkannt wurde.

Johann Wostrák war Mitglied des Schulausschusses in Zistebniz, dessen Obmann Alfons Štastný ist. Nun hat der Schulausschuß in der Sitzung vom 8. Jänner beschlossen (Oberstlandmarschall läutet), das jenes Mitglied als ausgeschlossen anzusehen sei, welches nicht in drei Sitzungen erscheint. Dieser Beschluß wurde dem Johann Wostrák zugestellt und seitdem wurden 5 Sitzungen im Schulausschusse angeordnet, ohne daß in denselben Wostrák erschienen wäre, oder daß er sein Ausbleiben genügend entschuldigt hätte. In Folge dessen hat nun der Schulausschuß mit Dekret vom 20. Mai d. J., dem Johann Wostrák bedeutet, daß er wegen Ausbleibens auf Grund des bekannten Beschlusses als ausgetreten anzusehen sei und daß eine Neuwahl angeordnet werde; dadurch sah sich Johann Wostrák an seiner Ehre gekränkt, obwohl er auch wie früher 6mal den Schulausschuß nicht besucht hatte, und legte Verwahrung beziehungsweise den Refers ein.

Ob der Refers rechtzeitig eingebracht wurde, ist nicht nachweisbar, wenigstens wurde in die Entscheidung der Sache von der Bezirksvertretung eingegangen.

In diesem seinem Refurse hat nun Johann Wostrák nicht in Abrede gestellt, daß dieser Beschluß wirklich gefaßt worden sei, daß derjenige, der 3mal nicht erscheint, als ausgetreten zu betrachten ist, daß ihm ferner dieser Beschluß bekannt geworden sei, und daß er die Sitzungen des Schulausschusses wirklich nicht besucht und sich deshalb auch nicht entschuldigt habe.

Diese Prämissen der Entscheidung gibt er alle zu; er sagt aber, er wäre nicht berechtigt gewesen

in den Schulausschuß zu gehen, weil die Sitzungen unnöthiger Weise zu häufig und immer an Sonntagen um 11 Uhr während des Gottesdienstes angeordnet waren, daß er sonach als guter Christ in den Sitzungen nicht hatte erscheinen können.

Dies widerlegt jedoch der Obmann des Schulausschusses dadurch, daß er sagt: es waren nur drei Sitzungen an Sonntagen, die anderen aber an Wochentagen angeordnet worden; um 11 Uhr sei der Frühgottesdienst vorüber, es sei dies eine Zeit, zu welcher jeder von den Landleuten zur Schulausschußsitzung erscheinen könne, ohne eine wichtige Zeit zur Arbeit zu verlieren.

Die Bezirksvertretung hat jedoch diesen Beschluß des Schulausschusses, beziehungsweise den Ausschluß des Johann Wostrák behoben, weil der Schulausschuß hiezu nicht das Recht habe.

Dagegen hat nun Štastný wieder den Refers an den h. Landtag ergriffen und in demselben nachgewiesen, daß der Schulausschuß als Korporation vollkommen berechtigt sei, sich ein solches Disciplinargesetz zu geben und seine innere Angelegenheiten zu regeln, weil es sonst unmöglich wäre, daß der Schulausschuß bestehe und seine hohe Aufgabe erfülle.

Dem wenn keine Zwangsmittel angewendet werden dürften, um den Gewählten in den Schulausschuß zu bringen, so würde häufig kein Mitglied erscheinen, die Hauptsache nicht erreicht werden.

Es sei daher die Kompetenz da, daß der Schulausschuß sich solche innere Gesetze gebe, und wenn Johann Wostrák dieses Gesetz wußte, wenn es ihm zugestellt war, so hat er selbst stillschweigend anerkannt, daß er aus dem Ausschusse auszuschließen sei, und ferner nicht das Recht habe, daran Theil zu nehmen. Es wäre also der Vorgang des Schulausschusses vollkommen begründet.

Dieser Anschauung des Schulausschusses ist die Refers-Kommission vollinhaltlich beigetreten und hat angetragen, der h. Landtag wolle beschließen, daß dem Refurse des Alfons Štastný, beziehungsweise dem Schulausschusse von Zistebniz stattgegeben werde u. z. aus nachstehenden Gründen:

Der Schulausschuß zu Zistebniz hat am 8. Jänner 1866 beschlossen, daß jenes Mitglied als freiwillig ausgetreten zu betrachten ist, welches ohne genügende Rechtfertigung 3 Sitzungen nicht besuchte.

Solch einen Beschluß rechtsgültig zu fassen, liegt vollkommen in der Kompetenz des Ausschusses, weil sonst die Existenz des Schulausschusses und seine Thätigkeit im öffentlichen Interesse häufig unmöglich wäre, weil dieser Beschluß bloß die innere Ordnung regelt, und den freien Willen der Mitglieder nur insoweit bindet, unter welcher Bedingung sie stillschweigend erklären, daß sie nicht mehr Mitglieder des Schulausschusses zu sein wollen.

In dem vorliegenden Beschlusse wurde festgestellt, wann anzunehmen sei, daß ein Mitglied stillschweigend sein Amt verliert.

Dieser Beschluß bezieht sich bloß auf die

Personen, und auf deren freien Willen, keineswegs auf die Statuten und den Organismus des Schulausschusses selbst. Es wäre sonach der Schulausschuß zur Aufstellung solch eines Disziplinargesetzes berechtigt, dem sich die Mitglieder fügen müssen. Nun hat Johann Wostřák in dem Refurse die in dem Bescheide vom 20. Mai 1866, kraft welchem er, ob seines Ausbleibens als ausgetreten erkannt wurde, angeführten Beweggründe durchaus nicht in Abrede gestellt; er hat zugegeben, daß der Beschluß ihm am 8. Jänner zugestellt wurde, daß er seit jenem Tage an 5 folgenden Sitzungen keinen Antheil nahm und von Fall zu Fall sein Ausbleiben nicht genügend entschuldigt habe.

In dem Umstande, daß Johann Wostřák gesieht, er habe die Sitzungen nicht besucht, weil sie an Sonntagen und oft unnötig gehalten wurden, liegt mittelbar das Geständniß, daß er zu den Sitzungen ordnungsmäßig eingeladen und 5 derselben absichtlich ohne genügenden Grund versäumt habe. In diesem Zugeständnisse liegt der Beweis der Thatfachen, auf welche hin der Schulausschuß den Mandatsverlust des Mitgliedes des Schulausschusses ausgesprochen hat, weshalb dieser Beschluß vom 20. Mai bestätigt werden mußte.

Ich bemerke noch, daß eben in diesem Refurse zugleich der Grund geltend gemacht wurde, daß Johann Wostřák nicht berechtigt sei, in dem Schulausschusse zu sein, weil er die Wählbarkeit in der Gemeinde überhaupt nicht besitzt, weil er von seiner Realität keine Steuer zahle, welche Frage bereits vorhergehend entschieden worden ist.

Dovoluji sobě tentýž návrh také v české řeči opakovati, který takto zní: Slavný sněme račiz usněsti se, aby rekursu výboru školního v Jesenicích proti tomuto výnosu zadost učiněno bylo.

Ritter v. Eisenstein: Darf ich ums Wort bitten?

Oberstlandmarschall: H. Dr. Eisenstein.

Ritter v. Eisenstein: Der H. Referent hat unterlassen die Entscheidung der Sedlezer Bezirksvertretung mitzutheilen, in welcher enthalten ist, daß dem Schulausschusse von Jistebniß die Statuten abbegehrt wurden, die er sich aufgestellt hat, daß solche Statuten aber nicht vorgelegt wurden, daß man also dasjenige, was gestügt auf diese Statuten gesagt wurde, auch nicht als wahr annehmen kann. Zweitens ist die Bezirksvertretung von Sedlez von der Überzeugung ausgegangen, daß kein Ausschuß sich Ausschließungsgründe schaffen könne, sondern, daß die Ausschließungsgründe nur in dem Gesetze enthalten sind. Im Gesetze ist aber das Ausbleiben von einer von den Sitzungen des Ausschusses noch nicht als Grund angegeben, (Bravo!) daß man als ausgeschlossen betrachtet werden kann. Daß sich nun der Ausschuß kein Recht anmaßen kann, das ihm das Gesetz nicht erteilt, so konnte auf dieses Vorgeben, ich sage Vorgeben, daß Statuten be-

stehen, auch keine Rücksicht genommen werden; wären Statuten bestanden, so hätte sie der Ausschuß vorlegen können. Er hat es nicht gethan. Was hat die Bezirksvertretung machen können? Die Bezirksvertretung ist von der Überzeugung ausgegangen, daß kein Ausschuß sich Statuten machen könne über die Ausschließung; ausgeschlossen kann man nur durch das Gesetz werden. Aus diesen Gründen wurde Šastný abgewiesen und aus diesen Gründen bitte ich den hohen Landtag, denselben mit seinem Refurse zurückzuweisen.

Oberstlandmarschall: Ich bitte den Antrag zu formulieren, damit ich ihn schriftlich habe.

Dr. Grünwald:

Posl. Dr. Grünwald: Já jakožto člen komise hlasoval jsem proti návrhu od pana zpravodaje předloženého. Já jsem též toho mínění, že není oprávněn výbor školní dávatí takové předpisy, kterým by byl někdo svého mandátu zbaven, který od školního výboru nemá. Ten mandát, který měl tento člen, ten obdržel od svých spulobčanů a nikoliv od výboru a tedy nemohl výbor tento mandát zrušiti, nýbrž jen jeho mandanti to mohli učiniti.

Já myslím, že není zapotřebí, aby navštěvování některého členu se docílilo, zbavením jej jeho mandátu.

Máme obdobu ze zákona obecního, co nařizeno jest, když některý člen by se do sezení výboru nedostavoval.

Tu má právo výbor jej vyzvati a nepřijdeli, má jej pokutovati a po druhé a po třetí povolati a pak oznámiti, jestliže se nedostaví, že jen ta část, která se dostaví, bude moci uzavirati. Mohl toho výbor školní použiti, co obecní zákon nařizuje a kdyby to nebyl učinil, bylo by to konečně snad tak daleko přišlo, že by pan Alfons Šastný sám byl příspěvky vypisoval. (Veselost).

Tu zajisté mandanti byli by mandatora důvody pádnými k tomu přinutili, aby se dostavil do sezení výboru školního. (Veselost).

Jsem tedy proto a jedině dovolím si uvěsti ještě jeden příklad: Ze slavné sněmovny volí se výbor.

Dejme tomu, že by k nařízení výboru se nedostavil k sezení 4- až 6kráte, a snad se to stalo již někdy, (Veselost) a tu snad by byl oprávněn výbor zemský, jej zbaviti jeho mandátu a jej vyloučiti ze středu svého? Já myslím že by se to nestalo a jsem tudíž proto, aby se rekurs Alfonsa Šastného zavrhnul.

Oberstlandmarschall: Wünscht vielleicht noch Jemand das Wort? — Herr Abg. Kratochvíle!

Posl. Kratochvíle: Ja opět hlasoval v komisi pro návrh referenta a myslím, že k tomu mám velmi dostatečných příčin.

Nemáme v zákoně o školním patronátu a tedy o školním výboru žádného ustanovení, co se v takových pádech státi má, jak n. p. zde uvedeno jest.

Pan Dr. Grünwald myslí, že máme použiti analogie obecního zákona (hlas: „řádu“), nu tedy obecního řádu, ale já doufám, že takové analogie užívati nemáme za tou příčinou, že tu není stejnosti předmětů.

Do obecního zastupitelstva volí se členové s jistým mandátem závazným, kterého se vzdáti nesmějí.

Každý, kdo do obecního zastupitelstva zvolen jest, musí v něm zůstat, a nechceli, musí platiti trest, jak obecní zřízení ustanovuje.

U školního výboru nemáme ale mandát takový, že by ho zvolený přijmouti musil, kdo ho nechce vykonávat, nechť ho složí.

Ptejme se tedy po další analogii.

Kdyby Vostřák jednoduše mandát složil, jak to může učiniti n. p. poslanec do sněmu, nebo člen okresního zastupitelstva, musel by se ustanoviti za něho člen nový, proto že za něj nestává náhradníka, jako ve výboru obecním aneb ve výboru zemském a proto nesmíme se odvolávat na podobnost jednání ve výboru obecním aneb ve výboru zemském.

Nemáme tedy do porovnání zahrnovati skutky, které nemají podoby se skutkem, nám v tomto pádu předloženým.

I my máme v našem sněmu pravidlo, že kdyby některý poslanec po 8 dní do sněmu nepřišel a se neomluvil, že se tím vzdává mandátu svého. To jest proto, poněvadž se za to pokládá, že když se někdo nechá zvolit, že bude poctivě vykonávat to, k čemu zvolen jest. My máme n. p. sněmovní komise, a tu platí, že když někdo byl zvolen do ní a 3krát nepřišel, má býti zaň zvolen člen jiný. To se zakládá na tom, že když se někdo nechá volit, jest povinnen, mandát svůj také zastávat. Když se tedy Vostřák nechal do školního výboru zvolit, co medle chce tím říci, když tam nechodí? To by mohl každý říci: já jsem sice zvolen, nebudu tam ale chodit a nebudu konat to, k čemu zvolen jsem. A pánové, kdyby voličové měli v takovém pádu užívati důvodů pádných, aby jak pan dr. Grünwald praví, zvolence svého přivedli k tomu, aby povinnosti své plnil, tu by museli užívati prostředků velmi pádných, poněvadž zákon o tom ničeho neustanovuje. Když v zákonu stojí, že ten, kdo do nějakého správního sboru zvolen jest, dostává mandát, jednati za voliče a když stran toho mandátu není nic zvláštního ustanoveno, tedy přijímá zvolenec mandát neobmezený. V mandátu takovém leží ale dle ducha zákona našeho zajisté právo, aby si mohli mandatáři ustanoviti n. p. jakýsi jednací řád. Pan posl. dr. Eisenstein, co starosta zastupitelstva okresního v Sedlci ovšem praví, že byl školní výbor vyzván, aby řád svůj jednací předložil, ale že jej nepodal. Avšak není to nikde předepsáno, že každý jednací řád se musí skládati z mnoha §§., nýbrž může třeba se skládati jen z jednoho článku, a není třeba, aby

byl tištěn, nebo třeba v rukopisu údům rozdan: může si ho každý pamatovati a takový jednací řád se může n. p. zakládati v tom, že každý má do schůze choditi. (Veselost).

To je zásada každého jednacího řádu a tedy dle toho se má každý řídit. On se má k tomu jednacímu řádu znáti, třebať by nebyl tištěn neb psán; on má věděti, že takovým jednacím řádem zavázán jest.

Pánové, kdyby si neupravili členové školního výboru takový jednací řád, jako si ho upravil školní výbor v Jistebnici totiž, že když někdo tolikrát a tolikrát do schůze nepříjde, že se tím vzdává mandátu; tedy pánové octneme se lehce tam, že ani nebudeme mítí žádného školního výboru; nebo tak, jak to udělal Vostřák, mohl by to udělati člen B, C, D a všichni ostatní. Co by jsme ale pak dělali?

Neuznáme-li, že má školní výbor právo, ustanoviti si jednací řád tak, jako se v tomto pádu stalo, pak přiznáváme se v konsekvenci k zásadám, které jsou nebezpečnější, připouštějící možnost, že by sbor zvolenců mandát sice přijal, jej ale nevykonával a tím umrtvil na jistý čas činnost, byt by byla sebe žádoucí.

Myslím tedy, že návrh komise se zakládá v duchu zákona našeho vůbec a proto jsem pro něj hlasoval v komisi, a budu taktéž pro něj hlasovati zde.

Oberst Landmarschall: Graf Clam. (Rufe: Schluß! Schluß!) Ich bitte diejenigen Herren, welche für den Schluß der Debatte sind, die Hand aufzuheben. (Geschlecht.) Angenommen. Graf Clam!

Abg. Graf Clam-Martinič: Ich kann nach Erwägung alles gehörten nicht anders, als entschieden der Ansicht beitreten, daß damit eine Corporation das Recht der Ausschließung ihrer Mitglieder haben soll, dies unmöglich supponirt werden kann, sondern daß dieß ausdrücklich im Gesetze ausgesprochen sein müsse. Anders kann ich mir ein solches Ausschließungsrecht unmöglich denken, und ich kann daher auf die verschiedenen Analogien nicht Rücksicht nehmen, sondern nur auf das, daß ein solches Recht positiv nicht ausgesprochen ist. Wenn der Herr Vorredner auf das Nichterscheinen des Landtagsabgeordneten im Landtage hinweist, so erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß das ein Zusatz-Artikel der Landesordnung ist, daß dieses nicht Sache der Geschäftsordnung, sondern ein Zusatzartikel zur Landesordnung, also ein Gesetz für den Landtag ist; darin liegt der große Unterschied. Ich möchte aber auch weiter darauf hinweisen, daß, wenn schon von dem Gemeindegesetze die Rede war und von dem, was in der Gemeinde geschehen kann, der §. 44 des Gemeindegesetzes mir den direktesten Beweis liefert, daß ein solches Recht nicht besteht, weil sonst die Verfügung des §. 44 des Gemeindegesetzes überflüssig wäre, nämlich insofern sie anders lauten müßte, denn dort steht, was, wenn nach 2 oder 3maliger Einberufung die Mit-

glieder nicht kommen zu geschehen habe; nicht daß die Nichterschiedenen ihr Mandat verloren hätten, sondern die dann Erschiedenen haben, das Recht zu entscheiden.

Ich erlaube mir noch aufmerksam zu machen, zu welchen Mißbräuchen und Consequenzen es führen könnte, wenn einer solchen Körperschaft die Möglichkeit gegeben würde, ihren Mitglieder aus ihrer Mitte auszustoßen und auszuschließen durch Anberaumung von Sitzungen, vielleicht wiederholten, beim Ausschusse, wo die Mitglieder aus weitentlegenen Gemeinden da sind, und vielleicht nicht die Mehrheit aus einer Gemeinde. Diese wird die Sitzungen zu einer ungelegenen Zeit anberäumen und kann dadurch ein Mitglied, welches nicht erscheinen kann, ausschließen gegen seinen und gegen den Willen seiner Wähler. Es könnte überhaupt ein außerordentlicher Mißbrauch getrieben werden. Ich will außerdem noch auf eines aufmerksam machen. Bei den Funktionen des öffentlichen Lebens, bei den Funktionen der Autonomie ist es ein vergebliches Bemühen, die Thätigkeit und Bethheiligung an demselben überhaupt mit Exerctiv-Regeln mit Strafen oder Pönal zu erzielen.

Hier kann nur das Bewußtsein und die öffentliche Meinung das erzielen, daß derjenige, welchem diese Funktionen des öffentlichen Lebens übertragen sind, welcher von seinen Wählern das Mandat erhalten hat, die Pflichten des Mandates auch erfülle. Eine solche, durch Pönale erzielte Thätigkeit wird allerdings nicht von großem Belange sein, aber eine solche Ausschließung würde, glaube ich, entschieden nicht das Resultat haben, gerade die Thätigkeit und den Eifer der Mitglieder zu beleben und würde möglicherweise zu sehr bedenklichen Consequenzen führen. Ich muß daher auf Grundlage der früher ausgeführten Uezeugung, daß ein solches Recht nur gelten könnte, wenn es im Gesetz ausdrücklich ausgesprochen wäre, entschieden der Ansicht beitreten, daß dem Rekurse entgegen der Ansicht der Kommission nicht Folge gegeben werde.

Abg. Dr. Bibus: Ich glaube, daß wohl kein Schulausschuß etwa aus bloßem Muthwillen oder aus Passion Mitglieder ausschließen würde, sondern daß er hinzu vollen Grund haben müsse; wenn nun ein Mitglied, wie Johann Wostřák, im Schulausschusse 11mal nicht erscheint, ohne sich zu rechtfertigen, wenn nun der Schulausschuß selbst sich in Folge dessen genöthigt sieht, um zu existiren, ein solches Statut zu beschließen, wenn nun alle unter sich damit einverstanden sind; wenn Joh. Wostřák gegen diese Bestimmung den Rekurs nicht ergriffen hat, so glaube ich, daß dieser Beschluß ihm gegenüber vollkommen maßgebend ist. Hier handelt es sich nur um den freien Willen, ob er im Schulausschusse bleiben will. Hier ist nicht die Verpflichtung das Mandat anzunehmen, er kann auf das Mandat jederzeit verzichten. Wenn nun bei Joh. Wostřák ein solcher Umstand eintritt, auf welchen der Schulausschuß selbst, den Ausschluß gesetzt hat, so glaube

ich, daß er folgerichtig von dem Ausschusse ausgeschlossen worden ist.

Wenn Hr. Dr. Grünwald sagte, der Ausschuß habe das Recht, die Säumnigen durch Geldstrafen zum Erscheinen anzuhalten, daher Strafen zu verhängen, so gibt man ihm ja bereits ein Recht, das ebenfalls nicht im Gesetze über den Schulausschuß enthalten ist, umso mehr muß er aber das Recht haben, eine Verfügung unter sich selbst zu treffen. In Erwägung nun, daß ohne diese Bestimmung es nicht möglich ist, daß der Schulausschuß bestehe und wirke, glaube ich daher den Antrag der Kommission dem h. Hause zu empfehlen.

Oberstlandmarschall: Ich werde zur Abstimmung schreiten; es ist ein Abänderungsantrag und zwar gegen den Antrag der Kommission vom Abg. Ritter v. Eisenstein gestellt worden; ich werde ihn vortragen lassen und dann die Unterstützungsfrage stellen.

Landtagssekretär Schmidt liest: Hoher Landtag wolle beschließen: Alfons Štastný sei mit seinem unstatthaften Rekurse abzuweisen.

Slavný sněm račiž uzavřiti: Alfons Štastný budíž s rekuresem svým, jemuž místa dáti nelze, odmrstěn.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die den Antrag unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Er ist unterstützt.

Ich werde ihn jetzt auch gleich zur Abstimmung bringen, da er ein abändernder Antrag ist, ich ihn also früher, als den Kommissionsantrag zur Abstimmung bringen muß.

Ich bitte diejenigen Herren, welche den eben vorgelesenen Antrag des Abgeordneten Ritter von Eisenstein annehmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Es ist die Majorität.

Wir werden jetzt zur Wahl des Erfahmannes für den Landesauschuß aus der Gruppe des Großgrundbesitzes schreiten. Ich werde die Urne hier aufstellen lassen und bitte die Herren Verifikatoren, die den heutigen Tag haben, zur Urne sich zu begeben, um die Abgabe der Stimmzettel zu kontrolliren. (Läutet.)

Ich muß nur die Herren bitten, auf den Plätzen zu bleiben. Ich bitte die Herren Verifikatoren, sich beim mittleren Tische um die Urne aufzustellen.

Ich werde jetzt die Wähler des Großgrundbesitzes namentlich aufrufen lassen und jeder Aufgerrufene wird hieher gehen und den Zettel abgeben. Zur Skrutinirung werde ich eine Skrutinirungskommission ernennen, die dann im Lesezimmer, weil es geheizt sein wird, das Skrutinium vornehmen kann, und mir den Bericht über das Skrutinium sammt den Wahlzetteln übergibt, und werde morgen dem Landtage bekannt geben, wie die Wahl ausgefallen ist.

Zur Skrutinirungskommission ernenne ich den Herrn Stellvertreter des Obmannes der Großgrundbesitzer-Kurie Max Fürst Fürstenberg und die drei Herren Verifikatoren.

Landtagssekr. Schmidt liest die Namen sämtl-

licher Abgeordneten aus der Kurie des Großgrundbesitzes, welche nach der Reihenfolge an die Urne treten und ihre Stimmzettel abgeben.)

Oberstlandmarschall: Ich werde früher die Tagesordnung bekannt geben, bevor die Herren Verifikatoren weggehen. Nächste Sitzung morgen um 10 Uhr. Tagesordnung: Kommissionsbericht über den Antrag des Grafen Leo Thun; hierauf

Borlage des Landesvoranschlages von Seite der Budget-Kommission; eventuell stehen Petitions- oder Rekurskommissionsberichte auf der Tagesordnung.

Ich bitte jetzt die Herren Strutatoren, sich mit der Urne in's Lesezimmer zu begeben, dort zu skrutiniren und mir den schriftlichen Skrutinirungsbericht sammt den Wahlzetteln zu mir in's Bureau zu bringen.

(Schluß der Sitzung: 3 Uhr 30 Minuten.)

Graf Chotek, Verificator.

Prof. Josef Wolf, Verificator.

Dr. Reichert, Verificator.



Die erste Hälfte des 12. Jahrhunderts ist die Zeit der großen Kämpfe zwischen den Päpsten und den Königen. Die Päpste wollten die weltliche Macht brechen, die Könige wollten sie brechen lassen. Die Päpste wollten die weltliche Macht brechen, die Könige wollten sie brechen lassen.

Die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts ist die Zeit der großen Kämpfe zwischen den Päpsten und den Königen. Die Päpste wollten die weltliche Macht brechen, die Könige wollten sie brechen lassen. Die Päpste wollten die weltliche Macht brechen, die Könige wollten sie brechen lassen.

Die dritte Hälfte des 12. Jahrhunderts ist die Zeit der großen Kämpfe zwischen den Päpsten und den Königen. Die Päpste wollten die weltliche Macht brechen, die Könige wollten sie brechen lassen. Die Päpste wollten die weltliche Macht brechen, die Könige wollten sie brechen lassen.

Aus der Statthaltereibuchdruckerei in Prag.
